

Silke Franke (Hrsg.)

ARMUT IM LÄNDLICHEN RAUM?

Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema

AMZ

97

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Silke Franke (Hrsg.)

ARMUT IM LÄNDLICHEN RAUM?

Analysen und Initiativen zu einem
Tabu-Thema

Impressum

ISBN	978-3-88795-485-7
Herausgeber	Copyright 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Männliche / weibliche Form	Die in der vorliegenden Publikation verwendete männliche Form impliziert selbstverständlich auch die weibliche Form. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 5 EINFÜHRUNG**
Silke Franke

EIN AUFRUF

- 9 „VERGISS DIE ARMEN NICHT!“**
Päpstliche Anstöße für die Kirche auf dem Land
Sascha Rotschiller

STATISTISCHE ANALYSEN

- 19 REGIONALE DISPARITÄTEN DES EINKOMMENS IN DEUTSCHLAND**
Steffen Maretzke
- 41 REGIONALE ABWÄRTSSPIRALEN AUFGRUND GERINGER RENTEN
UND STEIGENDER ALTERSARMUT?**
Eine Annäherung
Ernst Kistler / Constantin Wiegel
- 53 ALTERSARMUT: DIE HALBE SICHT IST NICHT DIE GANZE WAHRHEIT**
Rudolf Martens

INITIATIVEN VOR ORT – DER ARMUT EIN GESICHT GEBEN

- 63 ARMUTSBERICHT FÜR DEN LANDKREIS DACHAU**
Bewusstseinsbildung in einem reichen Landkreis –
Ein Plädoyer für Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene
Lena Wirthmüller
- 69 LANDSHUTER ARMUTSKONFERENZ – FORUM FÜR SOZIALE RECHTE**
Ein Runder Tisch der Wohlfahrtsverbände mischt sich ein
Johanna Behrens / Siegfried Stelzner / Gabriele Unverdorben
- 75 DAS PROJEKT ARMUTSKUNDSCHAFTER DER CARITAS-KONFERENZEN**
Begleitung und Qualifizierung Ehrenamtlicher
Kathrin Jäger

79 BEFÄHIGENDE KIRCHENGEMEINDE IN DER UCKERMARK

Ein Forschungsprojekt
Hilke Rebenstorf

SOZIALE GEMEINDEN – TEILHABECHANCEN BIETEN

89 INKLUSIONS- UND SOZIALRAUMPROJEKT

„WIR – DAHEIM IN GRABEN!“

Keine Standardlösung, aber der richtige Weg
Bernhard Gattner

99 SOZIALES NETZWERK FELDKIRCHEN-WESTERHAM

Soziales Miteinander stärken und weiterentwickeln
Ursula Borkenhagen

105 DER VEREIN „SOZIALE GEMEINDEN IM UNTERALLGÄU“

Gegen Armut auf dem Land
Hans Mayer

107 GESUNDHEITSFÖRDERUNG AUF DEM LAND

Ein Erfahrungsbericht
Christiane Mayer

111 BÜRGER INTEGRIEREN BÜRGER

Freiwilligen-Agenturen als Anstoßgeber für bürgerschaftliches Engagement
auf dem Land
Wolfgang Krell

SCHLUSSBETRACHTUNG

119 AUF VERWUNDBARKEITEN ACHTEN, RESILIENZ STÄRKEN

Perspektiven für widerstandsfähige und lernende ländliche Räume
Martin Schneider

EINFÜHRUNG

SILKE FRANKE || Ist Armut nur ein Thema für die Städte? Welche Erkenntnisse liegen für die ländlichen Räume vor? Die vorliegende Publikation geht auf zwei Veranstaltungen mit dem Titel „Hingeschaut: Armut im ländlichen Raum“ zurück, die im Herbst / Winter 2014 von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Kuratorium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Katholischen Landvolkshochschule Petersberg durchgeführt worden sind.

Ziel war herauszufinden, welche statistischen Aussagen möglich sind und was Kommunen unternehmen, um Hilfebedürftige zu unterstützen. Dabei haben wir festgestellt, dass „Armut“ nicht gerade das Thema ist, bei dem man offene Türen einrennt. „Armut? Nein, bei uns doch nicht“. Bei dem Stichwort „Armut“ denken Angesprochene zunächst an Entwicklungsländer, an Obdachlose oder Hartz-IV-Empfänger. Doch es gibt viele Facetten einer „relativen Armut“, selbst in einer Region, die so gut aufgestellt ist wie Bayern. Wir haben Kommunen eingeladen, die sich explizit mit dem Thema Armut auseinandersetzen. Und diese Beispiele haben offenbart, dass ein sensibler Blick notwendig ist, um die oft versteckten Bedürfnisse und Nöte einzelner Menschen zu erkennen und um deren Situation in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, ohne sie als Betroffene zu stigmatisieren und dabei womöglich ihren Status zu zementieren. Viele Menschen schämen sich, arm zu sein, und möchten nicht offenbaren, dass sie sich nicht einmal scheinbar selbstverständliche Dinge leisten können. Das Kind kann nicht auf das Geburtstagsfest eines Klassenkameraden, weil kein Geld für ein Geschenk da ist. Auch das neue Trikot für den Sportverein ist eine Hürde – oder die Fahrt in das nächste Zentrum zu einem Auftritt, einem Arztbesuch oder einer Beratungsstelle. Sie ziehen sich daher aus dem öffentlichen Leben zurück. Ihnen dennoch die Möglichkeit der Teilhabe zu bieten, erfordert

eine kluge Politik der Inklusion, so ein Ergebnis des Workshops. Ein Weg ist, möglichst viele Angebote für alle zu öffnen und den Zugang niederschwellig zu gestalten – ob für arme oder für reiche Teilnehmer.

Doch zunächst drehte sich die Diskussion um die Verfügbarkeit und Aussagekraft von statistischen Daten. Vertreter verschiedener Raumforschungs- und Statistikämter sowie einschlägiger Forschungsstellen gaben anhand von Karten einen regional differenzierten Überblick über relevante Kennzahlen, insbesondere zu Einkommensarmut und Altersarmut. Dabei zeigte es sich, dass es unterschiedliche Auffassungen und Unsicherheiten hinsichtlich der Aussagekraft so mancher zugrundegelegter Indikatoren bzw. Indikatorensets und Methoden gibt. Oft fehlt es auch an der Bereitstellung von Datenmaterial, wie am Beispiel der regionalen Preisindices gezeigt. Ein weiteres Problem sahen die Experten in der Verwendung von Durchschnittszahlen, insbesondere bei der Verwendung des Bundesmedians statt des Landesmedians. Auch der „standardisierte Warenkorb“, dessen monatliche Kosten zur Armutsgrenze herangezogen wird, sollte ihrer Meinung nach kritisch hinterfragt werden. Wirklich treffende Aussagen könnten erst dann gemacht werden, wenn die Kostentreiber „Wohnen“ und „Mobilität“ einbezogen und entsprechend gewichtet würden. Insgesamt, darin waren sich die Experten einig, sollte sich die Debatte auch nicht um

„Stadt oder Land“ drehen. Die Frage, ob Menschen den gesellschaftlichen Anschluss verlieren, solle vielmehr auf kleinräumigerer Ebene und differenzierter u. a. mit Hilfe von qualitativen Studien angegangen werden.

Die vorliegende Publikation stützt sich auf die Zusammensetzung und den roten Faden der beiden genannten Veranstaltungen. Nach einem einführenden Aufruf von Sascha Rotschiller – „Vergesst die Armen nicht“ – liefert der erste Abschnitt statistische regionale Analysen. In einem zweiten Abschnitt werden Beispiele aus Kommunen vorgestellt, die auf kleinräumiger Ebene Armutskennzahlen erhoben haben und über verschiedene Initiativen versuchen, die hinter den Zahlen stehenden Problemstellungen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Im dritten Abschnitt werden Beispiele vorgestellt, die sich dem Thema über einen weiter gefassten Bereich „Soziales“ annähern und über Anlaufstellen und Netzwerke ein vielfältiges Unterstützungsangebot für ein vitales Miteinander aufgebaut haben. Die Schlussbetrachtung von Dr. Martin Schneider wiederum lenkt den Blick auf den ländlichen Raum, seine Verwundbarkeit – und seine Widerstandskraft.

An dieser Stelle auch nochmals herzlichen Dank an Prof. Dr. Manfred Miosga, stellvertretend für das Wissenschaftliche Kuratorium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Sascha Rotschiller, Stellvertretender Direktor der Katholischen Landvolkshochschule Petersberg, sowie die Kollegin Dr. Susanne Schmid, Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischen Wandel, Familie, Frauen und Senioren der Hanns-Seidel-Stiftung.

|| SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.

Referentin für Umwelt und Klima, Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung; Geschäftsführerin der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

EIN AUFRUF

„VERGISS DIE ARMEN NICHT!“

Päpstliche Anstöße für die Kirche auf dem Land

SASCHA ROTSCILLER || Papst Franziskus bewegt die Menschen durch seine klare Offenheit und sein authentisches Auftreten. Ihm sind die Armen ein besonderes Anliegen. Aber nicht als Objekte von Hilfsbereitschaft, sondern als herausforderndes Gegenüber für jeden Christen. Für die Kirche(n) auf dem Land lassen sich aus seinen Worten und Taten fünf Anstöße ableiten, die geeignet sind, der Armut auf dem Land zu begegnen.

Jorge Mario Bergoglio, der Mann, der seit dem 13. März 2013 als Bischof von Rom auch die Geschicke der römisch-katholischen Kirche maßgeblich mitbestimmt, hat sich als neuen Namen, der traditionell auch einen deutlichen Hinweis auf die grobe Linie gibt, in die sich der frisch gewählte Papst stellen möchte, etwas sehr überraschendes ausgedacht: Franziskus!

Man müsste lange ausholen, um verständlich zu machen, wie viel explosives Potenzial in dieser Namenswahl liegt, aber schon ein kurzes Nachdenken reicht aus, um im gleichen Moment Verwunderung und Hoffnung zu wecken: Zunächst ist Papst Franziskus der erste seines Namens und zeigt damit zunächst einmal deutlich: Ich stelle mich nicht bewusst in eine Tradition, die sich in der Geschichte der Päpste schon einmal finden lässt.¹ Darüber hinaus steht der Name Franziskus für den Gegenentwurf zur etablierten, saturierten und im Hochmittelalter reichlich korrupten und verkommenen Papstkirche. Für mich ist ein „Papst Franziskus“ von daher eigentlich ein Oxymoron der Kirchengeschichte.

Der Papst hat in einer seiner ersten Ansprachen selbst erzählt, wie es zu diesem Namen gekommen ist: „Ich erzähle Ihnen eine Geschichte. Bei der Wahl saß neben mir der eme-

ritierte Erzbischof von São Paolo und frühere Präfekt der Kongregation für den Klerus Kardinal Claudio Hummes – ein großer Freund, ein großer Freund! Als die Sache sich etwas zuspitzte, hat er mich bestärkt. Und als die Stimmen zwei Drittel erreichten, erscholl der übliche Applaus, da der Papst gewählt war. Und er umarmte, küsste mich und sagte mir: „Vergiss die Armen nicht!“ Und da setzte sich dieses Wort in mir fest: die Armen, die Armen. Dann sofort habe ich in Bezug auf die Armen an Franz von Assisi gedacht. Dann habe ich an die Kriege gedacht, während die Auszählung voranschritt bis zu allen Stimmen. Und Franziskus ist der Mann des Friedens. So ist mir der Name ins Herz gedrungen: Franz von Assisi. Er ist für mich der Mann der Armut, der Mann des Friedens, der Mann, der die Schöpfung liebt und bewahrt.“²

In diesem Geist also möchte Franziskus sein Pontifikat gestalten. Und in diese Richtung gehen auch bisher alle Äußerungen und Zeichen, die wir von ihm wahrnehmen konnten.

Für die Rolle der Kirche auf dem Land, insbesondere für den Umgang mit dem Thema „Armut auf dem Land“ möchte ich nun im Folgenden fünf Anstöße näher erläutern, die man von Papst Franziskus bekommen kann, wenn man bereit ist, sich auf ihn einzulassen.

LASTEN VERTEILEN ODER „DAS PRINZIP DER SOLIDARITÄT“

In einer Rede beim Treffen der Basisbewegungen im Vatikan, das im Oktober 2014 stattfand, spricht der Papst in deutlichen Worten über sein Verständnis von Solidarität. „[...] es ist ein Wort, das viel mehr meint als sporadische, großherzige Gesten. Solidarität bedeutet, dass man gemeinschaftlich denkt und handelt; dass das Leben aller wichtiger ist als die Güteranhäufung einiger weniger.“³

Damit bekennt sich Franziskus zunächst in klaren Worten zur politischen Dimension des Begriffs, der im alltäglichen Gebrauch und in unserer Wahrnehmung oft zu kurz kommt, wie auch Arno Anzenbacher in seinem Lehrbuch der Christlichen Sozialethik einräumt.⁴

Der Papst geht noch ein wenig weiter und zeigt damit, wie sehr ihm eine unmissverständliche Kapitalismuskritik am Herzen liegt. „Solidarität meint Aufstehen gegen die zerstörerischen Auswirkungen des Imperiums des Geldes.“⁵ Damit führt er seine explizit kapitalismuskritische Haltung fort, die bereits in dem Apostolischen Schreiben Evangelii Gaudium zum Ausdruck kam.⁶

Es wird deutlich, dass der Papst einen Blick für das Große und Ganze hat, ihm geht es um globale Zusammenhänge und Wirtschaftsströme einerseits und um jeden einzelnen Bedürftigen andererseits. In diesem Kontext wird er nicht müde, auf Zusammenhänge und Ungerechtigkeiten hinzuweisen.

Was lässt sich aber aus diesem globalen Blick für die Kirche auf dem Land ableiten?

Unser Land gründet unter anderem auf dem Prinzip der Solidarität, was zunächst einmal bedeutet, dass alle bereit sind, in das Gemeinwohl zu investieren, auch wenn der Einzelne nicht immer unmittelbar von allen Leistungen des Staates profitiert. Langsam aber sicher ist spürbar, wie diese einvernehmliche Vereinbarung zu bröckeln beginnt und sich zunehmend Egoismus und Mitnahmementalität verbreiten. Dies hat zwei Seiten: zum einen die deutliche Tendenz von Einrichtungen, Kosten nur noch auf direkt Betroffene umzulegen (wie zum Beispiel bei Straßensanierungen), zum anderen aber auch der zunehmende Unmut der Menschen, für Dinge aufzukommen, die sie zunächst mal

nichts anzugehen scheinen (Autobahn, Öffentlicher Nahverkehr, Unterstützungsangebote für Bedürftige, etc.).

Gesamtgesellschaftlich lassen sich diese Trends meines Erachtens sehr gut an der Entwicklung des Sozialstaates in den letzten zwei Jahrzehnten ablesen, die deutlich davon geprägt ist, immer mehr Lasten der einzelnen Person oder der Familie aufzubürden. Ich würde sogar die höchstheftigen Anfragen an das System des Länderfinanzausgleichs dahingehend interpretieren, dass auch auf Ebene der Bundesländer die Solidarität schwindet.

Der Gesellschaft kommt so zunehmend das Gefühl dafür abhanden, dass wir in Deutschland nicht in einer Zweckgemeinschaft leben, sondern insgesamt Verantwortung füreinander tragen.

Dies schlägt sich darin nieder, dass Bedürftige in steigendem Maße auf sich allein gestellt sind und die (zum Beispiel auf dem Land) bereits dünn gesäten Unterstützungsangebote noch mehr abnehmen.

Kirche auf dem Land könnte sich vor dem Hintergrund dieser Zustandsbeschreibung und mit den Anregungen des Papstes folgende Punkte zu Herzen nehmen (Vielerorts wird das auch schon getan!):

- ein Ort zu sein, an dem Solidarität in dem Sinne vorgelebt wird, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen;
- ein deutliches Zeichen zu setzen, dass sich Lasten fair verteilen lassen, vor allem dadurch, dass nicht die Frage „Was bringt es mir?“ im Vordergrund steht, sondern die Frage „Was bringt es der Gemeinschaft?“;
- deutlich Stellung zu beziehen gegen politische und wirtschaftliche Strukturen, die einem größeren Allgemeinwohl entgegenstehen und durch eigenes Handeln eben die Strukturen zu stützen, die einem größeren Allgemeinwohl dienen.

Unsere Kirchengemeinden sind gerade auf dem Land noch wichtige Akteure und gemeinschaftsstiftende Einrichtungen und haben dadurch ein großes Potenzial, das Prinzip der Solidarität zu stärken und damit die Armen aus dem Schatten der Scham und dem gefühlten Stigma als Sozialschmarotzer herauszuholen.

EINANDER BEGEGNEN ODER „DAS PRINZIP DER PERSONALITÄT“

Der Papst ist ein Mann der Begegnung. Gemeinschaft mit Menschen ist ihm ungeheuer wichtig. In einem Interview kurz nach seinem Amtsantritt beschreibt er dieses Bedürfnis sehr anschaulich mit eigenen Worten:

„Und dann etwas, das für mich wirklich fundamentale Bedeutung hat: die Gemeinschaft. Ich sehe mich nicht als einsamen Priester. Ich brauche Gemeinschaft. Und das wird aus der Tatsache verständlich, dass ich hier in Santa Marta wohne: Als ich in das Haus einzog, wurde mir per Los das Zimmer 207 zugeteilt. Das Zimmer, in dem wir uns jetzt befinden, war ein Gästezimmer. Ich habe mich entschieden, hier, im Zimmer 201, zu wohnen, weil ich, als ich die päpstliche Wohnung in Besitz nahm, in mir ein deutliches ‚Nein‘ spürte. Das päpstliche Appartement im Apostolischen Palast ist nicht luxuriös. Es ist alt, geschmackvoll eingerichtet und groß, nicht luxuriös. Aber letztendlich gleicht es einem umgekehrten Trichter. Es ist groß und geräumig, aber der Eingang ist wirklich schmal. Man tritt tropfenweise ein. Das ist nichts für mich. Ohne Menschen kann ich nicht leben. Ich muss mein Leben zusammen mit anderen leben.“⁷

Immer wieder erleben wir seinen Wunsch nach Begegnung, seinen Wunsch danach, persönlich mit den Menschen in Kontakt zu treten. Egal ob sich dies in seinem Besuch bei den Flüchtlingen auf Lampedusa zeigt, wenn er schwerkranke Menschen umarmt oder wenn er einfach zum Telefon greift, um jemanden persönlich etwas mitzuteilen.

Aus allem, was wir von Papst Franziskus wahrnehmen können, lässt sich deutlich ablesen: Hier geht es um Nähe, um Begegnung, um den persönlichen Einsatz.

Person sein bedeutet im Kontext der christlichen Soziallehre vor allem, über das rein physische materielle Verständnis des Mensch-Seins hinauszugehen, den Geist und die Seele als wichtige Komponenten menschlicher Existenz anzuerkennen. Der Begriff „Person“ beinhaltet darüber hinaus die Dimension der „Verwiesenheit“, also das Bezogensein, das Angewiesensein und zwar in dreierlei Hinsicht: auf die Mitmenschen, auf die Umwelt und auf Gott.

Das bedeutet: Niemand ist eine Insel, keiner kann alleine und unabhängig autonome Entscheidungen treffen.

Als weitere Dimension von „Person“ gilt das, was als „moralisches Subjekt“ bezeichnet wird, also die Verantwortung, die ich als Mensch trage, für mein Leben, für mein Handeln.⁸

Diese drei zentralen Aspekte, also Verstand, Verwiesenheit und Verantwortung machen kurz gesagt aus einem Menschen eine Person und damit zum Subjekt und Objekt von Beziehung. Wir können eine Ahnung von dem bekommen, wenn wir uns Sätze wie „Das mach ich persönlich“ oder „Das ist was persönliches“ vor Augen halten. In dem Moment, wo es „persönlich“ wird, nimmt die Nähe zu und die Distanz ab, egal, ob wir uns das wünschen oder nicht.

Der Papst will „persönlich“ werden. Er will Distanz abbauen und Nähe ermöglichen. Und das nicht nur, indem er auf andere zugeht und die Gemeinschaft sucht, sondern indem er sich selber, eben als „Person“ im wahrsten Sinne des Wortes, angreifbar macht.

In den Beschlüssen der Würzburger Synode spielt der Begriff „personales Angebot“ (dort vor allem im Kontext der Jugendarbeit) eine große Rolle.⁹ Es bedeutet in erster Linie, dass die Kirche den suchenden Menschen mehr anbieten muss als Einrichtungen und Strukturen. Sondern vielmehr ein Gegenüber, der sich als Person einlässt auf die Bedarfe, die der oder die andere mitbringt.

Auch heute, im vierzigsten Jahr nach Abschluss der Synode, glaube ich, dass Menschen in der Kirche vor allem Begegnung suchen, Ansprache und ein Gegenüber, der sie als Person ernstnimmt. In dieser Suche bekommt „Füreinander Dasein“ eine Dimension, die zunächst mal gar nichts mit der Befriedigung materieller Bedürfnisse zu tun hat.

Leider wird gerade dieses „personale Angebot“ vor allem auf dem Land zu einer zunehmenden Herausforderung. Es fehlt an „Personal“ und die Verwaltungseinheiten werden immer größer. Das, was eigentlich das wichtigste wäre – nah an den Menschen zu sein –, gerät mehr und mehr ins Hintertreffen. Und dies scheitert nicht in erster Linie an der mangelnden Bereit-

schaft der vor Ort Handelnden, sondern oft genug schlicht an deren persönlicher Belastungsgrenze.

Für die Kirche auf dem Land wünsche ich mir, dass vor allem an übergeordneter Stelle wahrgenommen wird, wie wichtig die persönliche Begegnung für die Pastoral in den Pfarreien ist und was dafür getan werden muss, das dem Prinzip der Personalität der ihm gebührende Stellenwert eingeräumt wird.

Dann gilt für unsere Pfarreien vielleicht auch das, was der Papst sich in *Evangelii Gaudium* wünscht:

„Die Pfarrei ist keine hilflose Struktur; gerade weil sie eine große Formbarkeit besitzt, kann sie ganz verschiedene Formen annehmen, die die innere Beweglichkeit und die missionarische Kreativität des Pfarrers und der Gemeinde erfordern. Obwohl sie sicherlich nicht die einzige evangelisierende Einrichtung ist, wird sie, wenn sie fähig ist, sich ständig zu erneuern und anzupassen, weiterhin ‚die Kirche [sein], die inmitten der Häuser ihrer Söhne und Töchter lebt‘. Das setzt voraus, dass sie wirklich in Kontakt mit den Familien und dem Leben des Volkes steht und nicht eine weitschweifige, von den Leuten getrennte Struktur oder eine Gruppe von Auserwählten wird, die sich selbst betrachten. Die Pfarrei ist eine kirchliche Präsenz im Territorium, ein Bereich des Hörens des Wortes Gottes, des Wachstums des christlichen Lebens, des Dialogs, der Verkündigung, der großzügigen Nächstenliebe, der Anbetung und der liturgischen Feier.“¹⁰

Menschen, die von Armut betroffen sind, das lässt sich immer wieder wahrnehmen, geht es oft darum, über die Bedürftigkeit nicht ihre Würde als Person zu verlieren, sondern sich weiterhin als handelnde Subjekte zu fühlen. Diesem Bedürfnis sollte vor allem die Kirche entgegenkommen und dafür braucht sie ein „personales Angebot“.

VERANTWORTUNG ERNST NEHMEN ODER „DAS PRINZIP DER SUBSIDIARITÄT“

Seit den Anfängen in der aristotelischen Kritik an Platons Idealstaat¹¹ steht das Prinzip der Subsidiarität zunächst mal gegen die Tendenz, Verantwortung zu zentralisieren und damit unterschiedliche Bereiche und Ebenen einer Orga-

nisationseinheit eben dieser Verantwortung zu entheben.

Ausgehend von der Person als kleinster Einheit von allen möglichen Strukturen, in denen sich Verantwortung gleich welcher Art delegieren oder entziehen lässt, bedeutet Subsidiarität, dass möglichst viel Verantwortung und damit auch Entscheidungsbefugnis *und* Finanzhoheit bei den Personen oder Organisationseinheiten belassen werden sollte, die direkt betroffen sind. Nur bei Überforderung sollte die nächstgrößere Einheit als Hilfe (lat. *subsidium*) bereitstehen. Dabei ist es zusätzlich von Bedeutung, dass die Unterstützung selbst angefragt und nicht etwas aufgedrängt wird. Die Entscheidung über den Grad der Überforderung wird also auch der kleineren Einheit überlassen.¹² Was das bedeutet, können alle nachvollziehen, die z. B. als Eltern ihren Nachwuchs Stück für Stück in die Unabhängigkeit entlassen müssen.

Subsidiarität ist ein Ordnungsprinzip, das, bei Partnerschaft und Familie angefangen, unsere ganze Gesellschaft gliedert. Unser föderaler Staat mit Bund, Ländern und Kommunen bekennt sich ebenso dazu wie die Kirche mit ihren Bistümern und Pfarreien. Zumindest im Ansatz.

Papst Franziskus nimmt dieses Prinzip sehr ernst. Ernster vielleicht als alle seine Vorgänger. Dies ist umso mehr verwunderlich, als die Tendenz zu einer zentralen Steuerung in der römisch-katholischen Kirche nicht nur bei Bischöfen und Priestern, sondern auch bei vielen Laien sehr groß ist.

Der Papst hingegen gibt Verantwortung ab und nimmt Delegation auch dahingehend ernst, dass sich damit auch der Unmut über die Verhältnisse vor Ort nicht mehr nach oben abschieben lässt.

Deutlich wird dies zum Beispiel an der jüngsten Bischofssynode, welche der Papst um freie Diskussion und Entscheidung gebeten hatte und das Mehrheitsergebnis der Beratungen akzeptierte, auch wenn es evtl. nicht seinen eigenen Vorstellungen entsprochen haben mag. Man kann sagen, hier ist ein Chef, der die Kompetenz seiner Abteilungsleiter ernstnimmt.

Völlig neu sind auch die Töne, die eine Zuständigkeit der Ortskirchen und der nationalen Bischofskonferenzen betonen und einer „heilsamen Dezentralisierung“ das Wort reden:

„Es ist eindrucksvoll, die Anzeigen wegen Mangel an Rechtgläubigkeit, die in Rom eingehen, zu sehen. Ich meine, dass diese von den Bischofskonferenzen untersucht werden müssen, die ihrerseits Hilfe aus Rom bekommen können. Die Fälle werden besser an Ort und Stelle behandelt.“¹³

Oder: „Ich glaube auch nicht, dass man vom päpstlichen Lehramt eine endgültige oder vollständige Aussage zu allen Fragen erwarten muss, welche die Kirche und die Welt betreffen. Es ist nicht angebracht, dass der Papst die örtlichen Bischöfe in der Bewertung aller Problemkreise ersetzt, die in ihren Gebieten auftauchen. In diesem Sinn spüre ich die Notwendigkeit, in einer heilsamen ‚Dezentralisierung‘ voranzuschreiten.“¹⁴

Dies sind gute und schlechte Nachrichten für die Kirche auf dem Land. Denn es bedeutet zum einen, dass die Pfarreien und Pfarrverbände und damit auch die Laiengremien wie Pfarrgemeinderäte, aber auch alle Christen sich bestärkt fühlen können in einem nie gekannten Zuspruch der Autonomie, der, wenn er von ganz oben kommt, vielleicht auch die mittleren Ebenen zu beeindrucken vermag. Andererseits bedeutet eine größere Verantwortung eben auch, dass ich nicht länger über „die da oben“ jammern kann, sondern selber etwas tun muss. Und dies wäre vielleicht der wichtigste Anstoß für die Kirchengemeinden: Dass sie ihre Verantwortung ernst nehmen und so handeln, wie sie es für angemessen halten, ohne beständig auf das „placet“ oder vielmehr „non placet“ der nächsthöheren Ebene zu schießen. Dann lässt sich auch die Verantwortung für den Nächsten und die Nächste nicht mehr ignorieren.

ACHTSAM WAHRNEHMEN ODER „DAS PRINZIP DER DIFFERENZIERUNG“

Der Papst ist Jesuit und ist es von daher gewohnt abzuwägen, Unterscheidungen vorzunehmen und Entscheidungen zu treffen und zu begründen.

„Die Unterscheidung ist eines der Anliegen, die den heiligen Ignatius innerlich am meisten beschäftigt haben. Für ihn ist sie ein Kampfmittel, um den Herrn besser kennenzulernen und ihm in größerer Nähe zu folgen. Mich hat im-

mer eine Maxime betroffen gemacht, mit der die Vision des Ignatius beschrieben wird: *Non coerkeri a maximo, sed contineri a minimo divinum est*. Über diesen Satz habe ich auch im Blick auf die Leitung, auf die Erfüllung des Amtes des Superiors viel nachgedacht: sich nicht vom größeren Raum einnehmen zu lassen, sondern imstande zu sein, im engsten Raum zu bleiben. Diese Tugend des Großen und des Kleinen ist die Großmut, die uns aus der Stellung, in der wir uns befinden, immer den Horizont sehen lässt: tagtäglich die großen und die kleinen Dinge des Alltags mit einem großen und für Gott und für die anderen offenen Herzen zu erledigen. Das heißt, die kleinen Dinge wertzuschätzen innerhalb der großen Horizonte, jenen des Reiches Gottes.“¹⁵

Auch wenn es manchmal anders erscheinen mag, ich glaube, dass Papst Franziskus alles, was er sagt, lange und gut abwägt und keinen unbedachten Schritt macht. Die ignatianische Spiritualität, die der Papst lebt, kennt zwei wichtige Aspekte, die auch im Umgang mit dem Thema Armut, eigentlich im Umgang mit jedem Thema, von Bedeutung sein können.

Das ist zum einen die bereits erwähnte Haltung der „Unterscheidung“, also die Fähigkeit, Sachverhalte von vielen Blickwinkeln aus zu betrachten und eine möglichst unvoreingenommene Entscheidung zu treffen und zum anderen die Maxime: „Gott immer in allen Dingen, suchen und finden.“¹⁶ Wenn man diesen Satz ernst nimmt, trägt er natürlich intensiv zu einer differenzierten Wahrnehmung bei, weil ich in allem, was mir begegnet und vor allem natürlich in meinen Mitmenschen Gott erkennen kann.

Für die Kirche auf dem Land und vor allem für die Menschen, die sie ausmachen, kann das ein Anstoß sein, immer nochmal etwas genauer hinzuschauen. Genauer als die Nachbarn, genauer als das Sozialamt, genauer als die öffentliche Meinung. Und dann steckt in dieser differenzierten Wahrnehmung eine zweifache Chance: zum einen, versteckte und mühsam kaschierte Armut dennoch wahrzunehmen, zum anderen aber auch, die vielen verschiedenen Formen von Armut und die je individuellen Bedürfnisse der Menschen klarer zu sehen und adäquater darauf zu antworten.

GEMEINSAM HANDELN ODER „DAS PRINZIP DER KLEINEN SCHRITTE“

„Ich sehe ganz klar, dass das, was die Kirche heute braucht, die Fähigkeit ist, Wunden zu heilen und die Herzen der Menschen zu wärmen – Nähe und Verbundenheit. Ich sehe die Kirche wie ein Feldlazarett nach einer Schlacht. Man muss einen Schwerverwundeten nicht nach Cholesterin oder nach hohem Zucker fragen. Man muss die Wunden heilen. Dann können wir von allem anderen sprechen. Die Wunden heilen, die Wunden heilen [...] Man muss ganz unten anfangen.“¹⁷

Der Papst steht für kein kompliziertes Programm: „Not sehen und handeln“, das ist seine Linie. Angesichts dieser Sichtweise lässt sich vielleicht auch nachvollziehen, warum zu vielen brennenden kirchenpolitischen Fragen oder theologischen Feinheiten eher wenig von ihm zu hören ist.

Und für den Papst ist kein Schritt zu klein, dass er es nicht wert wäre, gegangen zu werden. Schöne Beispiele aus seinem eigenen Leben sind zum Beispiel die Verteilung von Schlafsäcken an die Obdachlosen in Rom oder der Einbau von öffentlich zugänglichen Duschen und Waschräumen. Eigentlich unaufwändige, aber sehr effektive Maßnahmen, wenn es darum geht, Armen auf Augenhöhe zu begegnen. Und dennoch scheint noch keiner seiner Vorgänger auf diese Ideen gekommen zu sein.

Vielleicht liegt es daran, so erkläre ich es mir zumindest, dass da einer Papst geworden ist, der einerseits bereits mit viel Armut und Elend konfrontiert gewesen ist in seiner bisherigen Laufbahn und der es andererseits gewohnt ist, mit Wenigem auszukommen, zu improvisieren und zu handeln, auch wenn man noch keinen perfekt durchorganisierten Plan hat.

Und das ist genau das, was unsere Kirchengemeinden von diesem Papst lernen können. Auch wenn es sich um scheinbar banale Weisheiten handelt: Jeder kleine Schritt bewirkt etwas und kann eine Veränderung herbeiführen. Es lohnt sich anzufangen.

FAZIT

Armut auf dem Land ist eine große Herausforderung, insbesondere auch für die Kirchen auf dem Land. Die Situation ist umso schwieriger, weil eigentlich ein größerer Bedarf an aufsuchenden Angeboten besteht, es auf dem Land aber immer weniger „personelles Angebot“ gibt. Papst Franziskus kann mit seiner Botschaft und seinem Vorbild stärken und motivieren und gibt fünf Anstöße für die Kirche auf dem Land, die sich lose an den Prinzipien der Christlichen Soziallehre orientieren: Lasten verteilen, einander begegnen, Verantwortung ernst nehmen, achtsam wahrnehmen und gemeinsam handeln.

|| SASCHA ROTSCILLER

Stellvertretender Direktor der Katholischen
Landvolkshochschule Petersberg, Erdweg

ANMERKUNGEN

- ¹ Zur Verdeutlichung: Johannes Paul I. wählte diesen Namen, um damit deutlich an die beiden gleichermaßen wichtigen aber auch sehr unterschiedlichen Konzilspäpste Johannes XXIII. und Paul VI. anzuknüpfen. Benedikt XVI. wählte seinen Namen im Gedenken an den Hl. Benedikt und an den „Friedenspapst“ Benedikt XV., der von 1914 bis 1922 Bischof von Rom war.
- ² http://de.radiovaticana.va/storico/2013/03/16/die_ansprache_von_papst_franziskus_im_wortlaut/teed-674070, Stand: 14.1.2015.
- ³ Papst Franziskus: Rede an die versammelten Sprecher der Basisbewegungen, in: Publik-Forum Dossier Dezember 2014, S. 2.
- ⁴ Vgl. Anzenbacher, Arno: Christliche Soziallehre, Paderborn 1997, S. 197.
- ⁵ Papst Franziskus: Rede an die versammelten Sprecher der Basisbewegungen, in: Publik-Forum Dossier Dezember 2014, S. 2.
- ⁶ „Diese Wirtschaft tötet.“ Papst Franziskus: Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium 53.
- ⁷ http://www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/online_exklusiv/details_html?k_beitrag=3906412, Stand: 19.1.2015.
- ⁸ Vgl. Anzenbacher: Christliche Soziallehre, S. 178 ff.
- ⁹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland: Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg 1976, S. 298.

- ¹⁰ Papst Franziskus: Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium 28.
- ¹¹ Vgl. Anzenbacher: Christliche Soziallehre, S. 211.
- ¹² Vgl. ebd., S. 212 ff.
- ¹³ http://www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/online_exklusiv/details_html?k_beitrag=3906412, Stand: 19.1.2015.
- ¹⁴ Papst Franziskus: Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium 16.
- ¹⁵ http://www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/online_exklusiv/details_html?k_beitrag=3906412, Stand: 19.1.2015.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Ebd.

STATISTISCHE ANALYSEN

REGIONALE DISPARITÄTEN DES EINKOMMENS IN DEUTSCHLAND

STEFFEN MARETZKE || Der Beitrag beschreibt die wesentlichen regionalen Disparitäten des Einkommens und analysiert die hauptsächlichen Faktoren dieser Unterschiede. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie sich das Armutsphänomen im regionalen Kontext darstellt, wobei hier der Blick vor allem auf die ländlichen Räume gerichtet wird.

EINFÜHRUNG

Einkommensunterschiede und Ungleichheiten in den Lebenslagen sind u. a. das Ergebnis unterschiedlicher individueller Leistungen, Fähigkeiten und Qualifikationen. Zugleich sind sie eine wesentliche Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns. Allerdings stößt ein Übermaß an Ungleichheit auf Akzeptanzprobleme, sobald es ein gesellschaftlich anerkanntes Maß übersteigt. Dies gilt insbesondere, wenn diese Ungleichheit nicht vorrangig auf persönlichen Fähigkeiten und individuellen Leistungen, sondern auf Faktoren basiert, die außerhalb der persönlichen Einflussnahme liegen. Hier steht die Politik in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Armutsrisiken, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders treffen können, nicht über Generationen verfestigen und dass Chancen zur sozialen Mobilität, d. h. zur Verbesserung der Lebenslage, in ausreichendem Maße auch für diese Gruppen vorhanden sind.¹

Im Folgenden werden die regionalen Einkommensstrukturen und ihre Ursachen mit Blick auf den ländlichen Raum diskutiert. Hierfür nutzt der Autor eine eigens entwickelte Typisierung ländlicher Räume, die auf der Grundlage regionalökonomischer Entwicklungstheorien und daraus abgeleiteter ökonomischer, sozialer und siedlungsspezifischer Indikatoren entwickelt wurde (vgl. Karte 1).

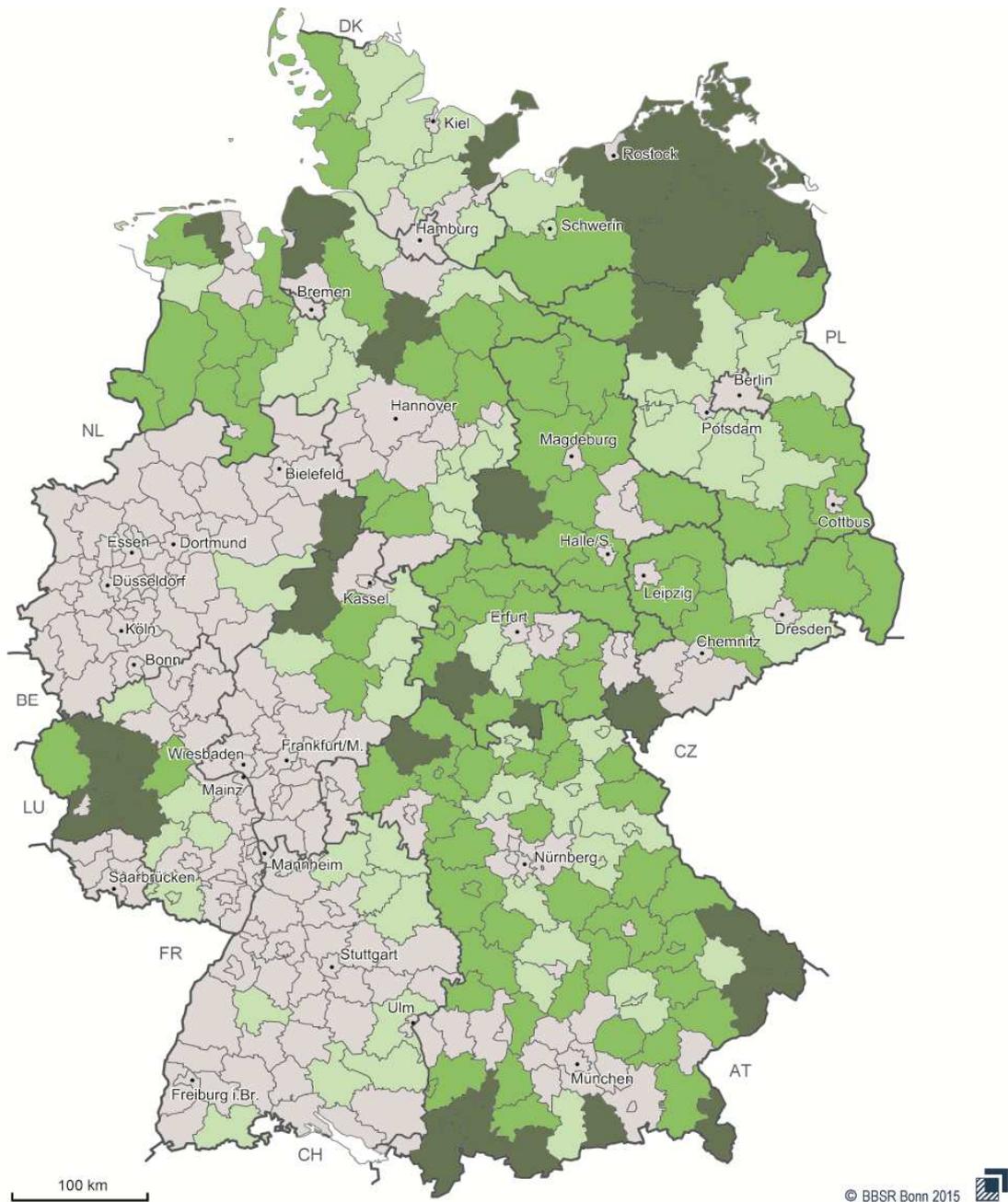
REGIONALE EINKOMMENSDISPARITÄTEN

Nach der mikroökonomischen Haushaltstheorie stellt das Einkommen eine Stromgröße dar, die einem Haushalt innerhalb einer Periode zufließt, wobei dem Haushalt im Allgemeinen vier Einkommensarten zur Verfügung stehen:²

- **Einkommen aus Arbeitsleistung** in Form von Lohnzahlungen, indem der Haushalt im Produktionsprozess den Unternehmen verwertbare Leistungen anbietet (Arbeits-Einkommen). Dieses Einkommen ist für die Mehrzahl der Haushalte von maßgebender Bedeutung;
- **Einkommen aus Vermögen** in Form von Zinsen bzw. Grundrente durch die Bereitstellung von Kapital oder Boden (Besitz-Einkommen);
- Einkommen aufgrund rechtlicher Ansprüche oder freiwilliger Zuwendungen (**Transfer-Einkommen**);
- Einkommen als Residualgewinn aus unternehmerischer Tätigkeit (**Unternehmer-Einkommen**).

Im regionalen Kontext ist es allerdings schwierig, über das Volumen und die regionale Verteilung dieser vier Einkommensarten zu informieren. Zum einen gibt es dafür keine zusammenfassenden Informationen, schließlich setzt sich jede dieser Einkommensart aus

Karte 1: Raumtypen ländlicher Räume



Raumtypen* ländlicher Räume

- Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen
- Periphere Ländliche Räume
- Periphere Ländliche Räume mit touristischen Potenzialen
- Städtische Räume**

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Kreisregionen, 31.12.2015
 Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

* Die Abgrenzung dieser Raumtypen erfolgte auf der Grundlage von Kreisregionen. Zugrundegelegt wurden ökonomische, soziale und siedlungsspezifische Strukturindikatoren der Jahre 2010 bis 2013.

** Zum Städtischen Raum zählen alle kreisfreien Großstädte sowie die städtischen Kreise. Alle ländlichen Kreise bilden den Ländlichen Raum

Quelle: Eigene Typisierung.

extrem vielfältig ausgestalteten Einkommensgrößen zusammen. Zum anderen sind regional differenzierte Einkommensdaten kaum verfügbar, weil sie in der Regel aufwendige Sonderaufbereitungen der Datenproduzenten erfordern. Die folgenden Informationen über die Regionalstruktur ausgewählter Einkommensgrößen, die zumindest die drei Einkommensarten Einkommen aus Arbeitsleistung, Einkommen aus Vermögen und Transfereinkommen repräsentieren (vgl. Karte 2), stützen sich daher zum Teil auf nichtamtliche Daten, die über solche Sonderaufbereitungen verfügbar gemacht wurden. Für die Unternehmereinkommen können hier keine Aussagen getroffen werden.

Disparitäten ausgewählter Einkommensgrößen

Regionales Lohnniveau

Zur Darstellung des regionalen Lohnniveaus von 2010 wird hier auf den Indikator „Durchschnittlicher Bruttojahreslohn pro Beschäftigten“ zurückgegriffen (vgl. Karte 2), den das Institut für Arbeitsmarktforschung und Berufsbildung (IAB) regelmäßig im Kontext der Abgrenzung der GRW-Fördergebiete berechnet.³ Zur Berechnung der durchschnittlichen regionalen Einkommen werden dabei vom IAB die Jahresmeldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen (sv) Beschäftigung verwendet. So wird der Jahresverdienst aller Beschäftigten in einer Region innerhalb eines Jahres erfasst, wobei nicht nur die ganzjährigen, sondern auch die kurzfristigen oder mehrfachen Arbeitsverhältnisse Berücksichtigung finden. Die besondere Qualität dieses Indikators besteht vor allem darin, dass er auch Einkommen oberhalb der sv-Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt, die für jede Region separat mit einer Log-Normalverteilung hinzu geschätzt wurde.⁴ Im Ergebnis wird für jede Arbeitsmarktregion ein Durchschnittslohn ausgewiesen, der insbesondere in Hochlohnregionen⁵ das durchschnittliche Lohnniveau wesentlich realistischer beschreibt.

Nach Schwengler lag 2010 das durchschnittliche Lohnniveau in Deutschland bei 27.700 Euro. Realisierten die Ostdeutschen im Durchschnitt einen Jahreslohn von 22.500 Euro,

so erhielten die Westdeutschen 29.000 Euro. Der Ost-West-Unterschied lag damit noch immer bei fast 30 %. Dieses West-Ost-Gefälle zeigt sich auch innerhalb der ländlichen Räume, allerdings nicht in einer so stark ausgeprägten Form. Zudem zeigt allein die Regionalstruktur von Karte 2, dass die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen tendenziell ein etwas höheres Lohnniveau als die peripheren ländlichen Räume realisieren.

Hier soll nun im Weiteren über die Regionalstruktur ausgewählter Einkommensarten informiert werden. Dabei stützt sich der Autor auf zentrale Ergebnisse der GfK-Marktforschung, die regelmäßig bundesweit die regionalen Kaufkraftunterschiede schätzt,⁶ wie auf Sonderaufbereitungsergebnisse von Union Investment, die diese im Vorsorgetlas 2013⁷ vorgestellt hat.

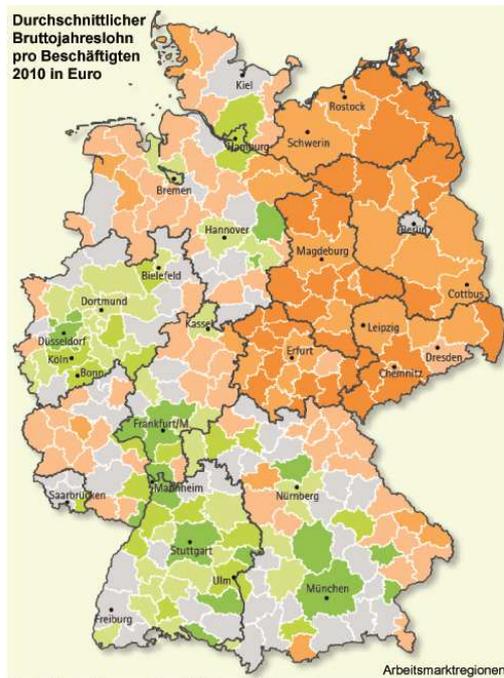
Regionale Strukturen der Einkommen aus gesetzlicher Rente und Beamtenpensionen

Das Aktivitätsspektrum der Haushalte im Rentenalter wird maßgeblich von deren Einkommensniveau bestimmt. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, dass sich die Alterseinkommen der Rentner hauptsächlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. den Beamtenpensionen speisen, zeigt der Rentenbericht 2013 der Bundesregierung, dass sich die Einkommen älterer Menschen zum Teil erheblich unterscheiden und zudem aus sehr unterschiedlichen Quellen fließen (vgl. Abb. 1).

Dem Bericht zufolge verfügten bei den Rentnerhaushalten Ehepaare mit einer Bezugsperson ab 65 Jahren in den alten Ländern im Jahr 2011 durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.510 Euro (Neue Länder / NL – 2.016 Euro), alleinstehende Männer von 1.576 Euro (NL – 1.303 Euro) und alleinstehende Frauen von 1.302 Euro (NL – 1.219 Euro).

Dabei wird das Alterseinkommen der Rentnerhaushalte in den neuen Ländern wesentlich stärker durch das Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung dominiert als in den alten Ländern, insbesondere bei den alleinstehenden Frauen. So resultieren für diese Gruppe in den alten Ländern 13 %, in den neuen Ländern nur rund 5 % der Gesamteinkommen aus zusätzlichen Einkommen.

Karte 2: Regionalstruktur ausgewählter Einkommensarten



Bruttojahreslohn pro Beschäftigten 2010 in 1.000 Euro – Minimum: 18,9 Maximum: 37,2

- 18 bis unter 21
- 21 bis unter 23
- 23 bis unter 25
- 25 bis unter 27
- 27 bis unter 29
- 29 bis unter 31
- 31 bis unter 38

Quelle: IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00 Nürnberg 2012.

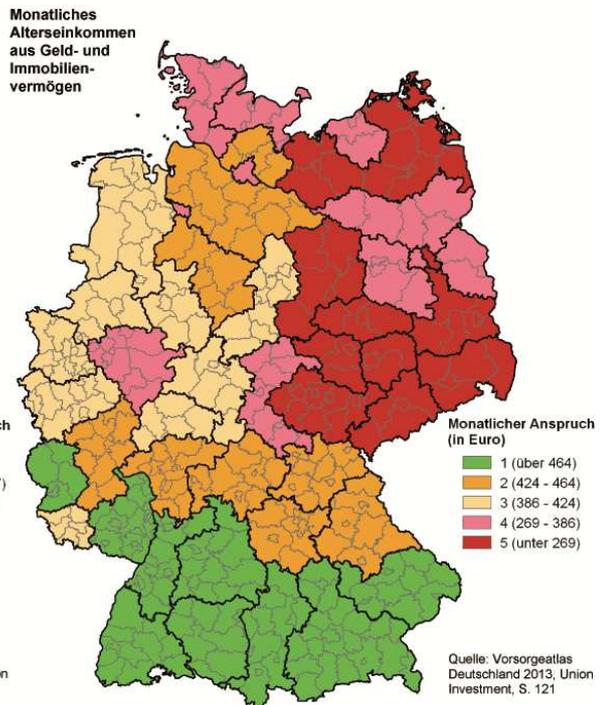
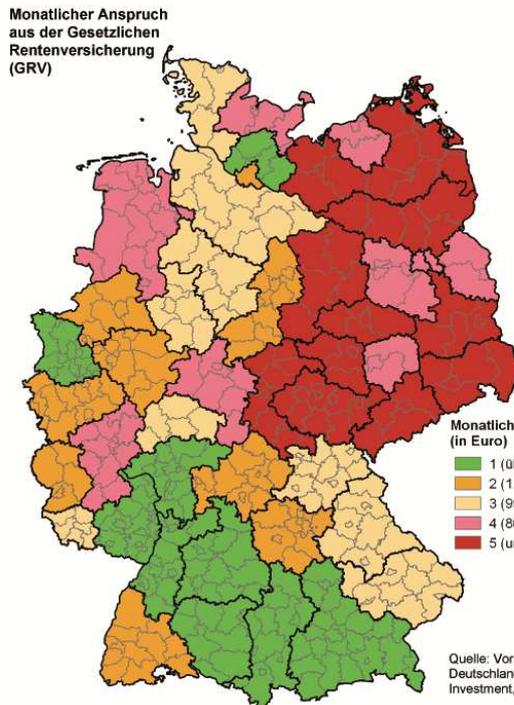
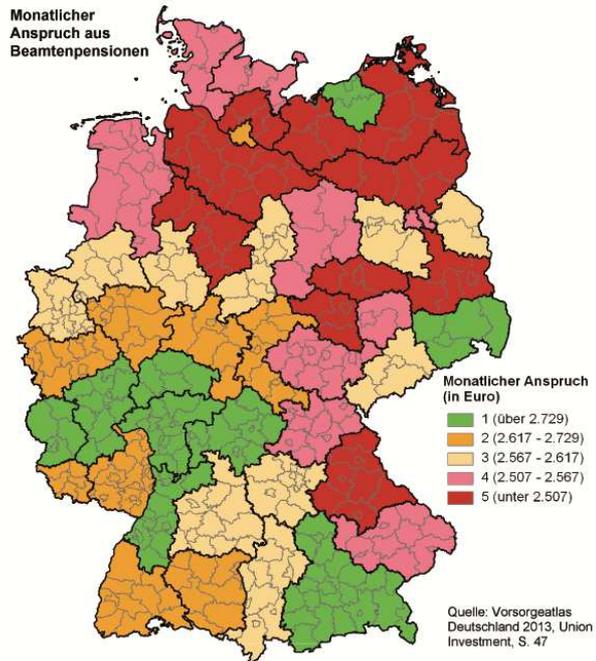
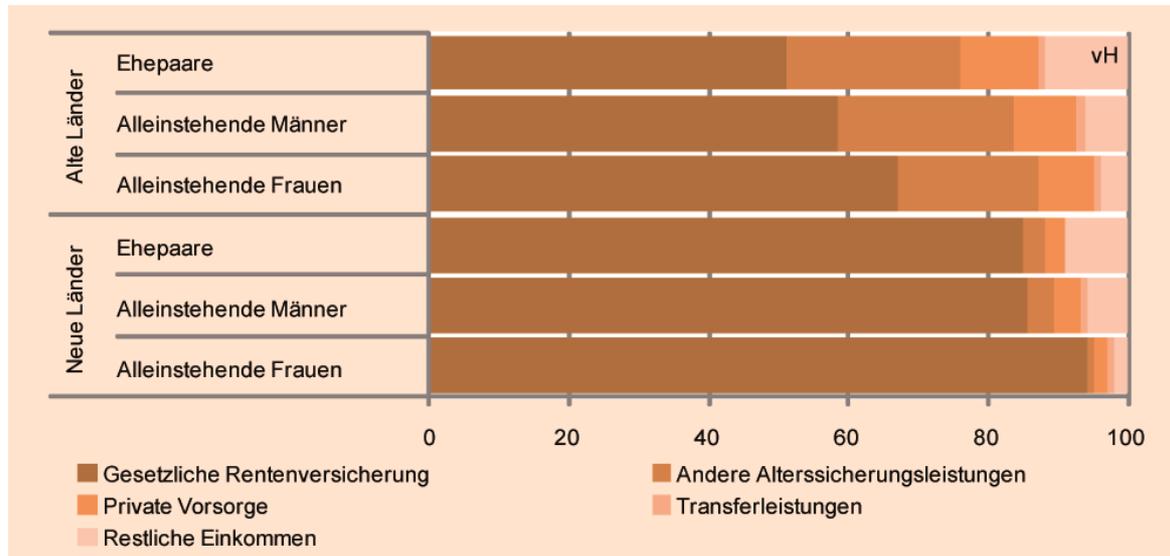


Abbildung 1: Anteile von Einkommenskomponenten der Alterssicherung am Bruttoeinkommensvolumen 2011



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013, Berlin 2013, S. 23.

Abbildung 1 zeigt die unterschiedliche Bedeutung einzelner Systeme innerhalb des Gesamtgefüges der Alterssicherung. Danach stammen 64 % aller den Seniorenhaushalten zufließenden Bruttoeinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die anderen Systeme der Alterssicherung machen zusammen 21 % dieses Volumens aus. Zusammen erreichen die Komponenten außerhalb der Alterssicherungssysteme 15 %.⁸

Der Vorsorgetatlas Deutschland 2013 legt hier aktuelle und differenzierte Informationen zum breiten Spektrum der Alterseinkünfte der Rentnerhaushalte vor (vgl. Tab. 1 und Karte 2). Beispielhaft soll hier im Folgenden aus dem breiten Spektrum der dargestellten Einkommensarten die Regionalstruktur der Einkünfte aus Beamtenpensionen, aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie aus Geld- und Immobilienvermögen kurz diskutiert werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse bestätigen zum einen die ausgeprägten Ost-West-Disparitäten im Niveau der Rentnereinkommen, die sich durch alle Einkunftsarten der Alterseinkommen ziehen. Sie zeigen aber auch, dass es im ländlichen Raum beachtliche Unterschiede gibt.

Mit Blick auf die Regionalstruktur der Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenpensionen, die direkt dem Vorsorgetatlas Deutschland 2013 entnommen wurden, lassen sich in Bezug auf die Raumtypen der ländlichen Räume die folgenden Schlussfolgerungen ableiten:

- Die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen erreichen tendenziell höhere Durchschnittswerte als die peripheren ländlichen Räume. Stellvertretend dafür stehen viele Kreisregionen der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Aber auch einige Kreisregionen dieses Raumtyps im Umfeld von Berlin und Dresden realisieren zumindest durchschnittliche Werte.
- Bei den Raumtypen „periphere ländliche Räume“ bzw. „periphere ländliche Räume mit touristischen Potenzialen“ zeigt sich kein einheitliches Bild. Neben vielen Regionen, die durchschnittliche oder sogar überdurchschnittliche Einkommen aufweisen, die mehrheitlich in den alten Ländern liegen, finden sich vor allem in den neuen Ländern viele Regionen mit weit unterdurchschnittlichen Werten der Renten und Pensionen.

Dies gilt auch für einige Regionen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

- Für die ländlichen Räume der neuen Länder, in denen das Niveau der Alterseinkommen deutlich stärker von der gesetzlichen Rentenversicherung abhängig ist als in den westdeutschen ländlichen Räumen, zeigt sich gerade bei dieser Einkommensart ein be-

achtlicher Einkommensrückstand, vor allem in den peripheren ländlichen Räumen. Einzig im Umfeld der Landeshauptstadt Dresden zeigen sich auffällig hohe Werte der Beamtenpensionen, die dort wahrscheinlich vor allem aus der Zuwanderung westdeutscher Beamter resultieren, die ihre Pensionsansprüche in diese Regionen mitgebracht haben.

Tabelle 1: Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alterseinkommen 2013

Monatliche Ansprüche bzw. Alterseinkommen	Alte Länder (AL)	Neue Länder	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL = 100)	Anmerkungen
	Euro						
Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)	1.065	858	1.025	809	1.169	80,6	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 965 Euro. 69 % der Bevölkerung sind in der GRV versichert (35,8 Mio. Personen).
Beamtenpensionen	2.638	2.555	2.628	2.194	3191	96,9	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 2.513 Euro. 3,7 % der Bevölkerung sind Beamte (1,9 Mio. Personen).
Berufständische Versorgung (BSV)	2.404	1.804	2.308	1.520	3.366	75,0	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 1.771 Euro. 433.000 Personen sind in der BSV versichert.
Riester-Rente	311	269	301	245	337	86,5	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 257 Euro.
Betriebliche Altersversorgung (bAV)	483	364	464	297	568	75,4	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 383 Euro. 15,5 % der Bevölkerung haben eine bAV (8 Mio. Personen).
Zusatzversorgung öffentlicher Dienst (ZöD)	336	276	325	235	382	82,1	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 284 Euro. 9,5 % der Bevölkerung haben eine ZöD (4,9 Mio. Personen).

Quelle: Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013, S. 33, 47, 57, 71, 91, 105.

Regionale Einkommen aus Geld- und Immobilienvermögen

Bei den Einkommen aus Geld- und Immobilienvermögen zeigen sich deutlich stärkere regionale Disparitäten als bei den GRV-Renten und Beamtenpensionen (vgl. Karte 2). Besonders prägnant ist auch hier das West-Ost-Gefälle ausgeprägt, denn die monatlichen Ansprüche bzw. Alterseinkommen eines Westdeutschen liegen mit 436 Euro fast 75 % über dem ostdeutschen Vergleichswert (vgl. Tab. 2).

Dieser starke Unterschied resultiert einerseits aus den deutlich geringeren Vermögenswerten (Geld und Immobilien), mit denen die Ostdeutschen an den Start des deutschen Einigungsprozesses gegangen sind. Zum anderen realisieren sie seit mehr als zwei Jahrzehnten – im Vergleich zu den Westdeutschen – deutlich niedrigere Löhne und Gehälter (aufgrund anhaltender Produktivitätsrückstände), was ihre Möglichkeiten zum Abbau dieser historischen Vermögenslücke erheblich einschränkt. Angesichts dieser Strukturen erscheinen die hier identifizierten regionalen Vermögensdisparitäten durchaus plausibel.

Auch mit Blick auf die ländlichen Räume machen diese Ost-West-Disparitäten den prägenden Unterschied aus. Zudem ist für die ländlichen Räume auch ein deutliches Süd-Nord-Gefälle erkennbar, denn vor allem in den ländlich geprägten Regionen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz liegt das monatliche Alterseinkommen aus Geld- und Immobilienvermögen weit über dem bun-

desweiten Durchschnitt. In vielen Regionen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen diese Alterseinkommen erheblich niedriger.

Regionale Unterschiede der GfK Kaufkraft

Die GfK schätzt bereits seit vielen Jahren die Kaufkraft je Einwohner für alle Stadt- und Landkreise sowie für alle Gemeinden und Postleitzahlgebiete Deutschlands. Dabei definiert sie die GfK Kaufkraft als „Summe aller Nettoeinkünfte der Bevölkerung [...], bezogen auf den Wohnort“.⁹ Mit diesem Wert steht eine Einkommensgröße in regionaler Differenziertheit zur Verfügung, die versucht, dem Anspruch gerecht zu werden, die Vielfalt der unterschiedlichen Einkommensarten in einem Wert zu vereinigen. Da dies im Vergleich zu den Einkommensarten, die hier bislang diskutiert wurden, eine ganz andere Qualität an Information darstellt, sollen hier abschließend die wesentlichen regionalen Strukturen der GfK Kaufkraft vorgestellt werden, auch mit Blick auf die ländlichen Räume.

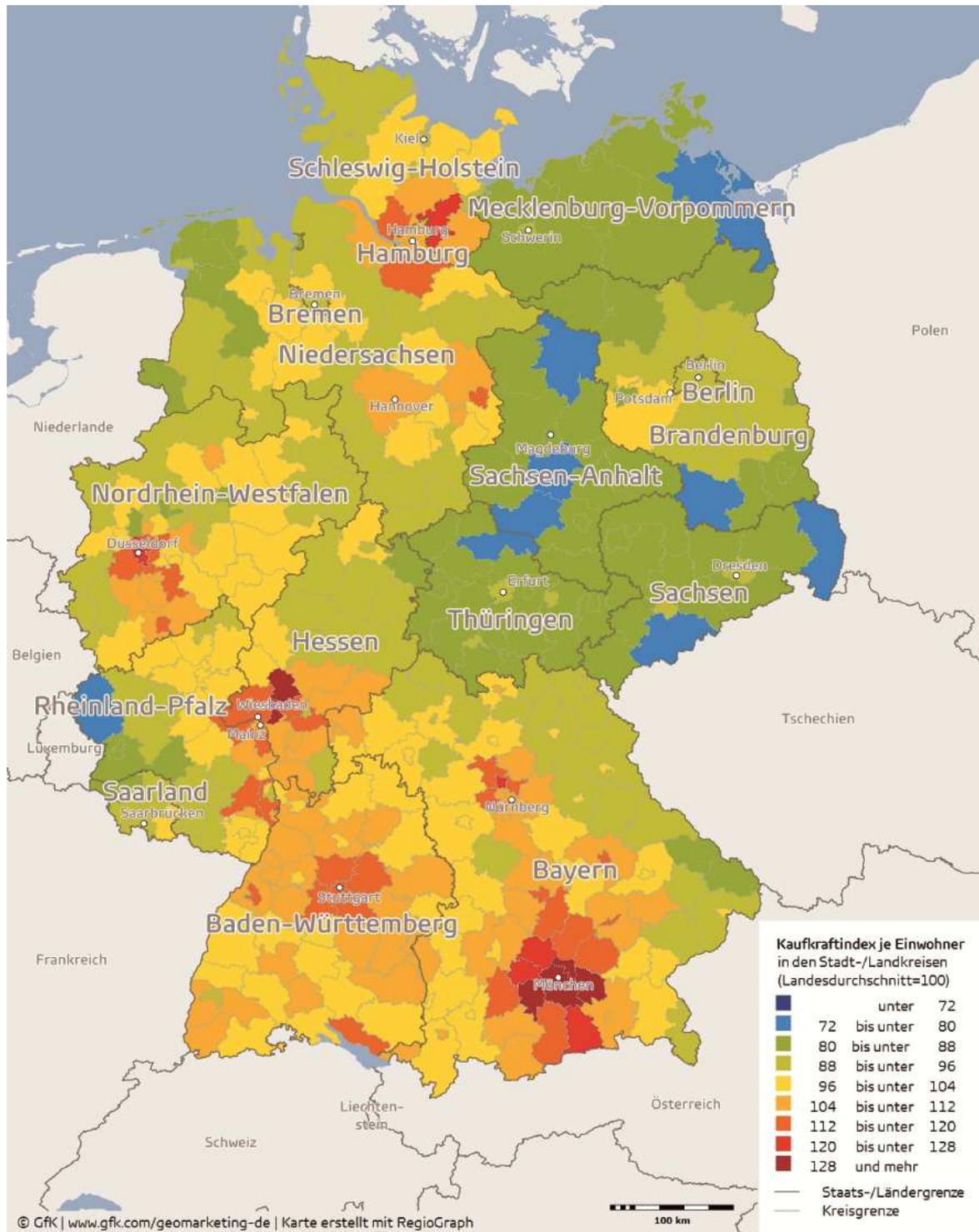
Nach der aktuellen Schätzung der GfK Kaufkraft 2015 entsprechen die 21.458 Euro je Einwohner, die in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt je Einwohner realisiert werden, in etwa dem bundesweiten Durchschnitt. Während die ostdeutschen Bundesländer durchgängig zum Teil weit unterdurchschnittliche Kaufkraftwerte realisieren (Minimum: Mecklenburg-Vorpommern 17.790 Euro), weisen vor allem Hamburg und Bayern überdurchschnittlich hohe Werte auf (Maximum: Hamburg 23.664 Euro).

Tabelle 2: Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alterseinkommen 2013

Monatliche Ansprüche bzw. Alterseinkommen	Alte Länder (AL)	Neue Länder	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL = 100)	Anmerkungen
	Euro						
Geld- und Immobilienvermögen	436	250	402	134	527	57,3	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 275 Euro.

Quelle: Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013, S. 121.

Karte 3: GfK Kaufkraft Deutschland 2015



Quelle: GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014 (http://www.gfk.com/de/Documents/Pressemitteilungen/2014/20141215_PM_GfK-Kaufkraftstudie_Deutschland_fin.pdf); Stand: 1.2.2015.

Innerhalb der einzelnen Bundesländer variiert die Kaufkraft zwischen den Kreisen zum Teil erheblich (vgl. Karte 3), allerdings nicht im gleichen Maße.¹⁰

Die größte Spreizung der Kaufkraftwerte zwischen den Kreisen eines Landes findet sich in Bayern. Während der Landkreis Starnberg je Einwohner eine Kaufkraft von 31.479 Euro aufweist, sind es im Landkreis Freyung-Grafenau lediglich 18.243 Euro, also 42 % weniger. In Sachsen fallen diese Kreisunterschiede deutlich niedriger aus. So realisiert in Görlitz, dem Landkreis mit der deutschlandweit niedrigsten Kaufkraft je Einwohner, ein Einwohner im Durchschnitt eine Kaufkraft von 16.645 Euro, also nur knapp 15 % weniger als in Dresden (19.488 Euro), dem kaufkraftstärksten Kreis in Sachsen. Damit kann ein Einwohner Dresdens im Durchschnitt lediglich 2.843 Euro bzw. ca. 17 % mehr für den Konsum ausgeben als ein Einwohner des Landkreises Görlitz. Offensichtlich ist die Verteilung der Kaufkraft im Bundesland Sachsen wesentlich homogener als in Bayern.

Ein zusammenfassender Blick auf die ländlichen Räume in Deutschland zeigt, dass sich die zuvor beschriebenen prägenden Disparitäten in den einzelnen Einkommensarten im Wesentlichen auch in der GfK Kaufkraft spiegeln. Entsprechend lassen sich für die ländlichen Räume die folgenden wesentlichen Einkommensdisparitäten identifizieren:

- Die ländlichen Räume weisen gegenüber den in ihrem Umfeld liegenden städtischen Räumen durchgängig ein niedrigeres Einkommensniveau auf.
- Die ländlichen Räume werden durch ein starkes West-Ost-Einkommensgefälle geprägt.
- Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen realisieren tendenziell ein höheres Einkommen als die peripherer gelegenen.
- Im Vergleich der Raumtypen „periphere ländliche Räume“ und „periphere ländliche Räume mit touristischen Potenzialen“ zeigen sich keine markanten Einkommensunterschiede.

Relativierung der Einkommensdisparitäten durch regionale Preisunterschiede

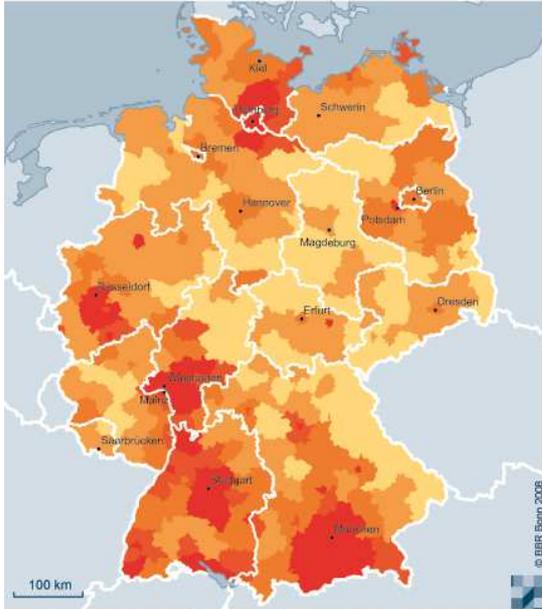
Die bisherige Diskussion regionaler Einkommensdisparitäten liefert noch kein zufriedenstellendes Bild der Unterschiede in diesem Bereich, weil sie die regionalen Preisunterschiede unberücksichtigt lässt. Im regionalen Alltag bilden sich die Preise der Güter und Leistungen aber in Abhängigkeit vom Angebot und der Nachfrage, woraus sich zum Teil beachtliche Preisunterschiede zwischen den Regionen ergeben. Dass man für eine Vierraumwohnung in vergleichbarer Qualität in München deutlich mehr als in der Uckermark zahlen muss, ist sicherlich für keinen eine besondere Überraschung. Solche Preisunterschiede finden sich, mehr oder weniger stark ausgeprägt, bei fast allen Gütern und Leistungen. Aus diesem Grunde dürfen sie bei der Diskussion regionaler Einkommensdisparitäten nicht unberücksichtigt bleiben, können sie die bislang identifizierten Einkommensdisparitäten doch erheblich verstärken oder auch kompensieren.

Bislang werden solche regionalen Preisindices durch die amtliche Statistik nicht ausgewiesen, obwohl sie für die Politik wichtige Informationen bereitstellen. Während überdurchschnittlich hohe Preise in der Regel einen Mangel an bestimmten Gütern oder Leistungen signalisieren (z. B. hohe Mietkosten infolge fehlender Wohnungen), stehen sinkende bzw. unterdurchschnittliche Preise für ein vorhandenes Überangebot. In vielen demographischen Schrumpfungsregionen (z. B. Altmark) realisieren verkaufswillige Wohneigentümer schon lange nur noch weit unterdurchschnittliche Verkaufspreise, weil diesen Regionen eine zahlungskräftige Nachfrage fehlt. Im Ergebnis machen solche regionalen Preisunterschiede auch eine Unterscheidung der regionalen Einkommen in Nominal- und Realeinkommen erforderlich.

Es ist der Verdienst von Kawka, dass hier auch regionale Preisindices in die Diskussion der Einkommensdisparitäten einbezogen werden können. Weil es solche Untersuchungen bislang nicht gibt, hat er mit großem Aufwand eigene regionale Preisindices zusammengestellt und berechnet, die hier nun zumindest eine begründete Orientierung für die Modifizierung

Karte 4: Regionale Preisindizes für ausgewählte Güter und Leistungen

Angebotsmiete 2007

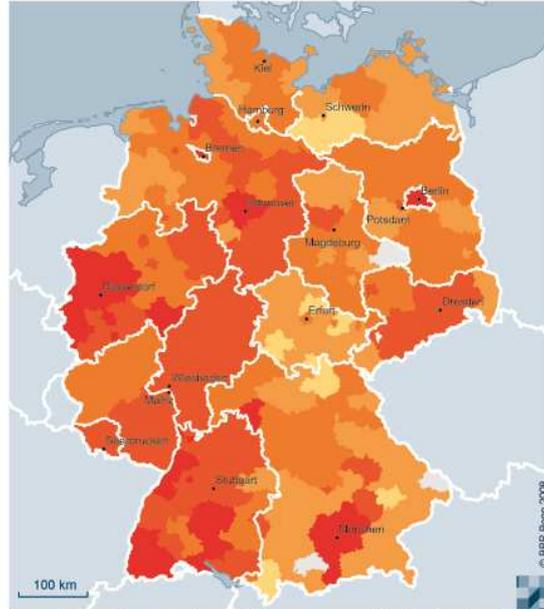


Angebotsmiete (Nettokaltmiete von frei finanzierten Wohnungen) je m² 2007 in Euro

Datenbasis: IDN Immobilien GmbH, BBR-Wohnungsmarktbearbeitungssystem
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- bis unter 4,70
- 4,70 bis unter 5,30
- 5,30 bis unter 5,90
- 5,90 bis unter 6,50
- 6,50 und mehr

Nahverkehr

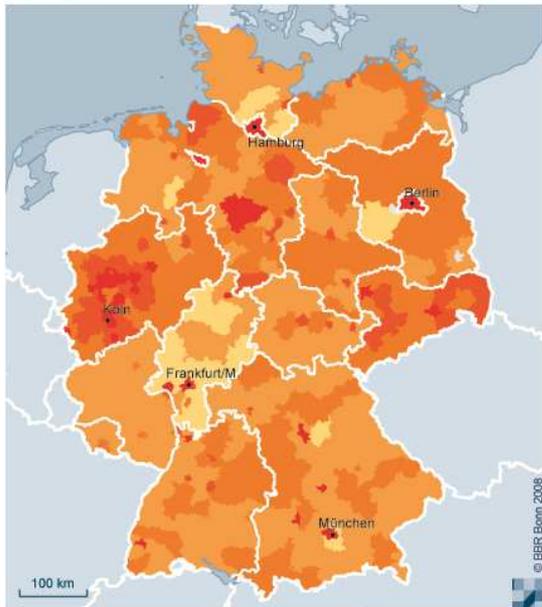


Preis für eine Einzelfahrkarte für Erwachsene im Nahverkehr 2006 in Euro

Datenbasis: Eigene Internetrecherche
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 1,00
- 1,00 bis unter 1,30
- 1,30 bis unter 1,60
- 1,60 bis unter 1,90
- 1,90 und mehr

Grundsteuer

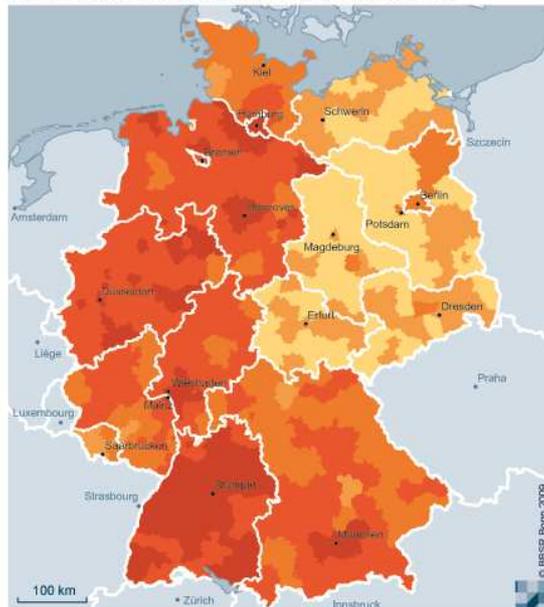


Grundsteuer B bei einem Einheitswert von 50.000 Euro 2006 in Euro

Datenbasis: www.regionalstatistik.de, laufende Raumbearbeitung des BBR
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 500
- 500 bis unter 600
- 600 bis unter 700
- 700 bis unter 800
- 800 und mehr

Durchschnittliches monatliches Entgelt für Friseure



Durchschnittliches monatliches Entgelt im Friseurgewerbe in Euro 2004

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen, 31.12.2005

- bis unter 700
- 700 bis unter 800
- 800 bis unter 900
- 900 bis unter 1 000
- 1 000 und mehr

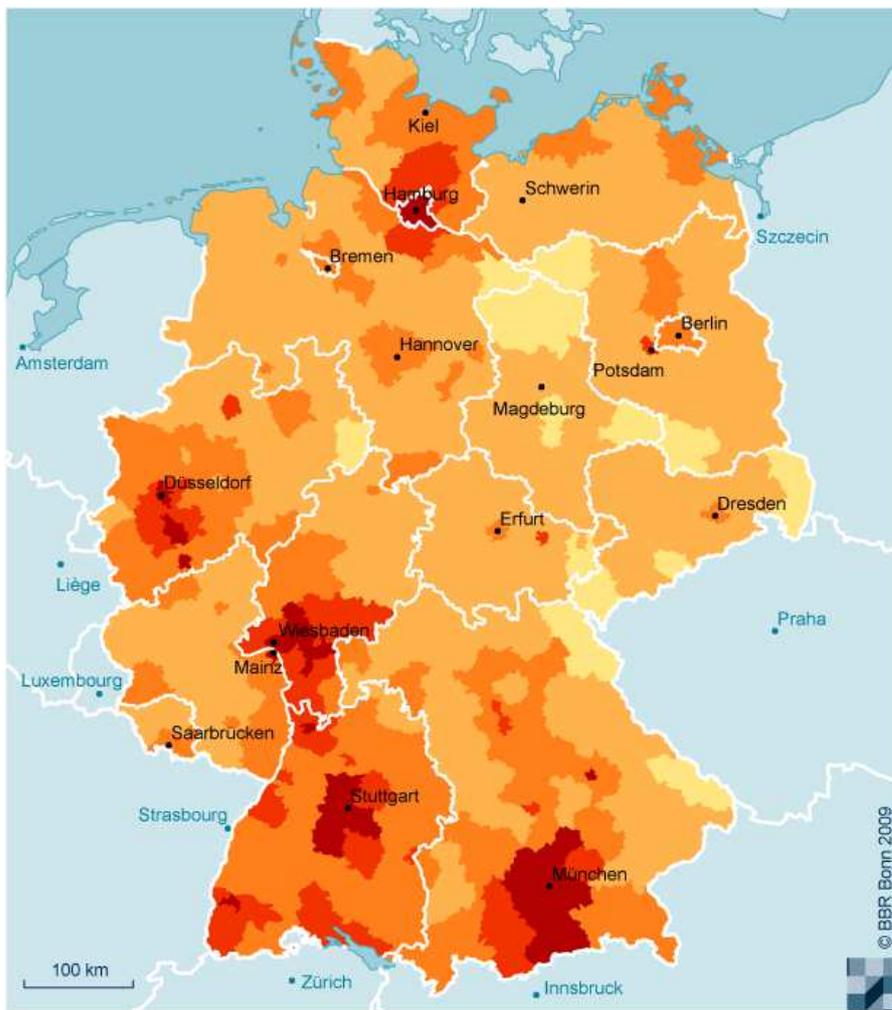
der bislang diskutierten Einkommensdisparitäten durch regionale Preisunterschiede geben (vgl. Karte 4).¹¹

Nach Kawka, dessen Ergebnisse hier nur kurz skizziert werden sollen, gibt es drei generelle Muster von Preisunterschieden:

- Güter, die häufiger im Osten günstiger sind,
- Güter, die häufiger im Süden teurer sind, und solche,
- die häufiger in Städten teurer sind.

Dabei gibt es immer wieder Ausnahmen. Den Preisindex hat Kawka – einer Tradition des Statistischen Bundesamtes folgend – am Wert der kreisfreien Stadt Bonn mit 100 normiert (vgl. Karte 5). Nach seinen Analysen „ist München mit 114,4 die teuerste Stadt, Tirschenreuth im Bayerischen Wald mit 83,4 der günstigste Landkreis. Die Großräume um München, Frankfurt a. M., Hamburg sowie Stuttgart, Heidelberg und das Rheinland sind teuer. Ein

Karte 5: Regionaler Preisindex*



Regionaler Preisindex (Bonn=100)

	bis unter 85
	85 bis unter 90
	90 bis unter 95
	95 bis unter 100
	100 und mehr

Datenbasis: Eigene Berechnungen des BBSR mit Daten von 2005 bis 2009
Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2006

Quelle: Kawka, Rupert (2009): Regionaler Preisindex. In: Berichte Band 30. Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2009, 100 S. - Abbildung Nr. 57

* Der regionale Preisindex (Gesamtindex aus den einzelnen regionalen Preisindizes) führt alle Einzeldaten, gewichtet mit ihren jeweiligen Anteilen am Warenkorb, zusammen. Für die Berechnung und Darstellung des regionalen Preisindexes bildete jeweils die Stadt Bonn die Referenz.

deutliches Ost-West-Gefälle tritt nicht hervor. Der Osten ist zwar etwas günstiger, doch kompensieren die niedrigeren Preise nicht die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West. Somit gibt es nur eine leichte (auf keinen Fall eine vollständige) Angleichung der Realeinkommen zwischen Ost und West.“ Gemessen am Variationskoeffizienten führen diese regionalen Preisunterschiede zu einem gewissen Ausgleich der nominalen Einkommensunterschiede und damit auch von regionalen Disparitäten, weil die regionale Streuung der Nominaleinkommen höher als die der Realeinkommen ist.¹²

Die Ergebnisse von Kawka zeigen, dass der regionale Preisindex in peripheren ländlichen Räumen besonders niedrig ist, während er in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen tendenziell höher ausfällt. Im Ergebnis werden die Einkommensdisparitäten im ländlichen Raum durch die regionalen Preisunterschiede sicherlich etwas gemildert.

Wesentliche Faktoren regionaler Einkommensunterschiede

Nachdem hier die Wirkungen der regionalen Preisunterschiede auf das Einkommen der Menschen in den Regionen differenziert beschrieben wurden, sollen im Weiteren Aussagen zur Regionalstruktur der Einkommensarmut in den Regionen Deutschlands vorgenommen werden, wieder mit einem besonderen Blick auf die ländlichen Räume.

Ein wichtiger Ausgangspunkt ist hierbei die These, dass die mehr oder weniger erfolgreiche Teilnahme der Subjekte am Prozess der Einkommensbildung maßgeblich für deren Grad an Betroffenheit von Armut ist. Höhere regionale Einkommen stehen dementsprechend eher für ein geringeres Risiko, arm zu sein, als niedrigere. Die regional differenzierten Strukturen des Armutsphänomens bilden sich dabei vor allem im Ergebnis der räumlichen Konzentration von Risiken heraus, die für die Ausprägung von Armut besonders relevant sind. Dies sind zum einen Risiken, die sich unmittelbar aus den spezifischen wirtschafts- und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten vor Ort ergeben. Dies sind aber auch spezifische Eigenschaften der Subjekte, die sie mehr oder weniger befähigen, sich erfolgreich am Prozess der Einkommensbildung zu beteiligen.

Die zahlreich vorliegenden Analysen über Einkommensdisparitäten arbeiten eindrucksvoll heraus, dass die beobachtbaren Einkommensunterschiede einem breiten Spektrum an wirtschafts-, siedlungsstrukturellen und individuellen Faktoren geschuldet sind (vgl. Abb. 2). Zu nennen wären hier u. a.:

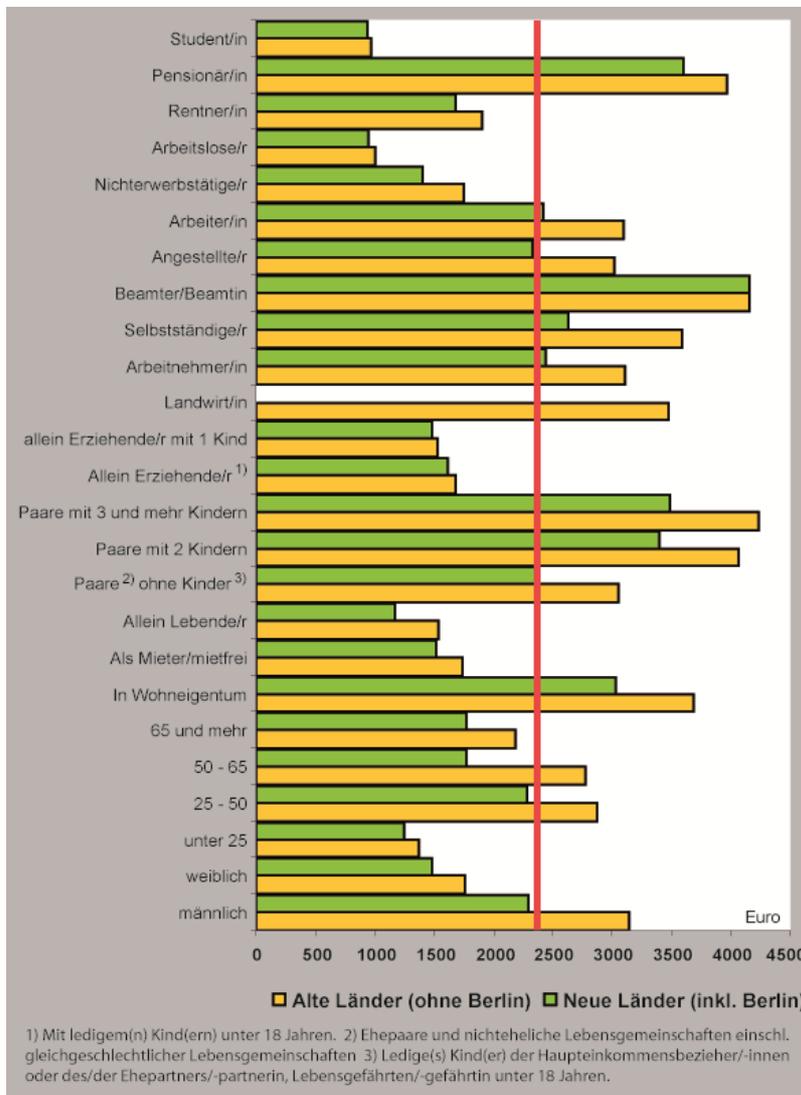
- das Qualifikationsniveau sowie die Leistungsgruppe der Arbeitnehmer: Bildung und Ausbildung erhöhen die persönliche Qualifikation und stellen eine wichtige Investition in das Humankapital dar. Je nach Qualifikation und / oder Fähigkeiten werden Arbeitnehmer in unterschiedlichen Leistungsgruppen beschäftigt, die mehr oder weniger gut bezahlt werden;
- die Betriebsgrößen- sowie die betriebliche Abhängigkeitsstruktur: Je größer der Betrieb, desto höhere Verdienste werden realisiert. Abhängige Betriebe, d. h. Betriebe, deren Unternehmenszentrale nicht am Standort sitzt, weisen oft einen geringeren Anteil an Verantwortungsträgern und entsprechend an höher qualifizierten Arbeitskräften auf;
- die Infrastrukturausstattung einer Region und ihre großräumige Erreichbarkeit sowie das vorhandene Marktpotenzial:¹³ Hochverdichtete Regionen können in diesem Sinne Agglomerationsvorteile realisieren, die für viele Unternehmen einen hohen Wert darstellen;
- der gewählte Beruf, der Anteil geringfügig Beschäftigter an den Arbeitnehmern, die Branche, in der man beschäftigt ist;
- die wirtschaftliche Lage des Unternehmens;
- die Situation des regionalen Arbeitsmarktes;
- das Geschlecht der Arbeitnehmer: In Deutschland lag 2011 zwischen dem Bruttolohn von Frauen und Männern im Durchschnitt eine Entgelt Differenz von 22 %. Während diese Lücke in Westdeutschland 24 % erreichte, lag sie in Ostdeutschland nur bei 7 %:¹⁴ Diese Unterschiede im Gehaltsniveau von Frauen und Männern zeigen sich in der Regel noch nicht bei den Einstiegsgehältern, sondern bauen sich im Laufe des Berufslebens systematisch auf;
- die Altersstruktur der Arbeitnehmer: Je jünger die Arbeitnehmer sind, desto höher wiegt

der Anteil der Arbeitseinkommen bei der Einkommensgenerierung und desto weniger spielen Transfereinkommen bzw. Vermögen eine Rolle;¹⁵

- (historisch bedingte) Entwicklungsvorsprünge des Arbeitsstandortes: So erreichten die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer der Wirtschaftszweige „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich“ in den ostdeutschen Regionen (ohne Berlin) Anfang 2012 lediglich 70,3 % des Niveaus der alten Länder in diesen Wirtschaftszweigen.

Solche Einkommensunterschiede zeigen sich auch mit Blick auf die Herkunft der Arbeitnehmer. So erzielten Ausländer zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den deutschen Arbeitsmarkt in der Regel deutlich niedrigere Löhne als Deutsche, wobei es zwischen den Nationalitäten große Unterschiede gibt.¹⁶ Diese Unterschiede erklären sich allerdings größtenteils über das tendenziell geringere Qualifikationsniveau, die geringere Leistungsgruppe, den gewählten Beruf, die gewählte Branche, in der viele Ausländer beschäftigt sind u. a. m.

Abbildung 2: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens nach dem sozialen Status bzw. Typ des Haushalts, 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Einkommensverteilung in Deutschland 2008, Fachserie 15 Heft 6, Wiesbaden 2012.

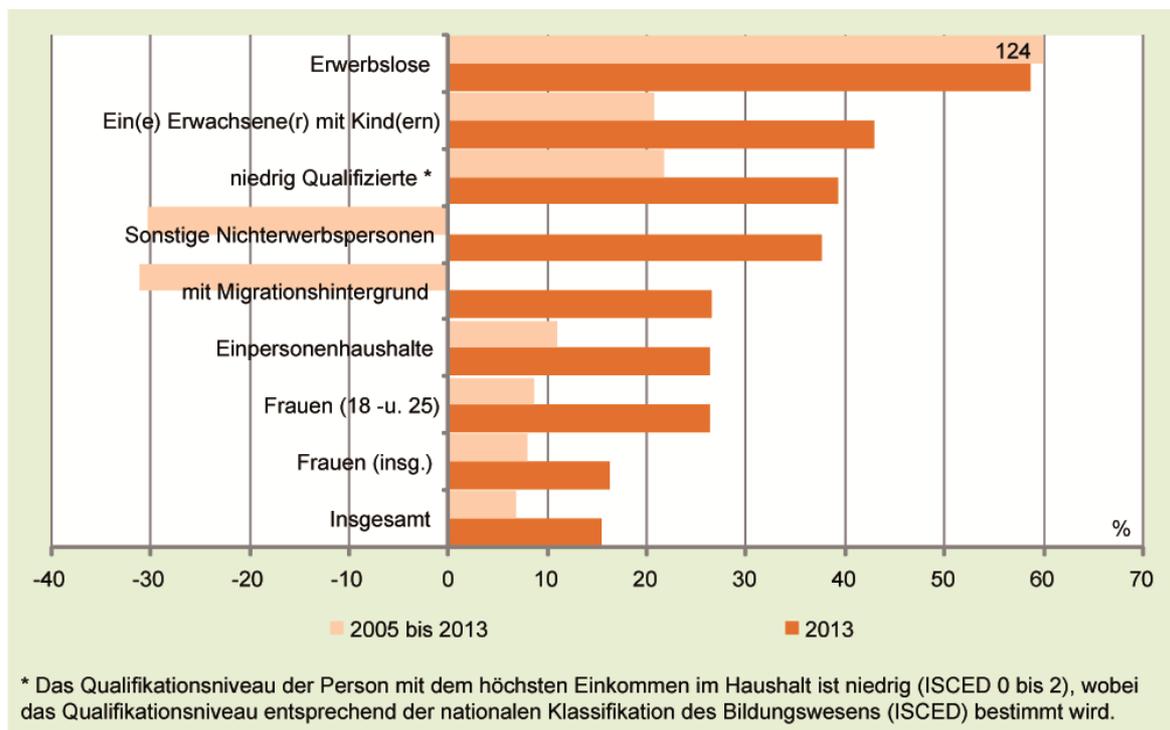
REGIONALE DISPARITÄTEN DER EINKOMMENSARMUT

Ein zentraler Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut ist die Armutsgefährdungsquote. Sie wird entsprechend dem EU-Standard als der Anteil der Personen definiert, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.¹⁷

Die Ergebnisse des Mikrozensus (jährliche 1%-Stichprobe) veranschaulichen eindrucksvoll, dass nicht alle soziodemographischen Gruppierungen gleichermaßen armutsgefährdet sind (vgl. Abb. 3). Besonders gefährdet sind demnach Erwerbslose, Alleinerziehende und niedrig qualifizierte Erwerbspersonen. Auch Personen

mit Migrationshintergrund, die vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und vielfach geringer qualifiziert sind, weisen eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung auf. So lag die Arbeitslosenquote der Ausländer im Dezember 2014 bei 13,9 % (Deutsche: 5,6 %).¹⁸ Eine Analyse des Anteils der Personen ohne allgemeinen Schulabschluss für das Jahr 2013 zeigt zudem, dass bei den 25- bis 65-Jährigen mit Migrationshintergrund 9,5 % der Personen keinen allgemeinen Schulabschluss besaßen (25- bis 65-Jährige ohne Migrationshintergrund: 1,5 %). Ähnlich gerichtete Unterschiede zeigen sich beim Anteil der Bevölkerung mit Hauptschulabschlüssen, bei dem die 15- bis 55-jährigen Personen mit Migrationshintergrund über

Abbildung 3: Armutsgefährdungsquote* nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent, gemessen am Bundesmedian



* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus 2005 und 2013. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011, zuvor auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. der Registerzählung 1990 (Osten) – eigene Berechnungen.

alle analysierten Altersgruppen hinweg deutlich höhere Anteile als die Personen ohne Migrationshintergrund aufweisen. Lag diese Relation bei den 15- bis 25-Jährigen bei 16,8 % : 12,6 %, so fällt diese Diskrepanz bei den 35- bis 45-Jährigen mit 30,6 % : 20,3 %¹⁹ noch deutlich höher aus.

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2013 zeigen, dass das Armutsrisiko immer stärker auch die über 65-Jährigen trifft. Seit Einführung der Statistik (2005) hat sich deren Risiko überdurchschnittlich erhöht und ihren höchsten Stand erreicht. Besonders stark sind die Rentner im Westen von Armut betroffen. Für einen Alleinwohnenden heißt das, dass er monatlich weniger als 892 Euro zur Verfügung hat. Während in Baden-Württemberg 12,8 % der über 65-Jährigen davon betroffen sind, liegt dieser Anteil in Bayern sogar bei 17 %. Höher ist das Armutsrisiko für alte Menschen nur noch in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und im Saarland.²⁰

Auch im regionalen Kontext zeigt sich ein sehr differenziertes Bild der Armutsgefährdung. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat auf Basis von Kaufkraftdaten und der regionalen Preisindizes von Kawka eine regionale Kaufkraftarmut berechnet,²¹ die es nun auch ermöglicht, Standpunkte zur Ausprägung des Armutsphänomens im ländlichen Raum zu formulieren. Interessant ist hier, dass diese Ergebnisse die Ausgangsthese im Wesentlichen bestätigen, die besagt, dass die identifizierten regionalen Einkommensdisparitäten einen wichtigen Rahmen für das räumliche Muster der Einkommensarmut bilden (vgl. Karte 6).

Auch bei der Einkommensarmut dominieren die Ost-West-Disparitäten, wobei insbesondere die peripheren ländlichen Räume der neuen Länder betroffen sind. Viele andere Regionen im ländlichen Raum weisen deutlich niedrigere Armutsquoten auf, insbesondere die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen. Diese sind tendenziell weniger stark von Armut betroffen als die anderen zwei peripheren Raumtypen des ländlichen Raumes, für die sich keine spezifischen Unterschiede ausmachen lassen.

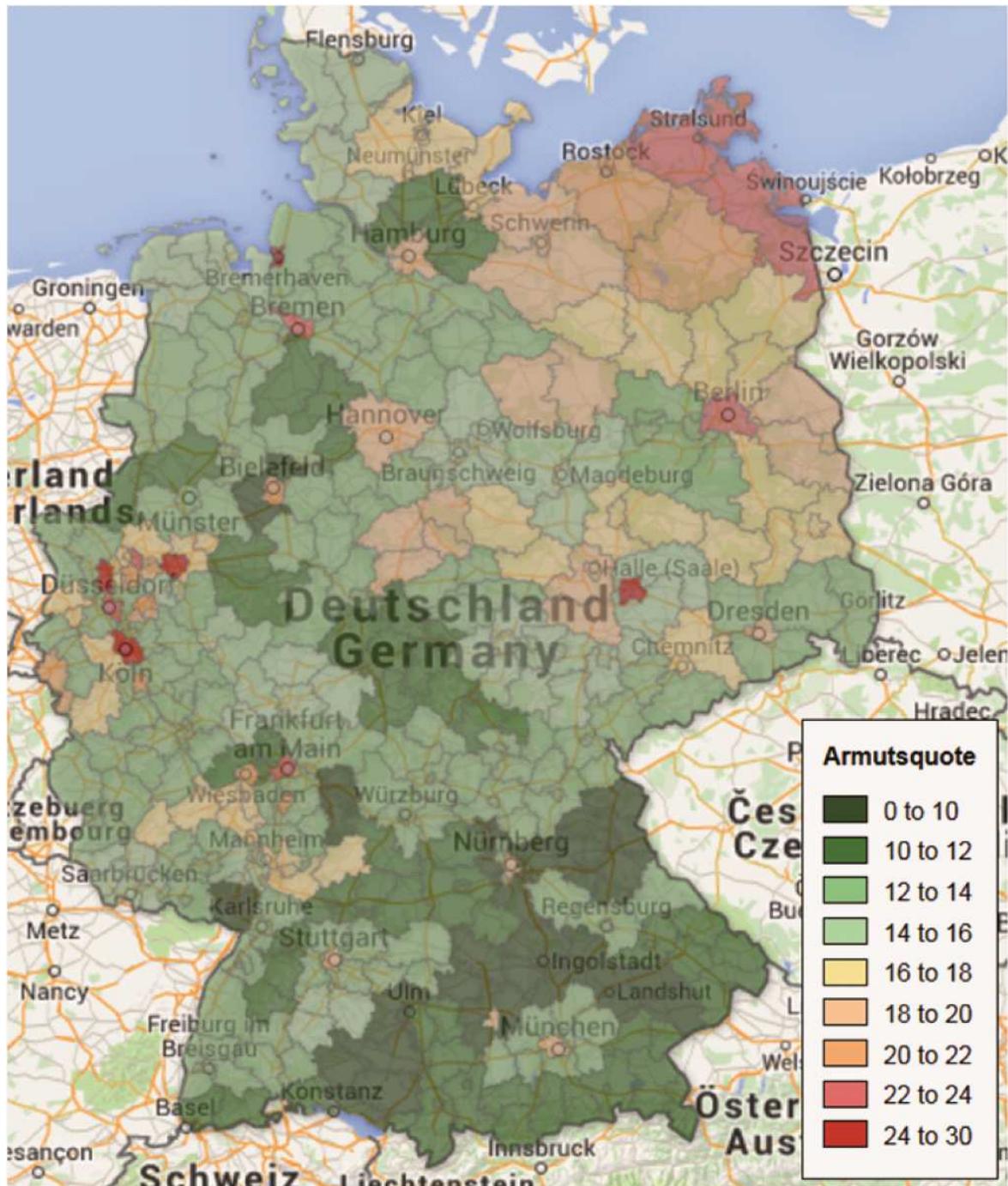
Bislang stützte sich hier die Mehrzahl der Aussagen auf regionale Einkommensanalysen, die von anderen Autoren / Instituten vorgenom-

men wurden und bei denen sich der Autor nicht auf das differenzierte Ausgangsdatenmaterial stützen konnte. Deswegen ließen sich hier auch nur Aussagen formulieren, die auf einer pauschalen Bewertung des Kartenmaterials beruhen, ohne Kenntnis der detaillierten regionalen Unterschiede. Um dieses Manko aufzulösen, entwickelt der Autor im Folgenden ein eigenes Modell zur Abschätzung des regionalen Armutsrisikos der Regionen in Deutschland, auf deren Grundlage auch differenzierte Aussagen für den ländlichen Raum in Deutschland möglich sind.

Abbildung 3 informierte darüber, dass soziodemographische Gruppen sehr verschieden von Armut betroffen sind. Dem Mikrozensus 2013 zufolge tragen Erwerbslose, Alleinerziehende, niedrig Qualifizierte, sonstige Nichterwerbspersonen, Personen mit Migrationshintergrund und Einpersonenhaushalte das höchste Armutsrisiko. Unterstellt man, dass eine Region, in der sich die Gruppen mit einem hohen Armutsrisiko konzentrieren, insgesamt auch ein höheres Armutsrisiko aufweist und vice versa, dann lässt sich auf der Grundlage der Kenntnisse dieser unterschiedlichen soziodemographischen Risiken ein Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“ berechnen, indem man für diese Risiken jeweils geeignete Indikatoren entwickelt. Dies wurde hier getan, sodass im Ergebnis ein Indikatoren-Set zur Verfügung steht, auf dessen Grundlage ein solcher Gesamtindex quantifiziert werden kann.

In einem ersten Schritt wurde dieses Indikatoren-Set auf vorhandene Korrelationen innerhalb des Indikatoren-Sets untersucht, wobei jene Indikatoren, die stark mit anderen aus diesem Set korrelieren, aus dem Datensatz entfernt wurden. Die verbliebenen Indikatoren wurden in einem zweiten Schritt z-transformiert und in ihrer Wertausrichtung so gedreht, dass ein positiver Wert immer für eine günstige Ausprägung des standardisierten Indikators steht, ein negativer für eine ungünstige. Je größer oder kleiner dieser Wert ausfällt, desto geringer oder stärker gestaltet sich das regionale Armutsrisiko. Die so modifizierten Indikatoren wurden, gewichtet an ihrem Armutsrisiko, additiv zum angestrebten Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“ verknüpft (vgl. Tab. 3).

Karte 6: Regionalstruktur der relativen Kaufkraftarmut 2012



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, BBSR
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2014. Vgl. <http://www.iwkoeln.de/de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-einkommensarmut-in-deutschland-aus-regionaler-sicht-179584> (gelesen am 5.2.2015)
 Anteil der Bevölkerung in relativer Kaufkraftarmut 2012 (in Prozent)

Tabelle 3: Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“

Landkreise Städtische und ländliche Räume Alte und neue Länder / Deutschland	Anteil der Einperso- nenhaus- halte 2011 (%)	Anteil der Allein- erziehen- den 2011 (%)	Langzeit- arbeitslose je 100 abhängige Erwerbs- personen 2012 (JD)	Anteil sv-Beschäf- tigter ohne Berufs- ausbildung 2011 (%)	Regionales Armutsrisiko*
	%Gewichtung für additive Verknüpfung				
	15,8	25,7	35,1	23,5	
Städtische und ländliche Räume					
Städtische Räume	37,2	7,9	2,2	12,9	0,138
Ländliche Räume	37,1	7,6	2,7	14,0	-0,053
Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen	38,6	7,6	2,9	13,2	-0,134
Periphere ländliche Räume (PLR)	35,6	7,7	2,4	14,6	0,091
PLR mit touristischen Potenzialen	37,8	7,6	3,1	14,4	-0,266
Alte Länder, neue Länder, Deutschland					
Alte Länder (ohne Berlin)	36,4	7,6	2,1	14,7	0,202
Neue Länder (inkl. Berlin)	39,8	8,3	3,8	8,0	-0,508
Deutschland	37,2	7,8	2,4	13,5	0,046

Quelle: Eigene Berechnungen.

* Ergebnis der additiven, gewichteten Verknüpfung der vier Teilindikatoren zum Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“. Die zugrundeliegenden z-transformierten Teilindikatoren weisen jeweils den Erwartungswert 0 und die Varianz 1 auf. Werte der Teilindikatoren bzw. des Gesamtindices um 1 signalisieren ein sehr günstiges Potenzial bzw. ein geringes Armutsrisiko, Werte um -1 eher ein ungünstiges Potenzial bzw. hohes Risiko.

Im Ergebnis zeigt sich (vgl. Abb. 4 und Karte 7), dass die Regionen im ländlichen Raum sehr verschieden vom Armutsrisiko betroffen sind. Per Saldo fällt das Armutsrisiko in den ländlichen Räumen sogar etwas stärker als in den städtischen Räumen aus, was sicherlich der ungünstigen Situation in den neuen Ländern geschuldet ist. Innerhalb der ländlichen Räume zeigen sich nur geringe Unterschiede. Im Durchschnitt weisen die „peripheren ländlichen Räume mit touristischen Potenzialen“ das höchste Armutsrisiko auf, gefolgt von den „ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen“. In den

„peripheren ländlichen Räumen“ bewegt sich das Armutsrisiko eher auf einem durchschnittlichen Niveau.

Der Gesamtindex zeigt ein starkes Ost-West-Gefälle, denn es sind vor allem ostdeutsche Regionen, z. B. die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Uckermark und Görlitz, die Höchstwerte des Armutsrisikos realisieren. Der ländliche Raum der alten Länder ist vergleichsweise weniger betroffen. Dort realisieren lediglich die Landkreise „Kreis und Stadt Ansbach“ und „Südwestpfalz / Pirmasens / Zweibrücken“ bundesweite Höchstwerte, während die nächst-

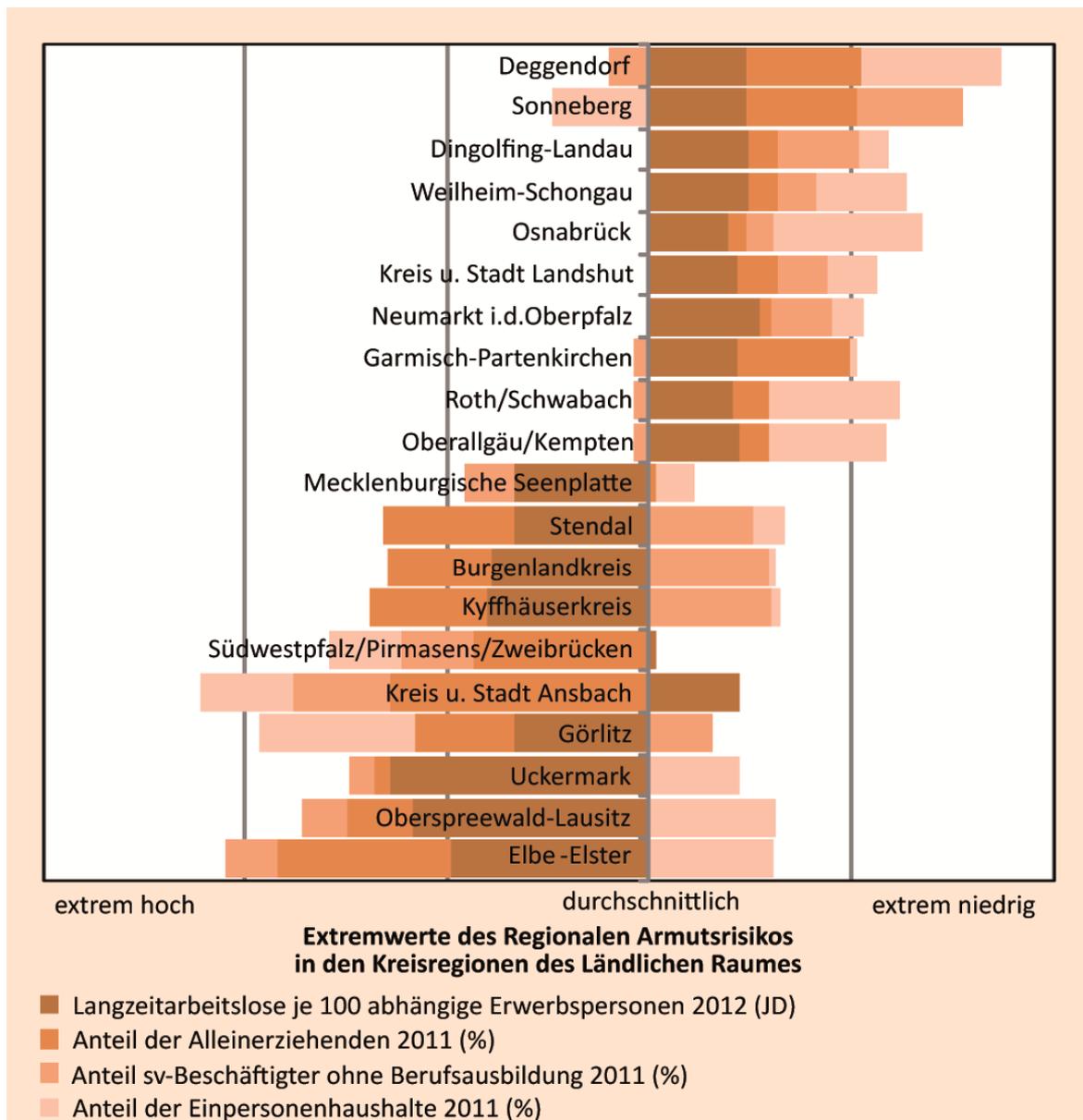
folgenden stärker betroffenen westdeutschen Landkreise wie z. B. Celle, „Kreis und Stadt Coburg“ bzw. Tirschenreuth deutlich niedrigere, immer aber noch überdurchschnittlich hohe Armutsrisiken aufweisen.

Während in den ostdeutschen Landkreisen diese starke Armutsgefährdung vor allem dem hohen Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit geschuldet ist, resultiert es in den westdeutschen Landkreisen eher aus dem überdurchschnittlich

hohen Anteil der Alleinerziehenden und dem unzureichenden Qualifizierungsniveau der Arbeitnehmer.

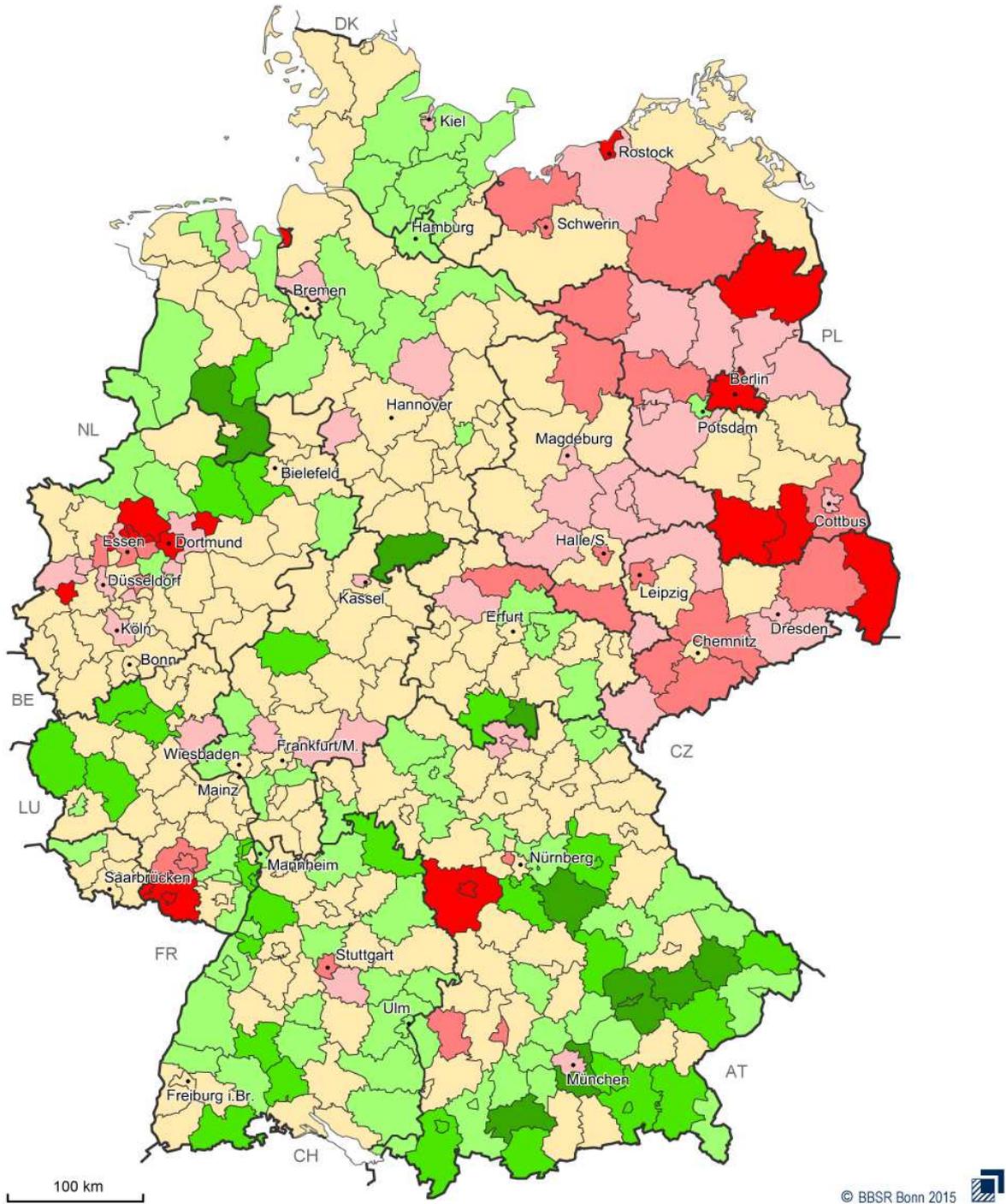
In den alten Ländern konzentriert sich das höhere Armutsrisiko vor allem im städtischen Raum. Dort realisieren viele Stadtkreise ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko, insbesondere im Ruhrgebiet, aber auch in den Städten Berlin und Bremerhaven.

Abbildung 4: Extremwerte des Regionalen Armutsrisikos im ländlichen Raum

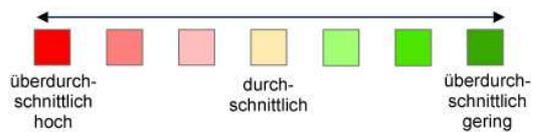


Quelle: Eigene Berechnungen.

Karte 7: Gesamtindex Regionales Armutsrisiko



Ausprägung des Armutsrisikos*
in der Region im Jahr 2011/2012



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2011
Bearbeitung: G. Lackmann

* Das Armutsrisiko wurde hier über die Indikatoren "Anteil Einpersonenhaushalte", "Anteil Alleinerziehende", "Quote der Langzeitarbeitslosigkeit" und "Anteil sv-Beschäftigter ohne Berufsausbildung" quantifiziert, die jeweils standardisiert und gewichtet zu einem Gesamtindex aggregiert wurden.

Die unterdurchschnittlichen Armutsrisiken des ländlichen Raumes vereinen vor allem die ländlichen Regionen Bayerns auf sich. Unter den zehn Kreisregionen mit dem niedrigsten Armutsrisiko finden sich allein sieben aus diesem Bundesland. Hier sind vor allem das niedrige Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit, die niedrigen Anteile der Alleinerziehenden sowie die weit unterdurchschnittliche Präsenz der Einpersonenhaushalte für dieses deutlich geringere Armutsrisiko verantwortlich. In diesen Zahlen spiegelt sich zum einen die gute wirtschaftliche Situation dieser Regionen wider. Sie sind aber auch ein Spiegelbild der nach wie vor stärker konservativ ausgeprägten Lebensmodelle in diesem Bundesland, in denen Alleinerziehende und Einpersonenhaushalte ein deutlich geringeres Gewicht haben.

Überraschenderweise können sich unter den Kreisregionen mit einem extrem niedrigen Armutsrisiko auch die ostdeutschen Landkreise Sonneberg und Hildburghausen platzieren. Aufgrund ihrer günstigen Lage zu westdeutschen Regionen liegt hier das Arbeitslosigkeitsniveau schon lange weit unter dem hohen ostdeutschen Durchschnittswert, was vor allem der äußerst günstigen Pendleranbindung an leistungsstärkere westdeutsche Arbeitsmärkte geschuldet ist. Aber auch bei den drei anderen Indikatoren weisen diese beiden Regionen mehrheitlich vergleichsweise günstige Ausprägungen auf. Während im Landkreis Sonneberg einzig der Anteil der Einpersonenhaushalte überdurchschnittlich hoch ausfällt, realisiert der Landkreis Hildburghausen nur beim Anteil der Alleinerziehenden leicht überdurchschnittliche Werte.

FAZIT

Die dem Beitrag zugrunde liegenden Analysen zeigen, dass es in Deutschland beachtliche regionale Einkommensdisparitäten gibt, die sich im Ergebnis auch nachhaltig auf das Niveau der regionalen Armutsdisparitäten auswirken.

Entscheidend für die Ausprägung des Armutsrisikos sind dabei zum einen subjektive Merkmale wie das Qualifikationsniveau, der Familienstand oder das Alter. Das Armutsrisiko hängt aber auch in starkem Maße davon ab, in welcher Region man lebt. Strukturstarke Regionen weisen in der Regel einen höheren Anteil

an gutbezahlter Beschäftigung auf, während es strukturschwachen Regionen, einmal abgesehen von ihrem ohnehin niedrigeren Lohnniveau, schon schwerfällt, den dort lebenden Erwerbspersonen überhaupt einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten. Diese zum Teil erheblichen Strukturunterschiede schlagen sich in der Folge auch in spürbaren regionalen Einkommens- und Armutsdisparitäten nieder.

Im regionalen Kontext werden die aktuellen Armutsdisparitäten vor allem durch ein starkes West-Ost-Gefälle geprägt, das sich auch in den Einkommens- und Armutsdisparitäten des ländlichen Raumes niederschlägt. Wie bei vielen anderen Strukturgrößen zeigt sich auch beim Einkommens- und Armutsniveau, dass es *den* ländlichen Raum in Deutschland nicht gibt. Neben strukturstarken, erfolgreichen ländlichen Räumen, die vor allem in den alten Ländern und dort eher im Süden zu finden sind, gibt es auch viele Regionen, die schon heute erhebliche strukturelle Probleme aufweisen, die sich auch im Einkommens- und Armutsniveau niederschlagen. Aussagen zum ländlichen Raum sollten daher nie allgemeinverbindlich formuliert werden.

Die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen realisierten bei den einzelnen Einkommensarten in der Regel leichte Einkommensvorteile gegenüber den beiden peripheren Raumtypen im ländlichen Raum. Diese Situation schlägt sich allerdings nicht in einem geringeren Armutsrisiko dieses Raumtyps nieder, weil sich in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen die soziodemographischen Armutsrisiken stärker konzentrieren. Im Ergebnis werden die strukturellen Einkommensvorteile dieses Raumtyps durch eine stärkere Konzentration soziodemographischer Armutsrisiken überkompensiert.

Letztendlich lässt sich nicht einmal feststellen, dass sich das Armutsrisiko der ländlichen Räume spürbar von dem der städtischen Räume unterscheidet. Zwar scheinen deutlich mehr Regionen im ländlichen Raum, insbesondere im Süden Deutschlands, ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufzuweisen. Dennoch findet sich unter den Regionen mit dem höchsten Armutsrisiko neben den vielen Stadtkreisen auch eine große Zahl strukturschwacher Kreis-

regionen aus dem ländlichen Raum, die – wie schon gesagt – größtenteils in den neuen Ländern liegen.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband stellte in seinem Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013 fest, dass die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen Seite und Armutsregionen auf der anderen Seite stetig und deutlich wächst. Die sozialen und regionalen Fliehkräfte, gemessen an der Einkommensspreizung, nahmen seit 2006 dramatisch zu.²² Besonders ungünstig sind davon auch viele strukturschwache Regionen im ländlichen Raum betroffen, insbesondere der neuen Länder. Deren Situation wird durch die intensiven demographischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesse noch verschärft, weil ihre Standortattraktivität spürbar darunter leidet. Wenn es nicht gelingt, die wirtschaftlichen Strukturen dieser Räume und damit deren Einkommensbasis dauerhaft zu stärken, wird sich an den hier identifizierten regionalen Einkommens- und Armutsdisparitäten in absehbarer Zeit nur wenig ändern. Letztendlich kann sogar eine weitere Verschärfung dieser Disparitäten zu Lasten vieler ländlicher Räume nicht ausgeschlossen werden.

|| DR. STEFFEN MARETZKE

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
(BBR), Bonn

ANMERKUNGEN

- ¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013, Berlin 2013, S. II.
- ² Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Einkommen, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/324/einkommen-v10.html>; Stand: 14.12.2012.
- ³ Schwengler, Barbara: Regionale Wirtschaftsförderung ab 2014. Neue Rangfolge der förderbedürftigen Regionen in Deutschland, in: IAB Kurzbericht 22/2013, Nürnberg 2013.
- ⁴ Binder, Jan / Schwengler, Barbara: Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze, in: IAB-Discussion Paper No. 4; <http://www.iab.de/389/section.aspx/Publikation/k060315n01>; Stand: 30.1.2015.

⁵ Im Jahr 2010 erzielten 5,9 % aller Beschäftigten ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. In Westdeutschland lag der Anteil der Hochlohnbezieher mit 6,3 % um zwei Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland, obwohl die Beitragsbemessungsgrenze im Westen mit 66.000 € um gut 10.000 € höher war als im Osten. Siehe hierzu Schwengler: Regionale Wirtschaftsförderung ab 2014, S. 5.

⁶ GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014; http://www.gfk.com/de/Documents/Pressemitteilungen/2014/20141215_PM_GfK-Kaufkraftstudie_Deutschland_fin.pdf; Stand: 1.2.2015.

⁷ Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013.

⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013.

⁹ Neben dem Nettoeinkommen aus selbstständiger und nichtselbstständiger Arbeit werden ebenso Kapitaleinkünfte und staatliche Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld, Kindergeld und Renten zur Kaufkraft hinzugerechnet. Von diesem verfügbaren Einkommen sind allerdings noch nicht die Ausgaben für Lebenshaltungskosten, Versicherungen, Miete und Nebenkosten wie Gas oder Strom, Bekleidung oder das Sparen abgezogen. Folglich bedeutet ein nominaler Anstieg der Kaufkraft nicht zwangsläufig, dass jedem Einzelnen real mehr Geld zur Verfügung steht, wenn die aufgeführten Ausgaben deutlicher ansteigen. Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, dass die Kaufkraft einer Region ein Durchschnittswert der dort lebenden Bevölkerung ist und nichts über die Kaufkraft einzelner Individuen, die Kaufkraft je Haushalt oder über die dahinter liegende Einkommensverteilung und damit die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ aussagt. Basis der Berechnung sind neben der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik einschlägige Statistiken zur Berechnung der staatlichen Leistungen sowie Prognosewerte der Wirtschaftsinstitute. Siehe hierzu GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014, S. 4.

¹⁰ Ebd., S. 1 f.

¹¹ Kawka, Rupert: Regionaler Preisindex, in: Berichte Band 30, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2009.

¹² Ebd.

¹³ Maretzke, Steffen: Regionales Einkommen in Abhängigkeit von regionalen Strukturunterschieden, in: Informationen zur Raumentwicklung 1.2013, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2013, S. 67-84.

¹⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und

- Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2013, S. 340.
- ¹⁵ Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.): Mobilität 2025. Der Einfluss von Einkommen, Mobilitätskosten und Demografie, Berlin 2008 (April), S. 50.
- ¹⁶ Lehmer, Florian / Ludsteck, Johannes: Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt. Das Herkunftsland ist von hoher Bedeutung, in: IAB Kurzbericht 1/2013, Nürnberg 2013.
- ¹⁷ Vgl. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Armutsgefahrungsquoten.html>; Stand: 26.1.2015.
- ¹⁸ Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Dezember und Jahr 2014, Nürnberg 2014, S. 80.
- ¹⁹ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2013, Fachserie 1 Reihe 2.2, Tabelle 8A, Wiesbaden 2013.
- ²⁰ Pundt, Beate: Mikrozensus: Immer mehr alte Menschen von Armut bedroht, 20.11.2014; <http://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/themensk/Mikrozensus-Immer-mehr-alte-Menschen-von-Armut-bedroht;art1015367,7421732>; Stand: 30.1.2015.
- ²¹ Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Regionaler Armutsvergleich. Großstädte schneiden schlecht ab, Pressemitteilung Nr. 34, 25.8.2014.
- ²² Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband: Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe, Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013, Berlin 2013, S. 1 f.

REGIONALE ABWÄRTSSPIRALEN AUFGRUND GERINGER RENTEN UND STEIGENDER ALTERSARMUT?

Eine Annäherung

ERNST KISTLER / CONSTANTIN WIEGEL || In der Literatur seit langem diskutiert und inzwischen auch in Deutschland in der Praxis beobachtbar, wird gemeinhin von der Gefahr regionaler Abwärtsspiralen gerade im ländlichen Raum ausgegangen. Der demografische Wandel verstärkt diese Herausforderung. Auch geringere Alterseinkommen können in die gleiche Richtung wirken. Es gilt jedoch, genauer hinzuschauen.

EINFÜHRUNG

In den Diskussionen um die Zukunft des ländlichen Raumes werden bezogen auf die Diagnose wie auf die Therapievorschläge häufig Annahmen unterstellt und empirische Daten ungeprüft verwendet, die genauer hinterfragt werden sollten. Das Plädoyer dieses Beitrages¹ geht dahin, sich der Schwächen mancher Indikatoren und auch oft unterstellter Zusammenhänge bewusster zu werden. Ebenso werden in der einschlägigen Debatte allzu oft Argumente eingebracht, die der Tragweite der Herausforderungen nicht gerecht werden. Vorab sind drei Feststellungen zu treffen:

1. Nicht für jede der nachfolgend aufgezeigten Problemstellungen kann der Beitrag bzw. die bestehende Datenlage bereits Lösungen anbieten – es geht zunächst darum, sich diese Probleme genau vor Augen zu führen. Die einzelnen Schritte der Annäherung in diesem Beitrag zeigen einige überraschende empirische Befunde, gleichzeitig weisen sie jedoch auf drängende Forschungsfragen hin.

2. Der heutigen Rentnergeneration geht es im Durchschnitt unbestreitbar viel besser als noch zur Mitte des letzten Jahrhunderts (insbesondere vor der großen Rentenreform 1957 mit der Einführung der bruttolohnbezogenen Rente). Es geht jedoch darum, die Verteilung der

Alterseinkommen zu betrachten und nicht nur Durchschnittswerte. In gleichem Sinne ist zu betonen: *Die Alten* gibt es nicht; ebenso wenig wie *die Armen* oder *den* ländlichen Raum.

3. Nicht zu verstehen sind die folgenden Ausführungen dagegen als Kritik am umlagefinanzierten System der Gesetzlichen Rentenversicherung mit seiner Mischung aus Äquivalenz- und Solidarprinzip. Dieses hat sich seit einviertel Jahrhunderten bewährt, Kriege und Wirtschaftskrisen abgefedert und die Deutsche Einheit genau genommen erst ermöglicht – was mit einem kapitalmarktabhangigen System so nicht möglich gewesen wäre.

DAS SZENARIO

Das Szenario kollabierender ländlicher Räume wird häufig beschwört und hat in südlichen Ländern Europas bereits handfeste Belege. Ob in Kalabrien, den Abruzzen oder wenige Kilometer hinter den Kustenorten Andalusiens – überall finden sich nicht nur einzelne Orte, wo nur noch alte Leute wohnen. (Wenn sie nicht bereits richtige Geisterdorfer sind, von denen nur noch die am schönsten gelegenen eine Chance auf Wiederbelebung als „Künstlerkolonie“ oder Zweitwohnungssiedlung für Wohlhabende haben.) Entsprechende Tendenzen gibt es auch schon in den neuen Bundesländern.

Die gemeinhin unterstellte Wirkungskette ist recht einfach: Demografisch bedingt schrumpft die Bevölkerung, vor allem Junge wandern in die Ballungszentren ab. In der Folge werden Infrastrukturangebote und private Dienstleistungsangebote immer weniger ausgelastet, ja sogar ab- bzw. zurückgebaut. Dadurch sinkt die Attraktivität (weiter) und die Abwanderung verstärkt sich. Auch die viel diskutierten Gegenstrategien müssen hier nicht wiederholt werden: Breitband bis in den hintersten Winkel, Sammeltaxis, um die stillgelegten Bahn- und Buslinien zu ersetzen, Bittbriefe um Rückkehr an Abgewanderte seitens von Landesregierungen (bestückt mit einer Dose Thüringer Leberwurst, um Heimatgefühle zu wecken), usw.

Das alles ist plausibel, aber irgendwie doch zu vereinfachend und monokausal. Es ist zu fragen: Ist der demografische Wandel wirklich der Auslöser? (Ab-)Wanderung erfolgt vor allem mit Blick auf verfügbare attraktivere Arbeitsplätze – und die konzentrieren sich aus betriebswirtschaftlichen Motiven an bestimmten Standorten, v. a. in Ballungsräumen. Ob man das durch die Politik fördern oder dem entgegenwirken sollte (vgl. die Debatte um das Gutachten des Bayerischen „Zukunftsrates“), kann hier nicht diskutiert werden. Warum soll nur die Breitbandversorgung hoch subventioniert werden und nicht das Angebot von Supermärkten, Dorfgasthöfen und vor allem kleinere Schulklassen? Haben die zurückbleibenden Älteren noch genug Kaufkraft, um selbst das verbilligte Angebot der Sammeltaxis überhaupt bezahlen zu können? Und schließlich: Geht es hier wirklich nur um ländliche Räume? Wo liegt der Unterschied zu manchen – auch westdeutschen – Krisenstädten bzw. großen Stadtteilen in solchen Städten?

ALTERSARMUT – Zur Definition und Messung

Von verschiedener Seite wird grundsätzlich bestritten, dass es in Deutschland (Alters-) Armut geben würde, zumindest in relevantem Ausmaß. Die Argumentation reicht vom Vergleich mit Entwicklungsländern bis zum Verweis auf die zwar deutlich gestiegenen, aber doch recht niedrigen Anteile Älterer, die Leistungen der Grundsicherung beziehen (2012 in Bayern:

2,5 %; in Deutschland: 2,7 %). Diese Argumente stechen nicht: Armut ist nicht nur, wenn jemand z. B. existenziell vom Verhungern bedroht ist. Und: Es gibt stichhaltige Empirie,² die belegt, dass trotz der Umstellung von der früheren Sozialhilfe auf die heutige Grundsicherung viele Ältere trotz Leistungsberechtigung ihre Ansprüche nicht realisieren (Dunkelziffer der Armut).

Außerdem ist Armut vor allem ein relatives Konzept. Sie bemisst sich am Einkommen bzw. Vermögen oder der Lebenslage aller Haushalte in einem Land, in einer Region usw. Das ist nicht nur eine wissenschaftliche Konvention, sondern z. B. in der EU eine von Politik und amtlicher Statistik vereinbarte Vorgehensweise, die sogar relativ präzise operationalisiert wurde: Als arm(utsgefährdet) hat zu gelten, wer über ein Haushalts-Nettoäquivalenzeinkommen³ verfügt, das unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt. Diese ist definiert als 60 % des mittleren Einkommen (Median,⁴ nicht des Durchschnitts).

Angesichts dieser klaren Definition der (relativen) Armut verbietet es sich, die Armutsdebatte mit den geringen Grundsicherungsquoten ersticken zu wollen. Eindeutig ist die Sache aber dennoch nicht ganz, und zwar vor allem in zwei Punkten:

- a) Man kann bei regionalen Analysen (Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise) sowohl den Bundes-, Landes- oder regionsbezogenen Median verwenden, um Armutsrisikoquoten zu berechnen. Im Gegensatz etwa zu Martens (in diesem Heft) verwenden wir konsequent den jeweiligen regionalen Median, da nur dadurch ein „echter Bruch“⁵ berechnet wird. Ansatzweise werden über den regionalen Median außerdem auch Kaufkraftunterschiede – und deren Entwicklung über die Zeit – zwischen den Regionen berücksichtigt.
- b) Man kann verschiedene Datenquellen heranziehen – z. B. den Mikrozensus (MZ), die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die Einkommenssteuerdaten usw. Jede dieser Quellen hat ihre Mängel und bei Stichproben gibt es immer ein Konfidenzintervall (statistischer Streubereich), was durchaus zu (leicht) unterschiedlichen Armutsrisikoquoten führt.⁶

ARMUTSGEFÄHRDUNG – Siedlungsstrukturelle Regionstypen und Altersklassen

Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels 2012 errechnet sich eine Armutsrisikoquote für Bayern von 12,2 % (Westdeutschland: 13,8 %). Nach Regionstyp differenziert ist diese in ländlichen Regionen höher (12,2 %) als in städtischen Regionen (10,7 %). Aufgrund der besonderen Siedlungsstruktur in Bayern (überdurchschnittlich hoher Anteil von Personen, die in ländlichen Regionen leben, unterdurchschnittlich in städtischen Regionen) unterscheidet sich der Freistaat hier von anderen westlichen Bundesländern. In Westdeutschland ist das Armutsrisiko in städtischen (14,3 %) und in ländlichen Regionen (14,1 %) etwa gleich hoch. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung nach Altersklassen. In Bayern ist laut SOEP jede/r Fünfte ab dem 65. Lebensjahr von Armut bedroht – in Westdeutschland sind dies durchschnittlich 17,6 % (vgl. Tabelle 1).

ALTERSARMUT – Zur zeitlichen Entwicklung

Die mit Abstand größte Befragung, mit der auch in regionaler Differenzierung gruppenspezifische Armutsrisikoquoten auf Basis ausreichender Fallzahlen berechnet werden können,⁷ ist der jährliche amtliche Mikrozensus.⁸ Wie Tabelle 2 zeigt, ist in Bayern und Deutschland die Armutsrisikoquote bezogen auf die Gesamtbevölkerung 2013 leicht höher als im Jahr 2005. Für Westdeutschland ist der Zuwachs etwas größer. In allen drei Gebieten ist die Armutsrisikoquote der Ab-65-Jährigen im Betrachtungszeitraum deutlich stärker gestiegen, vor allem im Freistaat – mit 22,4 % ist sie dort auch am höchsten. Zumindest seit 2005 übersteigt die Armutsrisikoquote im Freistaat diejenige der Gesamtbevölkerung erheblich (in Westdeutschland erst seit 2011).

Nebenbei: Für ältere Frauen erreicht die Armutsrisikoquote in Bayern 2013 laut Mikrozensus bereits 25,1 %.

Tabelle 1: Armutsgefährdungsquoten nach Regionstypen und Altersklassen 2012 (regionaler Median, in Prozent)

	Deutschland %	Westdeutsch- land %	Bayern %
Gesamtbevölkerung	13,2	13,8	12,2
Regionstyp			
Städtische Regionen	12,5	14,3	10,7
Regionen mit Verstädterungsansätzen	12,7	12,9	(15,2)
Ländliche Regionen	15,4	14,1	12,2
Alter			
<25	19,9	19,0	–
25 bis <65	11,6	11,5	9,1
65+	14,5	17,6	20,4

Hinweis: Werte in runden Klammern: Fallzahl <100 und >30;
gestrichene Werte: Fallzahl <30

Quelle: SOEPv29, personengewichtete Daten;
Berechnungen INIFES

Tabelle 2: Entwicklung der Armutsrisikoquote* insgesamt und für Ab-65-Jährige in Deutschland, Westdeutschland und Bayern 2005 bis 2013 (in Prozent)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland									
Gesamtbevölkerung	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5
Ab-65-Jährige	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3	13,2	13,6	14,3
Westdeutschland									
Gesamtbevölkerung	14,8	14,2	14,3	14,5	14,8	14,7	15,2	15,4	15,9
Ab-65-Jährige	13,5	12,7	13,7	14,3	14,1	14,4	15,4	16,0	16,9
Bayern									
Gesamtbevölkerung	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6
Ab-65-Jährige	18,0	17,6	18,2	18,6	17,7	19,0	20,6	21,2	22,4

* jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Tabelle 3: Armutsgefährdungsquoten der Gesamtbevölkerung und bei Ab-65-Jährigen sowie Rentner/-innen in den bayerischen Regierungsbezirken 2012 (regionaler Median, in Prozent)

	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Bevölkerung insgesamt	15,4	13,1	13,6	13,8	14,7	14,2	12,4
Ab-65-Jährige	22,4	25,0	23,5	16,3	18,1	22,5	18,9
Rentner/-innen*	26,6	28,7	28,2	19,2	20,5	26,0	22,1

* Erwerbsstatus des / der Haupteinkommensbezieher(in)

Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, S. 61 f (IT-NRW; nach Mikrozensus)

In der Differenzierung nach Regierungsbezirken (vgl. Tabelle 3) ist die Armutsrisikoquote in der Gesamtbevölkerung in Oberbayern und Mittelfranken am höchsten – was durch die Großstädte geprägt ist, für die dies im Gegensatz zu kleinen und mittleren Städten typisch ist.

Bezogen auf Ab-65-Jährige ist dagegen die Armutsrisikoquote in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz am höchsten. Gleiches gilt, wenn man nur die Rentner betrachtet, allerdings auf nochmals deutlich höherem Niveau (da dabei die Pensionäre und die (ehemals / aktuell) Selbstständigen – beides Gruppen mit sehr geringer Armutsgefährdung im Alter – ausgeklammert werden und die „Hochrisikogruppe“ der früheren Soloselbstständigen unter den Älteren gegenwärtig noch nicht so sehr verbreitet ist).

ches gilt, wenn man nur die Rentner betrachtet, allerdings auf nochmals deutlich höherem Niveau (da dabei die Pensionäre und die (ehemals / aktuell) Selbstständigen – beides Gruppen mit sehr geringer Armutsgefährdung im Alter – ausgeklammert werden und die „Hochrisikogruppe“ der früheren Soloselbstständigen unter den Älteren gegenwärtig noch nicht so sehr verbreitet ist).

REGIONALE UNTERSCHIEDE DER DURCHSCHNITTLICHEN RENTENZAHLBETRÄGE

Aus den bisherigen Bayerischen Sozialberichten und den seit 2010 erscheinenden jährlichen Datenreports ist bekannt, dass gerade die soeben erwähnten Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz seit Jahren die geringsten durchschnittlichen Rentenzahlbeträge aufweisen.⁹ Das gilt (vgl. Tabelle 4) sowohl für die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters (also auf die einzelnen Renten bezogen) als auch für die Gesamtzahlbeträge (also personenbezogen sowohl für Einfach- als auch Mehrfachbezieher einer Versicherten- und / oder Hinterbliebenenrente).

Abbildung 1 differenziert die durchschnittlichen Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten 2012 nach Rentnerstatus (also personenbezogen) für die Stadt- und Landkreise im Freistaat.

Die Ballung von Kreisen mit niedrigen durchschnittlichen Zahlbeträgen in Niederbayern und der Oberpfalz unterstreicht die oben angeführten Befunde aus der Differenzierung nach Regierungsbezirken.¹⁰ Aus der Karte (Abbildung 1) ist bereits auf den ersten Blick ersichtlich, dass es durchaus auch ländliche Räume in Bayern gibt, in denen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge relativ hoch sind. Das gilt z. B. für einige „altindustrialisierte“ Kreise in Oberfranken.

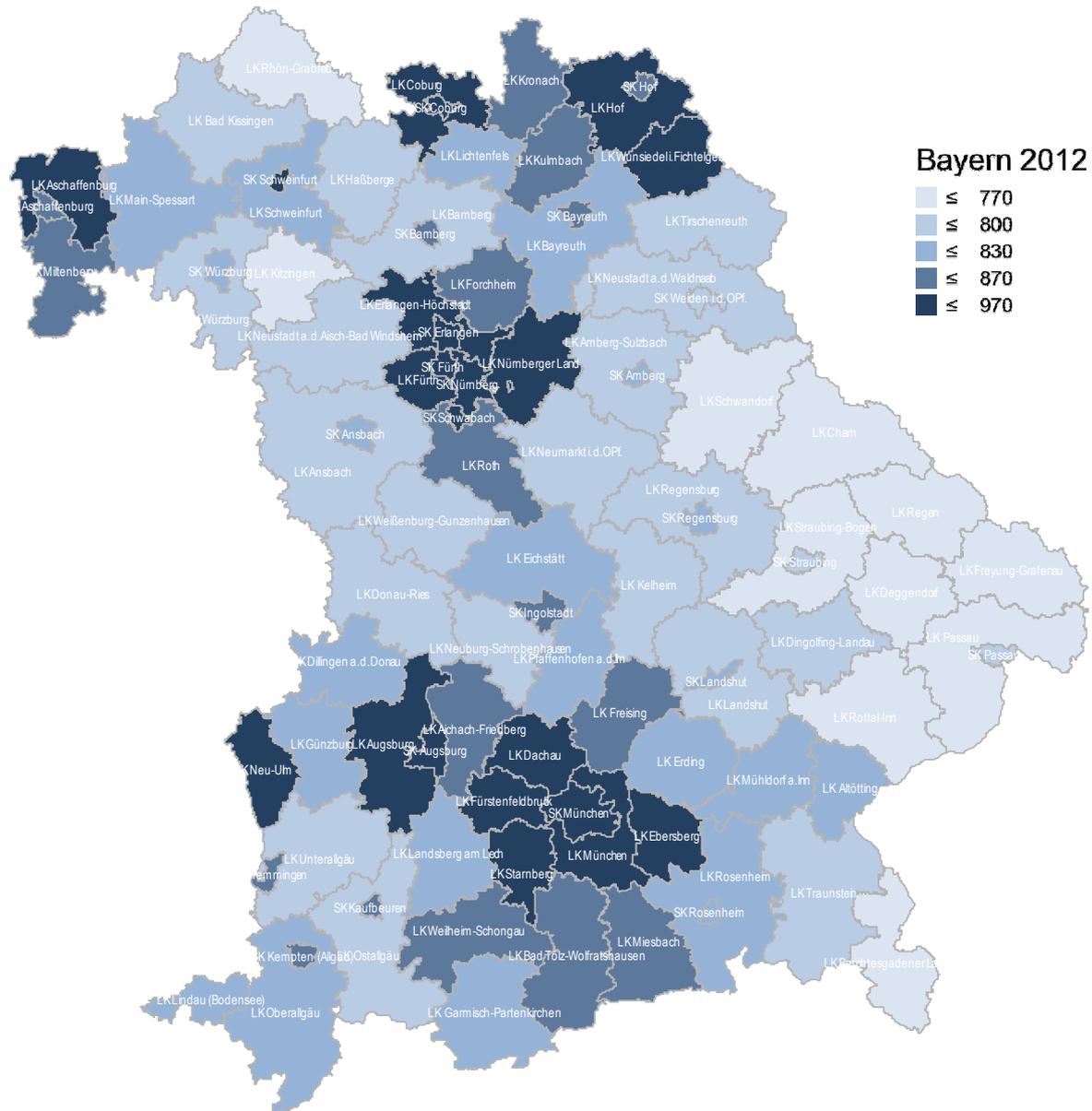
Tabelle 4: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters und durchschnittliche Gesamtzahlbeträge von Rentnerinnen und Rentnern im Rentenzahlbestand 2012 in den bayerischen Regierungsbezirken (in Euro)

	Deutschland	Bayern	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Versichertenrenten wg. Alters (rentenbezogen)	757	723	739	651	687	729	744	738	714
Rentenzahlbestand* ab 65 (personenbezogen)	895	842	870	756	778	847	881	820	836

* Versichertenrenten und Witwen- / Witwerrenten (ohne Waisenrenten)

Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, S. 88 und Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Abbildung 1: Durchschnittliche Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten nach Rentnerstatus in den Stadt- und Landkreisen Bayerns 2012 (in Euro pro Monat)



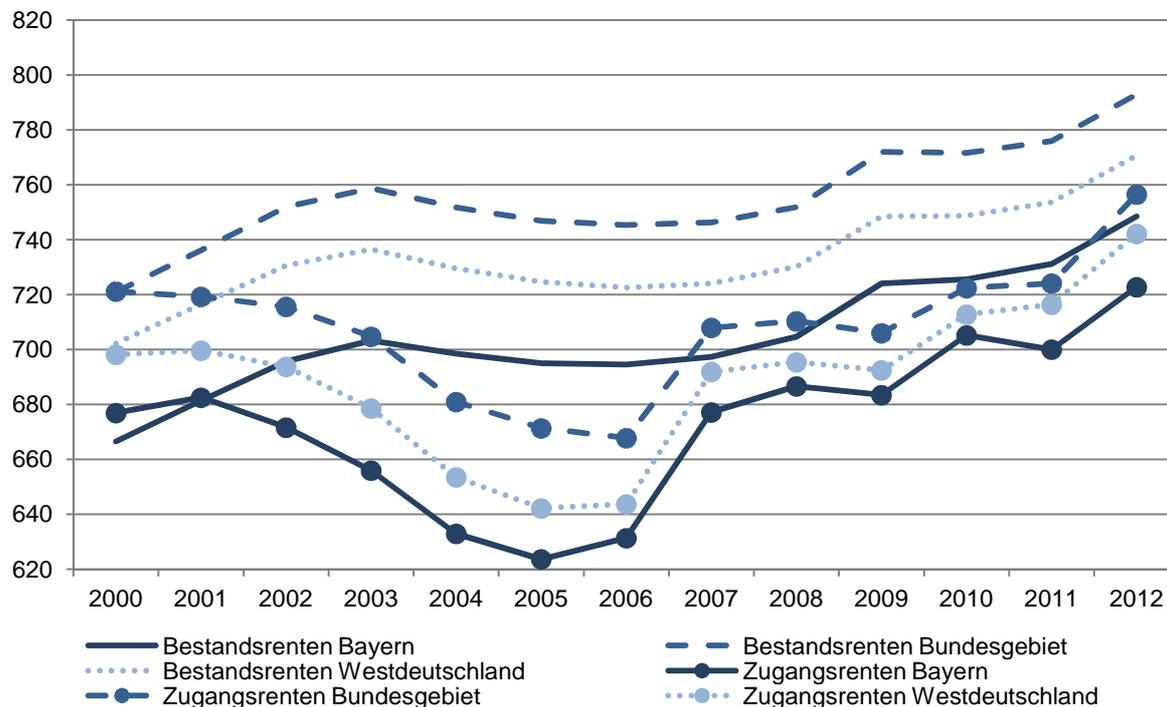
Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2012, S. 101

ZUR ZEITLICHEN ENTWICKLUNG UND STREUUNG DER RENTENZAHLBETRÄGE

Die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten sind in Bayern wie in Westdeutschland und in Deutschland insgesamt in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts deutlich gesunken und steigen seither nur abgebremsst wieder an. Ursache sind die diversen

Rentenreformen und auch der langfristige Trend zur Ausweitung von Nicht-Normalarbeitsverhältnissen, verbunden mit der lange anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit.¹¹ Diese Entwicklung bei den Zugangsrenten hat zeitverzögert auch auf die Bestandsrenten durchgeschlagen, verstärkt durch die aufgrund der Rentenreformen geringeren Rentenanpassungen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Durchschnittliche nominale Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters im Bestand und Zugang 2000 bis 2012 in Bayern, Westdeutschland und Deutschland (in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Auf drei Punkte muss hier hingewiesen werden:

1. Die Eurobeträge in Abbildung 2 sind nominale Beträge, d. h. der inflationsbedingte Kaufkraftverlust ist nicht berücksichtigt.¹² Inflationsbereinigt ist die Kaufkraft der gesetzlichen Renten im Betrachtungszeitraum deutlich gesunken: Seit den Rentenreformen wurde das 1957 eingeführte Ziel der Lebensstandardsicherung durch die gesetzlichen Renten aufgegeben.

2. Die geringeren durchschnittlichen Zahlbeträge bei den Neurenten wegen Alters und bei den Bestandsrenten in Bayern resultieren vor allem aus den wirtschaftshistorisch geringeren Arbeitnehmerentgelten (Wirtschaftsstruktur, höhere (Teilzeit-)Frauenerwerbstätigkeit). Renten sind von den Erwerbsverhältnissen von vor mehreren Jahrzehnten mit bestimmt. Aber auch heute noch gibt es eine Reihe bedeutender Niedriglohnbranchen bei Vollzeitbeschäftigten und auch mit vielen Minijobs etc.

3. Der „Aufholprozess“ des Freistaats bei den Rentenzahlbeträgen ist langfristiger Natur, zuerst bei den Neurenten, dann bei den Bestandsrenten.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die zunehmende Spreizung der Rentenzahlbeträge. Sie nimmt in Bayern – wie in Westdeutschland – mit der Zeit zu.¹³ Bemerkenswert ist, dass bei den Renten an Frauen die Spreizung seit 2003 nur in Richtung der hohen Renten stattfindet (höhere Qualifikationen, höhere Erwerbsbeteiligung), nicht aber nach unten, zumindest nominal betrachtet. Bei den Renten an Männer nimmt die Spreizung dagegen in beide Richtungen zu (was auch an Wechslern in den Beamten- bzw. Selbständigenstatus mit entsprechenden kurzen Beitragszeiten liegt).

Differenziert nach Regierungsbezirken zeigt sich am Beispiel der Zugangsrenten wegen Alters (vgl. Tabelle 5), dass vor allem ein niedriger Anteil hoher Renten bei beiden Geschlechtern in Niederbayern und der Oberpfalz für die geringen Durchschnittszahlen verantwortlich ist.

Tabelle 5: Schichtung der Zahlbeträge der neuen Altersrenten* nach Geschlecht in den bayerischen Regierungsbezirken 2012 (Dezilobergrenzen in Euro)

	Perzentile								
	90	80	70	60	50	40	30	20	10
Oberbayern									
Männer	1.656	1.452	1.277	1.127	963	762	327	153	153
Frauen	1.151	907	746	609	481	370	193	125	125
Niederbayern									
Männer	1.521	1.325	1.204	1.100	971	806	364	178	178
Frauen	898	697	557	429	325	249	148	105	105
Oberpfalz									
Männer	1.580	1.344	1.219	1.122	1.019	883	427	210	210
Frauen	907	716	589	470	355	270	162	118	118
Oberfranken									
Männer	1.554	1.334	1.210	1.100	998	861	485	234	234
Frauen	961	806	696	591	485	372	192	130	130
Mittelfranken									
Männer	1.653	1.419	1.254	1.130	1.006	842	413	183	183
Frauen	1.034	840	718	606	496	379	192	120	120
Unterfranken									
Männer	1.652	1.446	1.296	1.190	1.094	975	519	241	241
Frauen	966	767	623	491	374	287	166	112	112
Schwaben									
Männer	1.614	1.408	1.265	1.147	1.012	846	358	151	151
Frauen	970	779	647	524	411	316	177	121	121

* Renten nach SGB VI und Art. 2 RÜG

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

GESETZLICHE RENTEN SIND DER WICHTIGSTE TEIL DER ALTERSEINKOMMEN

Das entscheidende Problem beim Zusammenbringen der Empirie zu den nur schwach steigenden (schwächer als die Inflationsraten) Rentenzahlbeträgen mit den steigenden Altersarmutsrisikoquoten ist, dass nicht zwingend von niedrigen Renten auf insgesamt niedrige Alterseinkommen geschlossen werden kann,¹⁴ schon gar nicht auf der Haushaltsebene. Auf dieser Haushaltsebene wird aber, unter Zusammenrechnung aller Einkommen im Haushalt, das Armutsrisiko gemessen. Bei Statuswechslern, v. a. früher sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die sich selbstständig gemacht haben oder Beamte wurden, ist die kleine Rente meist nur ein Zubrot zur anderweitigen Altersversicherung.

Armutsrisikoquoten lassen sich mit den bestehenden Daten außerdem maximal bis zur Ebene der Planungsregionen, nicht jedoch auf Kreisebene ausdifferenzieren.

Dennoch zeigt Tabelle 6, dass die Hypothese höchst plausibel ist, dass sinkende / niedrige Rentenzahlbeträge vor allem Haushalte mit niedrigen Haushaltsnettoeinkommen treffen und damit relevant für Altersarmut sind. Für das Jahr 2008 (die Zahlen aus der EVS 2013 liegen noch nicht vor) ist in der Tabelle abzulesen, dass die gesamten gesetzlichen Renten in allen Haushalten mit einem Rentner ab 65-Jahren als Haupteinkommensbezieher 61,6 % der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen ausmachen. In der Differenzierung nach Haushaltsnettoeinkommen fällt dieser Anteil von 93,2 % bei der untersten Einkommensgruppe bis hin zu der einkommensstärksten Gruppe auf 27,4 %. In den untersten drei Einkommensgruppen liegt der Anteil über Dreiviertel. Die durchschnittlichen Beträge und Anteile der Einkommensarten (aus abhängiger Arbeit, Vermögen, zweiter und dritter Säule der Alterssicherung usw.) nehmen dagegen mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen in der Tendenz deutlich zu.

Tabelle 6: Einkommen von Rentnerhaushalten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach Haushaltsnettoeinkommensklassen und ausgewählte Einkommensbestandteile 2008 (Angaben in Euro / Monat und %)

	Haushaltseinkommen in Euro								
	Haush. insg.	unter 900	900 bis 1.300	1.300 bis 1.500	1.500 bis 2.000	2.000 bis 2.600	2.600 bis 3.600	3.600 bis 5.000	ab 5.000
Anteil an allen Rentnerhaushalten (in %)	100	10	18	8	20	19	16	6	3
Haushaltsbruttoeinkommen	2.303	774	1.210	1.525	1.904	2.475	3.247	4.438	7.597
(Brutto-)Renten der gesetzl. RV	1.419	721	964	1.169	1.359	1.673	1.905	2.009	2.808
Anteil GRV-Renten (in %) an Haushaltsbruttoeinkommen	61,6	93,2	79,7	76,7	71,4	67,6	58,7	45,3	27,4
durchschnittl. Haushaltsnettoeinkommen	2.117	699	1.108	1.400	1.749	2.283	2.997	4.136	6.919

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, S. 114 (EVS)

DISKUSSION

Auch wenn die Datenlücke zwischen den Rentendaten und dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (gegenwärtig) noch nicht geschlossen werden kann, so sind die nachfolgenden Schlussfolgerungen ebenso plausibel wie die aufgezeigten Probleme weitere Forschungsanstrengungen begründen.

Die im gegebenen Rahmen nur exemplarisch untersuchten Glieder in der Wirkungskette zwischen geringen Renteneinkommen und regionalen Abwärtsspiralen in ländlichen Räumen haben aufgezeigt (vgl. Abbildung 1), dass das regionale Muster der Rentenzahlbeträge heterogen ist. Besonderheiten müssen näher untersucht und multivariat erklärt werden. Dennoch zeigen sich relativ stabile Muster – z. B. sogar auf der Regierungsbezirksebene die deutlich niedrigeren Beträge in Niederbayern und der Oberpfalz. Um die Ursachen noch klarer und valide herauszuarbeiten, braucht es mehr verknüpfbare Informationen (Rentendaten, Arbeitsmarktindikatoren, Einkommen). Zwar gibt es seit kurzem erste Ansätze der Verknüpfung von Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund mit Daten der Bundesagentur für Arbeit, aber das reicht noch nicht. Es müssen z. B. regionalisierte wirtschaftshistorische Informationen mit einbezogen werden, ebenso solche zum Wanderungsverhalten. Die größte „Baustelle“ wären kleinräumig und gruppenspezifisch differenzierbare Daten zum Einkommen und historisch zur Arbeitsmarktentwicklung.

Die Zahlen haben auch gezeigt, dass die Streuung der Rentenzahlbeträge groß ist und zunimmt. Das gilt auch für die Alterseinkommen bzw. die Einkommensverteilung überhaupt und nicht nur für ländliche Räume, sondern sogar weit über Deutschland hinaus.¹⁵ Dies muss unseres Erachtens unter verschiedensten Aspekten und auf verschiedenen Ebenen auf seine Folgen hin diskutiert werden, – bis hin zu ordnungspolitischen Grundsatzdebatten (gerade wenn wir die Leitvorstellung Ludwig Erhards von einer Sozialen Marktwirtschaft beibehalten wollen).

Angesichts solcher großer Dimensionen mag die Frage nach den Folgen für die ländlichen Räume fast marginal erscheinen. Sie ist es aber nicht! Der demografische Wandel, der in vielen

Fällen gar nicht der Auslöser gesellschaftlicher Probleme ist, sondern sie nur verstärkt und fokussiert, wirkt auch hier wie ein Brennglas: Wo die Anteile der Älteren an der Bevölkerung stark steigen, wirken sich negative Entwicklungen bei den Renten bzw. Alterseinkommen verstärkt aus. Das Entstehen eines Teufelskreises nach unten ist dann, wenn überhaupt, nur noch schwer aufzuhalten – im Übrigen wohl nur sehr begrenzt auf der Ebene der Kommunal- oder auch Landespolitik (Stichwort: Rentenpolitik). Die Folgen sind wie eingangs erwähnt – verbunden mit massiven volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten¹⁶ – im Hinterland der Costa del Sol etc. zu beobachten. Für einen Urlaub sind solche Brachlandschaften sicher wunderschön. Mehr aber auch nicht.

|| PROF. DR. ERNST KISTLER

Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie, INIFES gGmbH, Stadtbergen

|| DIPL. SOZ. CONSTANTIN WIEGEL

Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie, INIFES gGmbH, Stadtbergen

ANMERKUNGEN

- ¹ Der Beitrag fußt auf der Arbeit an Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichten für eine Reihe von Bundesländern, darunter auch für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Frauen und Integration. Ein Teil der präsentierten Zahlen ist dem StMAS-Bericht zur Sozialen Lage in Bayern 2013 entnommen.
- ² Vgl. z. B. Becker, Irene / Hauser, Richard: Dunkelziffer der Armut – Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin 2005.
- ³ Das Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushalts berücksichtigt die Zahl und das Alter der Haushaltsmitglieder (bedarfsgewichtetes Einkommen).
- ⁴ Der Median teilt eine Gesamtheit in zwei Hälften. 50 % haben ein höheres, 50 % haben ein geringeres Einkommen (bzw. Vermögen).
- ⁵ Niemand käme z. B. auf die Idee, die Armutsrisikoquoten in Deutschland anhand des Medians des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens aller EU-Länder zu berechnen.

- ⁶ Vernünftigerweise richtet man seine Aufmerksamkeit mehr auf die Spannweite der Ergebnisse mehrerer Quellen, auf Gruppenvergleiche und Trends über Zeit als auf nur eine einzelne Zahl. Das gilt auch, da die verschiedenen Datenquellen für Armuts- bzw. Verteilungsanalysen diverse Bevölkerungsgruppen gar nicht umfassen (z. B. der Mikrozensus und die EVS), die Anstaltsbevölkerung (Heime, Gefängnisse) und Obdachlose am unteren Rand und die Bezieher wirklich hoher Einkommen (aus Datenschutz- und Machbarkeitsgründen).
- ⁷ Ein Nachteil des Mikrozensus ist, dass in dieser Erhebung die Haushaltseinkommen nur in (inzwischen allerdings sehr differenzierten) Einkommensklassen erfasst werden und bei den Berechnungen interpoliert werden muss.
- ⁸ Auch in der EU-SILC Erhebung wird ab 2000 ein klarer Anstieg der Armutsrisikoquoten insgesamt und bei Älteren für Deutschland deutlich. Im „alten Europa“ (EU-15-Länder) ist dagegen in diesem Zeitraum die durchschnittliche Armutsrisikoquote ebenfalls leicht angestiegen, diejenige der Älteren aber gesunken.
- ⁹ Das gilt auch für die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten wegen Alters (Rentenzugang; vgl. StMAS (Hrsg.): Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, München 2014, S. 88). Allerdings holen die in dieser Hinsicht schwächeren Regierungsbezirke relativ gesehen langsam auf.
- ¹⁰ Bezogen auf die einzelnen Versichertenrenten wegen Alters ist die Verteilung nach Kreisen zur Abbildung 1 ähnlich.
- ¹¹ Diese hat auch mit einem demografisch bedingten Überangebot an Arbeitskräften (die sog. „Babyboomer“) in der Zeit nach dem Ende des Wirtschaftswunders zu tun. Daraus resultiert(e) auch eine schwächere Entwicklung der Löhne bzw. Rentenansprüche, speziell im unteren Lohnbereich. Vgl. zu den Konsequenzen der Reformen und der Veränderungen am Arbeitsmarkt Kistler, Ernst / Trischler, Falko: „Gute Erwerbsbiographien“. Der Wandel der Arbeitswelt als Risikofaktor für die Alterssicherung, in: Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunftsfrage im Alter, hrsg. von Ernst Kistler und Falko Trischler, Düsseldorf 2014, S. 171-204.
- ¹² Vgl. dazu detailliert StMAS-Datenreport, S. 92 ff.
- ¹³ Vgl. StMAS: Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München 2012, S. 342.
- ¹⁴ Ärgerlich ist es, wenn vorhandene Daten, die wenigstens ein kleines Stück weit weiter helfen könnten, wie diejenigen der vom Bundesarbeitsministerium finanzierten Studie („Alterssicherung in Deutschland“ – ASID) nicht für regionale Analysen z. B. auf Bundesländerebene zur Verfügung stehen.
- ¹⁵ Vgl. z. B. Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- ¹⁶ Vgl. z. B. Stiglitz, Joseph: Der Preis der Ungleichheit, München 2012; Cingano, Federico: Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No 163, Paris 2014.

ALTERSARMUT: DIE HALBE SICHT IST NICHT DIE GANZE WAHRHEIT

RUDOLF MARTENS || Altersarmut ist eine besonders schwerwiegende Form der Armut. Während jüngere Menschen Armut häufig als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen fast nie der Fall. Wenn ein Rentnerhaushalt erst unter die Armutsgrenze gefallen ist, wird sich daran kaum etwas ändern.

„Altersarmut ist zurzeit kein Massenphänomen“ – so Axel Reimann, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, in einem Interview mit dem Tagesspiegel.¹ Wenige Prozent der Rentner seien derzeit auf Grundsicherung im Alter angewiesen, in den letzten Jahren sei dieser Anteil leicht angestiegen.

DIE HALBE SICHT ...

Das Problem der wachsenden Altersarmut ist mit den gegenwärtigen Empfängerzahlen der Grundsicherung weder umfassend beschrieben noch erfasst. Dass heute vergleichsweise wenige Menschen auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind, sagt weder etwas über das Ausmaß von Einkommensarmut im Alter noch darf es den Blick für das Problem wachsender Altersarmut trüben.

Tatsächlich ist die Entwicklung der Einkommensarmut im Alter von einem besorgniserregenden Trend gekennzeichnet. Nach den Daten des Mikrozensus nähern sich seit 2005 die Armutsverläufe der Personen über 65 Jahre den Armutsverläufen der gesamten Bevölkerung an. 14,3 Prozent bzw. 2,4 Mio. Rentner² sind im Jahre 2013 einkommensarm, insgesamt verfügen 15,5 Prozent der Bevölkerung oder 12,6 Mio. Personen nur über ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsschwelle von 892 Euro. Die Anzahl von 2,4 Mio. einkommensarmen Personen ab 65 Jahren und älter entspricht einem

Vielfachen der Personen in der Altersgrundsicherung; 2013 bezogen 465.000 Personen diese Transferleistung.

Die bisherige sozialpolitische Diskussion, die das Problem der Altersarmut auf Bezugszahlen der Grundsicherung im Alter verkürzt, ist bestenfalls die halbe Wahrheit.

... IST NICHT DIE GANZE WAHRHEIT

Die Grundsicherung im Alter enthält ganz offensichtlich nur eine Teilmenge der Altersarmut. Aber auch bei der Betrachtung der Altersarmut als Transferabhängigkeit ist die Altersgrundsicherung nur die halbe Wahrheit. Die fehlende Komponente zum Gesamtbild ist das Wohngeld: Neben den Leistungen im SGB II und SGB XII ist das Wohngeld eine wichtige Einkommenskomponente. In den Berichten des Statistischen Bundesamtes zur sozialen Mindestsicherung wird dem Wohngeld eine wichtige Funktion für einkommensschwache Haushalte zugemessen.³

Wohngeld wird hier nur als Zuschuss gezahlt. Anders als etwa Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) oder die Grundsicherung im Alter ist das Wohngeld keine eigenständige Leistung zur Deckung des Existenzminimums.⁴ Grundsätzlich ausgeschlossen von Wohngeld sind Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND WOHNGELD

Typisierend bestehen folgende Verhältnisse zwischen Altersgrundsicherung und Wohngeld: Das Grundsicherungsniveau setzt sich zusammen aus dem Regelsatz und der Nettokaltmiete zuzüglich Heizkosten (Warmmiete). Dies definiert die Schwelle, bis zu der ein Anspruch auf Grundsicherungsleistungen besteht. Bei einer Grundsicherungsschwelle (Bruttobedarf im Jahre 2012 für Ein-Personen-Haushalte) von 706 Euro wird eine Nettorente von beispielsweise 400 Euro um 306 Euro auf den Betrag von 706 Euro aufgestockt.

Das Wohngeld wird dagegen nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze gezahlt. Wohngeldansprüche erlöschen, wenn Einkommen eine bestimmte Höhe erreicht. Diese ist von den regionalen Mietenhöhen („Mietenstufen“) abhängig. Der Gesetzgeber unterscheidet sechs Mietenstufen; so entspricht die Wohngeldschwelle von 780 Euro der niedrigsten Mietenstufe I, die Schwelle 860 Euro der höchsten Mietenstufe VI. Die Höhe des Wohngeldanspruchs richtet sich zum einen nach der Höhe des Einkommens und zum anderen nach der Höhe der Nettokaltmiete: Höheres Einkommen senkt das Wohngeld, höhere Nettokaltmieten erhöhen das Wohngeld.⁵

Ansprüche auf Wohngeld bestehen nicht nur oberhalb der Grundsicherungsschwelle. Es muss geprüft werden, ob das Einkommen zuzüglich des Wohngeldes höher ist als die Grundsicherungsschwelle. Ist dies der Fall, wird Wohngeld als vorrangige Leistung gezahlt. Somit gehen Grundsicherung im Alter und Wohngeld bruchlos ineinander über, dabei bezieht sich das Wohngeld auf ein Einkommensniveau oberhalb der Altersgrundsicherung. Wichtig dabei ist, dass das Wohngeld stets eine vorrangige Leistung zur Sicherung eines sozialstaatlich angemessenen und familiengerechten Wohnens ist.

ALTERSARMUT ALS TRANSFERABHÄNGIGKEIT

Für die Grundsicherung im Alter liegen Mikrodaten auf Kreisebene vor, die in der GENESIS-Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder abgefragt werden können. Im Falle des Wohngeldes bietet die Regionaldatenbank GENESIS Regionaldaten an, die sich jedoch nur auf Haushalte und nicht auf

Personen, wie im Falle der Grundsicherung, beziehen.

Die Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung verfügt über einen Mikrodatensatz, der Daten zu einem Viertel aller Wohngeldhaushalte enthält. Dadurch kann beispielsweise festgestellt werden, ob Personen im Haushalt Empfänger von Altersrenten sind. Die aktuellsten Daten werden für 2011 zur Verfügung gestellt; die weiteren Berechnungen und Überlegungen gehen dementsprechend von dem Jahre 2011 aus.

Wenn die Zahlen der Bezieher von Grundsicherung im Alter und Wohngeld zusammengeführt werden, entsteht ein neues Bild, das sich von der Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes zur Grundsicherung im Alter deutlich unterscheidet (Tabelle 1). Allerdings sind hierzu einige Datenbereinigungen vorzunehmen, da zu den einkommensarmen Personen nur solche gezählt werden können, die – wie die Bevölkerung üblicherweise – in Privathaushalten leben und nicht in einer Einrichtung untergebracht sind. Bereits in der Armutsdiskussion vor Einführung des SGB II wurden nur Sozialhilfebezieher außerhalb von Einrichtungen betrachtet.

Für die Altersgrundsicherung liegen Daten zum Anteil der Bezieher in Einrichtungen vor, auch ist klar, dass nur Personen ab 65 Jahren diese Sozialleistung beziehen können. Die Fallzahlen vermindern sich für 2011 um 14 Prozent von 436.000 auf 376.000. Im Falle des Wohngeldes sind die Bereinigungen umfangreicher. Da keine Altersdaten vorliegen, wurde seitens des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Merkmal „Altersrente“ genutzt, um die ältere Bevölkerung im Wohngeld zu bestimmen. Das bedeutet aber, dass ein gewisser Prozentsatz dieser Merkmalsträger noch keine 65 Jahre alt ist. Anhand eigener Modellierungen, die Strukturdaten zur Zusammensetzung der Wohngeldbezieher nutzten, ergab sich eine Abschätzung von 10 Prozent, um die die Wohngelddaten vermindert wurden. Für die Bereinigung der Daten von Wohngeldbeziehern in Einrichtungen wurden die Wohngelddaten in Relation zu den bekannten Fallzahlen der Grundsicherung im Alter (in Einrichtungen) auf Kreisebene herangezogen. Insgesamt vermindern

Tabelle 1: Dichte der Empfänger von Grundsicherung im Alter und von Wohngeld (außerhalb von Einrichtungen) in Prozent und Bevölkerung 65 Jahre und älter, alle Daten und Berechnungen beziehen sich auf 2011

Bund	Wohngeld 65 Jahre und älter	Grundsicherung im Alter	Einkommensarme 65 Jahre und älter
	in Prozent		
Deutschland	1,9	2,3	4,2
West	1,7	2,5	4,2
Ost	2,6	1,6	4,2
Schleswig-Holstein	2,3	2,0	4,3
Hamburg	5,6	1,3	6,9
Niedersachsen	2,3	1,9	4,2
Bremen	4,9	2,5	7,4
Nordrhein-Westfalen	2,9	2,0	4,9
Hessen	2,9	1,5	4,4
Rheinland-Pfalz	2,0	1,8	3,8
Baden-Württemberg	1,8	1,7	3,5
Bayern	1,9	1,1	3,0
Saarland	2,6	1,5	4,1
Berlin	4,7	2,6	7,3
Brandenburg	1,0	2,5	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	3,5	4,7
Sachsen	0,8	2,8	3,6
Sachsen-Anhalt	0,9	2,0	2,9
Thüringen	0,7	2,6	3,3

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionaldatenbank Deutschland), Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

sich so die Fallzahlen im Wohngeld von ursprünglich 421.000 auf 316.000, demnach um 105.000 Wohngeldfälle bzw. um ca. ein Viertel.

ALTERSARMUT IN DEN BUNDESLÄNDERN

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse zusammengefasst als einkommensarme Rentner außerhalb von Einrichtungen. Die Deutschland-Quote der

von Einkommensarmut betroffenen älteren Bevölkerung verdoppelt sich gegenüber einer bloßen Betrachtung der Grundsicherung im Alter. Auch haben sich die Verhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland verändert, beide Werte liegen gleichauf. In Westdeutschland ist der Bezug von Grundsicherung im Alter höher als in Ostdeutschland, beim Wohngeld ist es umgekehrt.

Die Werte in den meisten Flächenländern bewegen sich zwischen 3 und 4 Prozent. Deutlich weichen davon die Stadtstaaten bzw. Großstädte Hamburg, Berlin und Bremen nach oben ab mit Werten um 7 Prozent. Des Weiteren unterscheiden sich die meisten Ostländer wenig von den Westländern; Bayern und überraschenderweise Sachsen-Anhalt weisen die niedrigsten Armutsquoten auf. Insgesamt verteilt sich die einkommensarme ältere Bevölkerung derzeit noch sehr viel „gleichmäßiger“ im Raum als die Einkommensarmut der Bevölkerung insgesamt.⁶

WARUM HÖHERER WOHNGELDBEZUG IN OSTDEUTSCHLAND?

Aktuell ist es so, dass die Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung der ostdeutschen Männer und Frauen höher sind als in Westdeutschland (Bestands- und Zugangsrentner). Der Unterschied zwischen höheren Ost- zu niedrigeren Westrenten resultiert aus rentenrechtlichen Regelungen aus dem Jahre 1991: In Ostdeutschland wurden alle bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden Rentensysteme, frühere Betriebsrenten sowie Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung überführt.⁷ In Westdeutschland ist nichts Vergleichbares geschehen: Für Staatsbedienstete, Freiberufler etc. existieren nach wie vor rentenrechtliche Sondersysteme, die in der Regel deutlich höhere Bezüge als im Durchschnitt der Rentner gewähren. Ein großer Teil der Beamten arbeitet im höheren oder gehobenen Dienst – was automatisch dafür sorgt, dass die Durchschnittspension üppig wirkt.⁸ Im Osten dagegen sind die Staatsbediensteten und Freiberufler mit ihren Bezügen sowie mit allen Betriebsrenten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen.

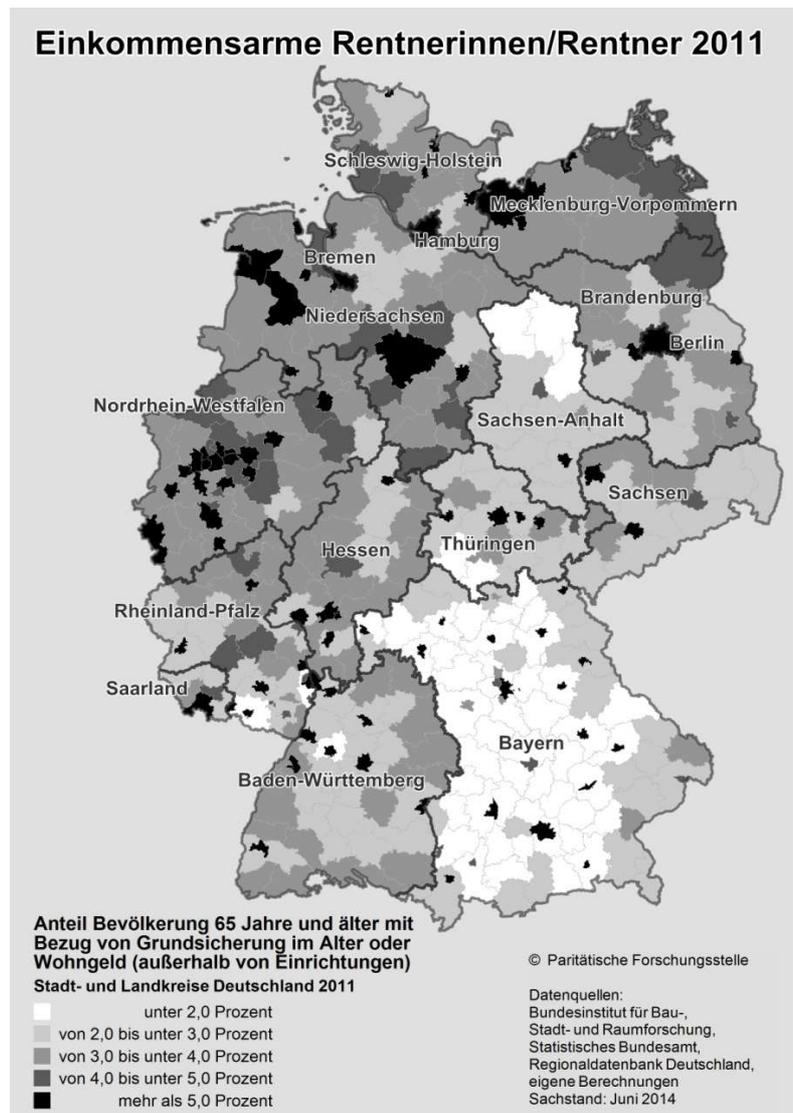
Quelle: Eigene Berechnungen ▶

Die derzeit noch unterschiedlichen West-Ost-Rentenhöhen in der gesetzlichen Rentenversicherung erscheinen als plausible Erklärung für den höheren Anteil der Bezieher von Grundsicherung im Alter in Westdeutschland und den höheren Anteil der Bezieher von Wohngeld in Ostdeutschland.

ALTERSARMUT IN DEN REGIONEN

Die vorhandenen Daten ermöglichen es, die Grundsicherung im Alter und den Wohngeldbezug auf Kreisebene aufzuschlüsseln (Karte in Abbildung 1).⁹ Diese Karte beschreibt den gegenwärtigen Stand in der Verteilung einkommensarmer Personen 65 Jahre und älter außerhalb von Einrichtungen.

Abbildung 1: Karte zur Altersarmut



In Westdeutschland sind vor allem die Großstädte und Ballungsgebiete betroffen, in Ostdeutschland ebenfalls die Großstädte, aber auch einige ländliche Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern und im nördlichen Brandenburg. Niedrige Quoten finden sich besonders in den ländlichen Kreisen in Bayern, aber auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Diese auffälligen Kreise mit den niedrigen Quoten sind zugleich die Kreise mit den höchsten Anteilen der Bezieher von Grundsicherung im Alter in Einrichtungen. Dies zeigt sich schon bei einem Vergleich der Bezugszahlen der Grundsicherung im Alter auf Länderebene. Schon im Ländervergleich werden diese Zusammenhänge deutlich und erklären das gute Abschneiden der Landkreise Sachsen-Anhalts und auch Bayerns. In Sachsen-Anhalt leben 30,1 Prozent der Bezieher

von Altersgrundsicherung in Einrichtungen gegenüber dem Durchschnitt in Ostdeutschland von 16,1 Prozent; in Bayern 19,2 Prozent gegenüber Westdeutschland mit 13,5 Prozent.

ARMUTSFESTE SOLIDARISCHE LEBENSLEISTUNGSRENTE?

Das Ziel der von der Bundesregierung geplanten solidarischen Lebensleistungsrente soll Menschen mit langjährigen Beitragszeiten in der Rentenversicherung besser absichern. Sie – und nur sie – sollen durch die angekündigte Leistung im Alter vor Armut geschützt werden.

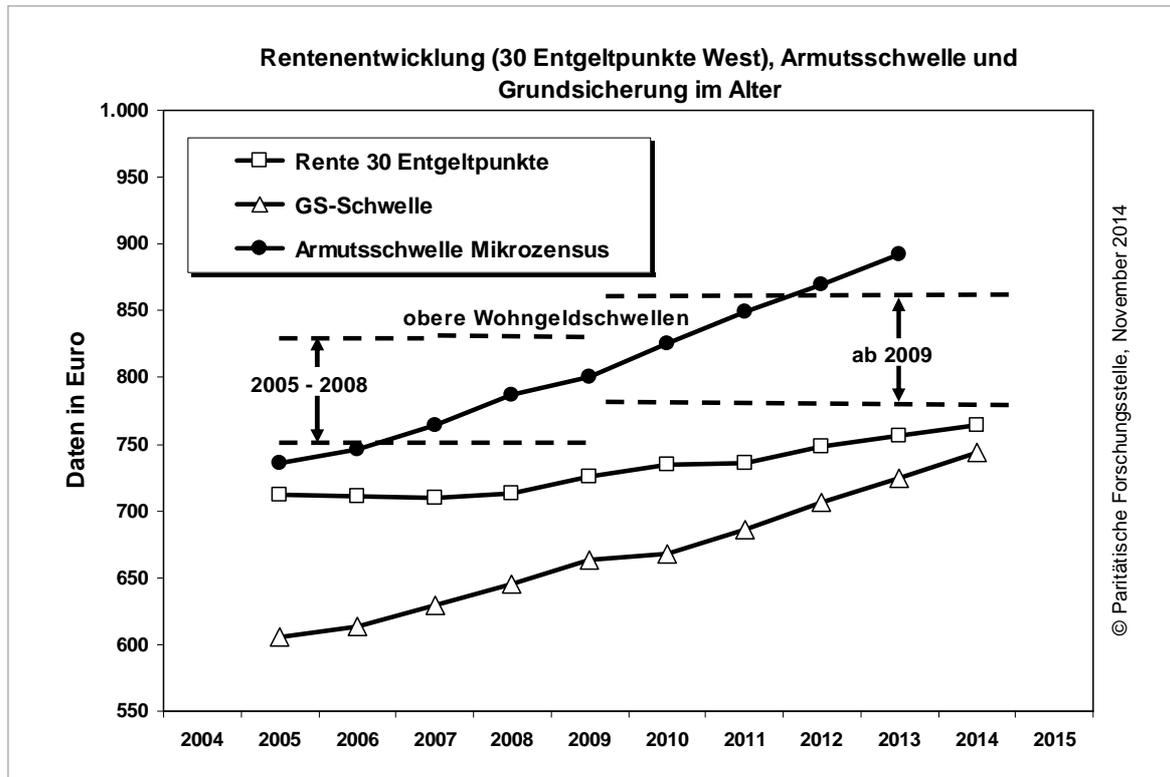
Im Kern des Reformvorschlages geht es darum, Leistungsansprüche von weniger als 30 Entgeltpunkten auf 30 Entgeltpunkte aufzustocken. Die Anspruchsvoraussetzungen, die in der bisherigen Diskussion genannt wurden, sind sehr

Tabelle 2: Rentenhöhe für 30 Entgeltpunkte West (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) im Vergleich mit der Armutsschwelle Mikrozensus und Grundsicherungsschwelle

Jahr	30 Rentenpunkte West Rentenhöhe (netto)	Armutsschwelle Mikrozensus	Grundsicherungsschwelle	Differenz Grundsicherungsschwelle zu Rente mit 30 Rentenpunkten	<i>nachrichtlich: Rente 30 Punkte ohne Kaufkraftverlust zu Preisen 1991</i>
2005	712	736	605	107	768
2006	711	746	613	98	779
2007	710	764	629	81	797
2008	713	787	645	68	818
2009	725	801	663	62	821
2010	735	826	668	67	830
2011	736	849	686	50	847
2012	749	870	706	43	864
2013	757	892	724	33	877
2014	764		744	20	

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund,¹⁰ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundestags-Drucksache 18/1013, Tab. 6.1 c und eigene Berechnungen

Abbildung 2: Entwicklung der Grundsicherungsschwelle (Ein-Personen-Haushalte) und der Rentenhöhe für 30 Entgeltpunkte West (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) im Vergleich mit der Armutsschwelle (Mikrozensus), Grundsicherungsschwelle und Wohngeld.



Quelle: Wie Tabelle 2

restriktiv. Bis 2022 müssen 35 Beitragsjahre nachgewiesen werden, bei denen nicht mehr als 5 Jahre Arbeitslosigkeit eingerechnet werden dürfen. Ab 2023 werden 40 Beitragsjahre gefordert sowie der zusätzliche Nachweis betrieblicher oder privater Vorsorge.

Die entscheidende Frage für eine armutspolitische Bewertung ist, ob 30 Rentenpunkte ausreichen, um Altersarmut, insbesondere die Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen, zu vermeiden oder zu überwinden.

30 RENTENPUNKTE NICHT AUSREICHEND

In Tabelle 2 sind die Rentenhöhen (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) für 30 Punkte zwischen 2005 und 2014 aufgelistet, des Weiteren die Armutsschwelle nach Mikrozensus sowie die Grundsicherungsschwelle. Was sofort auffällt, ist die Verkleinerung der Differenz der Rentenhöhe (30 Rentenpunkte netto) und der Grundsicherungsschwelle, die

2005 mehr als 100 Euro betrug und im Jahre 2014 auf 20 Euro geschrumpft ist.

Die geschilderten Tendenzen lassen sich in der Grafik in Abbildung 2 verfolgen. Die Rentenhöhe mit 30 Rentenpunkten steigt sehr viel schwächer an als die Grundsicherungsschwelle. Beide Kurven – die Rentenkurve und die Grundsicherungsschwelle – liegen deutlich unter der Armutsschwelle, die durch den Mikrozensus markiert wird. Falls sich die in der Abbildung deutlich werdenden Trends der Renten- und Grundsicherungskurve weiter in die Zukunft fortsetzen, so ist absehbar, dass sich eine Rentenhöhe im Gegenwert von 30 Entgeltpunkten 2015 oder 2016 mit der Grundsicherungskurve schneiden wird. Nimmt man zusätzlich noch die Wohngeldschwellen mit in Betracht, die ab 2009 zwischen 780 und 860 Euro liegen, so zeigt sich, dass viele Rentner auf Altersgrundsicherung oder auf Wohngeld angewiesen sein werden.

PROBLEMKERN: RENTENFORTSCHREIBUNG LEISTUNGSSCHWACH

Die geschilderten Tendenzen haben ihre Ursache in der unterschiedlichen Konstruktion der Renten und der Grundsicherung. Wie anhand der Tabelle 2, letzte Spalte, erkennbar, gleicht die Rentenversicherung nicht die langjährige Preisentwicklung aus. Im Vergleich mit dem Bezugsjahr 1991 liegt sie stets darunter mit der Tendenz – entsprechend den Kürzungen in der Rentenversicherung –, noch weiter abzusinken. Dieser Mechanismus überträgt sich direkt auf die Rentenhöhe bei 30 Rentenpunkten.

Die Grundsicherungsschwelle dagegen folgt im Wesentlichen der Preisentwicklung: Zum einen sind in der Grundsicherungsschwelle die Wohnkosten mit Heizkosten enthalten und zum anderen folgt die Regelsatzhöhe ab 2011 zu 70 Prozent eines auf den Regelsatz bezogenen Preisindex sowie der Nettolohnentwicklung. Als zwangsläufige Folge dieser Konstruktionsunterschiede – Leistungen mit wesentlichem Ausgleich der Preisentwicklung und Sozialleistungen mit nur geringem Ausgleich der Preisentwicklung – muss sich der Abstand zwischen beiden Sozialleistungen von Jahr zu Jahr verringern.¹¹

WAS GETAN WERDEN MÜSSTE

Um die solidarische Lebensleistungsrente armutsfest zu gestalten, müsste sie jährlich dynamisiert werden in dem Ausmaß, wie sich die Grundsicherungsschwelle bewegt. Möglich wäre auch ein interner Preisausgleich, der als Zuschlag zu den 30 Entgeltpunkten jährlich dynamisiert ausgezahlt wird. Dies gilt jedoch nur für den Durchschnitt. Um die solidarische Lebensleistungsrente für alle Betroffenen armutsvermeidend zu konstruieren, müsste eine bedarfsorientierte Komponente eingeführt werden, die die Preisentwicklung bzw. die sehr ungleichen Wohnkosten in Deutschland ausgleicht. Diese gesamtdeutschen Verhältnisse lassen sich direkt auf die bayerischen Verhältnisse übertragen. Insbesondere in den wachstumsstarken bayerischen Regionen mit überdurchschnittlichen Wohnkosten müsste die solidarische Lebensleistungsrente durch einen jährlich dynamisierten Preisausgleich oder eine Zuschlag ergänzt werden.

DR. RUDOLF MARTENS

Leiter der Paritätischen Forschungsstelle, Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Eubel, Cordula: Präsident der Rentenversicherung im Interview „Altersarmut ist zurzeit kein Massenphänomen“, in: Tagesspiegel Online vom 26.7.2014, <http://www.tagesspiegel.de>, Stand: 1.10.2014.
- ² Mit „Rentner“ sind stets Personen ab 65 Jahren gemeint.
- ³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012.
- ⁴ Nach den „drei Grundprinzipien der sozialen Sicherung“ würde die Grundsicherung im Alter dem Fürsorgeprinzip zugeordnet werden und das Wohngeld dem Versorgungsprinzip, letzteres im Sinne „gehobener Sozialleistungen“ zum Ausgleich besonderer Belastungen. Aus armutspolitischer Sicht bzw. in der Betrachtung der Wirkung einer Sozialleistung sind solche Systematiken semantische Konstrukte und damit unerheblich.
- ⁵ Details sind dem Wohngeldgesetz zu entnehmen; vgl. zur Einführung Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Wohngeld 2014, Berlin 2013.
- ⁶ Martens, Rudolf: Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland, Paritätischer Gesamtverband, Berlin 2009.
- ⁷ Ritter, Gerhard: Die Rentenversicherung im Prozess der deutschen Wiedervereinigung, in: Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung SGB VI, hrsg. von Eberhard Eichenhofer u. a., Köln 2011, S. 67-103.
- ⁸ Bei Personen ab 65 Jahren mit eigenen und abgeleiteten Alterssicherungsleistungen überstieg die Beamtenversorgung und die berufsständische Versorgung die gesetzliche Rentenversicherung um mehr als das Doppelte. Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2013, Berlin 2013, S. 71.
- ⁹ Auf der Website des Bundesinstituts für Bau, Stadt und Raumforschung findet sich eine entsprechende Karte, die zugrundeliegenden Daten sind jedoch nicht um Personen unter 65 Jahre und in Einrichtungen bereinigt; vgl. Oettgen, Nina: Wohngeld in den Städten und Regionen. In: BBSR-Analysen KOMPAKT 10/2013, S. 5.
- ¹⁰ Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften 22/2013.
- ¹¹ Nach dem Regelsatz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2010 muss der Gesetzgeber bei der Fortschreibung des Existenzminimums die Preissteigerung berücksichtigen, BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Absatz-Nr. 140 f., 186.

INITIATIVEN VOR ORT – DER ARMUT EIN GESICHT GEBEN

ARMUTSBERICHT FÜR DEN LANDKREIS DACHAU

Bewusstseinsbildung in einem reichen Landkreis – Ein Plädoyer für Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene

LENA WIRTHMÜLLER || Eine vollständige und umfangreiche Berichterstattung über soziale Ungleichheiten kann die Basis für die Entwicklung von Strategien zur Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene darstellen. Gerade in einem wirtschaftlich starken Landkreis wie Dachau ist es eine große Herausforderung, das Thema Armut in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Die Caritas Dachau hat sich dieser Aufgabe gestellt.

ARMUTSBERICHTERSTATTUNG IN DEUTSCHLAND

Die Armutsberichterstattung in Deutschland hat eine lange Entwicklung hinter sich. Im November 1989 veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband den ersten Armutsbericht für die Bundesrepublik und machte so als Vorreiter für Armutsforschung und -berichterstattung die Existenz und das Ausmaß von Armut in Deutschland öffentlichkeitswirksam sichtbar. Seitdem ist das einst tabuisierte Thema immer weiter in das Bewusstsein von Politik und Bevölkerung gerückt.

Der erste Armutsbericht der Bundesregierung wurde im Jahr 2001 vorgelegt, seither erscheint in jeder Legislaturperiode ein neuer Bericht. Der aktuelle vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ erschien im März 2013.¹ Die Sozial- bzw. Armutsberichterstattung im Freistaat Bayern wurde von der Regierung schon 1999 aufgenommen. Der zweite Bericht folgte erst zehn Jahre später in 2009, der dritte im Jahr 2012.² Auch viele deutsche Städte und Landkreise beschäftigen sich in ihrer Sozialberichterstattung mit Armut und Ungleichheit. Die Landeshauptstadt München bringt das Thema sogar schon seit dem Jahr 1987 mit der Erscheinung des Berichts „Neue Armut in München“ auf den Tisch.³

Angesichts dieser Vielfalt und Regelmäßigkeit an Berichterstattung, der dementsprechend ergriffenen Maßnahmen seitens der Politik sowie der stetigen öffentlichen Diskussion über die verschiedenen Ausprägungen von Armut in unserer Gesellschaft wäre anzunehmen, dass das Thema Armut längst kein Tabu mehr und im Bewusstsein aller angekommen ist. Der Paritätische geht mittlerweile soweit zu monieren, dass „empirische Befunde und Armutsstatistiken der unterschiedlichsten Institute und Organisationen [...] nahezu inflationär auf den Markt geschwemmt und von den Medien stets dankbar aufgegriffen“ würden.⁴

NOTWENDIGKEIT VON ARMUTSBERICHT- ERSTATTUNG AUF KOMMUNALER EBENE

Braucht es denn nun auch noch Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene? Ja – und besonders hier! In einem großen Teil des ländlichen Raums, vor allem den wirtschaftlich hervorragend situierten Landkreisen mit guter Arbeitsmarktlage, steht die Aufklärungsarbeit gerade erst am Anfang.

Während es zu Beginn aller Armutsberichterstattung in unserem Land noch hieß: „Natürlich gibt es Armut, das ist schrecklich, aber die Armut ist anderswo, vielleicht in Afrika, nicht hier bei uns im reichen Deutschland“, ist heute

ein ähnlicher Tenor von Kommunalpolitikern und Bevölkerung vieler, insbesondere wohlhabender, ländlicher Regionen zu hören: „Ja natürlich gibt es in Deutschland Armut, leider auch viel Kinderarmut, aber glücklicherweise ist das bei uns im Landkreis XY kein Thema.“

Armut wird auf dem Land oft weiterhin tabuisiert. Dies hat verschiedene negative Folgen:

Keine politische Veränderung

Ohne das Bewusstsein, dass Armut auch im eigenen Landkreis oder in der eigenen Kommune existiert, ist nicht damit zu rechnen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um diese Armut zu bekämpfen oder weitere Armut zu verhindern. Die leisen Rufe vereinzelter Betroffener oder die Aufklärungsversuche der Wohlfahrtsverbände vor Ort führen leider nur selten zu konkreten sozialpolitischen Entscheidungen in kommunalen Gremien. Solange Armut nicht sichtbar ist, gilt oft noch das Prinzip: „das hat es bei uns noch nie gegeben“, wenn beispielsweise über den Bau von Sozialwohnungen, Vergünstigungen für bestimmte Zielgruppen oder über Geldbeträge für Präventionsmaßnahmen abgestimmt wird.

Keine Bewusstseinsbildung und Akzeptanz in der Gesellschaft

In der heutigen Gesellschaft hat sich die Ideologie der Eigenverantwortlichkeit für das persönliche Schicksal durchgesetzt, Armut wird als Folge persönlichen Versagens und mangelnder Leistungsfähigkeit angesehen.⁵

Die Gründe, warum Menschen in Armut leben, sind jedoch vielfältig, oft sind Krankheit, Arbeitslosigkeit oder beispielsweise eine Trennung die Gründe für schwierige finanzielle Verhältnisse. Gerade in Landkreisen oder Kommunen, in denen das durchschnittliche Haushaltseinkommen besonders hoch ist, stehen Personen oder Familien mit wenig Einkommen schnell am Rande. Um in einer solchen Gesellschaft die Bewertung von Armut zu verändern und eine differenzierte Neubewertung zu erreichen, bedarf es Aufklärungs- und Informationsarbeit über die Ursachen und Folgen von Armut und einer Bewusstseinsweiterung, dass Armut auch in der direkten Umgebung existiert.

Stigmatisierung und Scham der Betroffenen

Besonders schwierig für jeden Betroffenen ist, dass zusätzlich zu einem Mangel an Geld, der ohnehin schon viele Teilhabemöglichkeiten nimmt, auch noch die Furcht kommt, sein Ansehen einzubüßen. Das soziale Folgeproblem der Scham tritt immer dann auf, wenn jemand die Erwartungen der spezifischen Gesellschaft, in der er lebt, nicht erfüllen kann.

Gerade in kleineren Kommunen, in denen „jeder jeden kennt“, ist keine Anonymität garantiert. Gleichzeitig wird Armut als Folge persönlichen Versagens und mangelnder Leistungsfähigkeit angesehen, sodass jeder, der sich hilfeschend offenbart, einen Gesichtsverlust befürchten muss. Dies ist unter dem Gesichtspunkt relevant, dass Menschen grundsätzlich in allen bedrohenden Situationen über problemorientierte Bewältigungsstrategien verfügen und die Ursachen ihrer Probleme bekämpfen können.

Eine Studie hat jedoch ergeben, dass Menschen, die sich schämen und Angst haben, ihr Ansehen zu verlieren, in ihrem Selbsthilfepotenzial blockiert sind. Je mehr sich Arme in einer bestimmten Gesellschaftsgruppe also stigmatisiert fühlen und sich schämen, desto weniger können und werden sie sich bemühen, ihre Probleme zu lösen und beispielsweise Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Gerade in wohlhabenden Landkreisen oder Kommunen, in denen Armut noch völlig tabuisiert ist, entsteht aus diesen genannten Faktoren ein gefährlicher Kreislauf. Die Menschen, die in Armut leben, schämen sich dafür und haben Angst vor Ansehensverlust und Stigmatisierung. Dadurch geht viel Selbsthilfepotenzial verloren und viele Betroffene nehmen Sozialhilfeleistungen, Informations- und Beratungsangebote gar nicht oder nur ungerne und heimlich an. Dadurch bleiben viele Formen von Armut weiterhin verdeckt, sodass in der Bevölkerung kaum eine Entwicklung von Akzeptanz oder höherem Bewusstsein erfolgen kann. Solange es keine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung gibt, wird Scham nicht abgebaut und es werden viele Betroffene nicht aktiv um Hilfe bitten. Deshalb wiederum wird die Politik nicht mit Forderungen konfrontiert und sieht keinen sozialpolitischen Handlungsbedarf.

Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene, gekoppelt mit breit angelegter Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Armut, stellt eine Chance dar, diesen Kreislauf an verschiedenen Stellen zu beeinflussen und zu unterbrechen.

ARMUTSBERICHT FÜR DEN LANDKREIS DACHAU

Vorgeschichte und Rahmenbedingungen

Der Landkreis Dachau liegt im Regierungsbezirk Oberbayern im Nordwesten der Großstadt München. Die Lage mitten im sogenannten „Speckgürtel“ der bayerischen Landeshauptstadt und die attraktive wirtschaftliche Situation in der Metropolregion sorgen für stetiges Bevölkerungswachstum. In den 17 Kommunen des Landkreises leben insgesamt 142.021 Einwohner, knapp ein Drittel davon in der Großen Kreisstadt Dachau.⁶ Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt deutlich über dem Durchschnitt, die Arbeitslosenquote unter 3 %.

Für einen Großteil der Kommunalpolitiker und der Bevölkerung ist Armut kein großes Thema. Angestoßen durch die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände vor Ort oder durch engagierte Politiker oder Parteien, wurden jedoch sowohl im Kreistag des Landkreises als auch im Stadtrat der Großen Kreisstadt bereits einige Studien in Auftrag gegeben, die das Thema Armut beinhalten. Es wurden beispielsweise eine Sozialraumanalyse unter besonderer Berücksichtigung jugendhilferelevanter Fragestellungen und ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis erstellt, die jeweils Hinweise auf Armut oder Armutsgefährdung in der Bevölkerung geben.

Die Entscheidung, einen umfassenden Armutsbericht für den Landkreis Dachau in Auftrag zu geben, kam letztlich nicht aus der Politik oder von einem einzelnen Wohlfahrtsverband, sondern vom Kreiskatholikenrat des Landkreises. In diesem Laiengremium sitzen Vertreter der Dekanate und verschiedener katholischer Organisationen, z. B. Caritas, BDKJ oder Dachauer Forum. Hier wurde die Notwendigkeit einer Armutsberichterstattung gerade für diesen reichen Landkreis erkannt. Die Finanzierung des ersten, in 2011 in Auftrag gegebenen Armutsberichts übernahmen die Mitglieder des Kreis-

katholikenrats. Die Organisation der konkreten Berichterstellung mit Datenerhebung über das Jahr 2012 sowie der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit übernahm die Geschäftsführung des Caritas-Zentrums Dachau.

Ziele, Gestaltung und Inhalte des Armutsberichts

Der Armutsbericht für den Landkreis Dachau sollte bestimmten Zielen dienen. Diese Ziele, die Strategie zur Erreichung der Ziele, konkrete Inhalte sowie Gestaltung und Umfang des Armutsberichts wurden von der Caritas Dachau gemeinsam mit dem Kreiskatholikenrat erarbeitet.

Ziele und Zielgruppen

Hauptziel des Berichtes ist es, das Thema Armut in das Bewusstsein der Politik und Bevölkerung im Landkreis Dachau zu rücken.

Für die Politik ist es nötig, die Situation aller Menschen im Landkreis sowie Ungleichheiten oder mögliche Problemstellungen zu erkennen, um entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Nur so können sozialpolitische Strategien zur Armutsbekämpfung auch auf kommunaler Ebene entwickelt und umgesetzt werden. Der Armutsbericht liefert eine möglichst umfangreiche und konkrete Zusammenfassung aller relevanten Zahlen zum Thema Armut im Landkreis. Zudem wurden von der Caritas konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Die Information und Aufklärung der breiten Bevölkerung im Landkreis durch den Armutsbericht dienen dem Ziel, jedem eine differenzierte Bewertung von Armut zu ermöglichen. Es soll das Bewusstsein geschaffen werden, dass Armut auch in der direkten Umgebung, der eigenen Kommune oder der Nachbarschaft existiert, um das Tabu zu brechen. Wer um die Ursachen von Armut sowie deren Folgen auf alle Lebenslagen eines Menschen oder einer Familie weiß, kann als Multiplikator gegen Stigmatisierung wirken.

Des Weiteren dient der Armutsbericht der Caritas, dem Kreiskatholikenrat und anderen interessierten Gremien, Parteien oder Wohlfahrtsverbänden als Informationsgrundlage über Bedarfe für weitere Handlungsschritte sowie für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Armut.

Gestaltung

Um die wichtigsten Zielgruppen des Armutsberichts, Kommunalpolitiker sowie die breite Bevölkerung, zu erreichen, musste der Bericht so ausgestaltet werden, dass er für jeden „lesbar“ ist. Der Armutsbericht sollte deswegen keinerlei inhaltliche Vorkenntnisse voraussetzen, möglichst übersichtlich und kurz gehalten werden sowie optisch gut aufbereitet sein.

Im Ergebnis umfasst der Bericht auf rund 70 Seiten (ohne Inhaltsverzeichnis und Quellen) insgesamt 36 Grafiken.

Inhalte

Zu Beginn des Armutsberichts werden einige Zahlen und Fakten zum Landkreis Dachau vorgestellt. Mit Blick auf Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungswachstum und Struktur der Haushalte wird klar, dass der Landkreis sich teilweise deutlich vom Deutschland- oder Bayerndurchschnitt abhebt und auch innerhalb des Landkreises große Unterschiede zwischen eher städtischen und sehr ländlichen Kommunen bestehen.

Danach erfolgt der Einstieg in das Thema Armut.

Begrifflichkeiten wie „Absolute Armut“, „Relative Armut“, „Einkommensarmut“, „Medianeinkommen“, „Nettoäquivalenzeinkommen“ und „Bekämpfte Armut“ werden anschaulich erklärt. An dieser Stelle wird auch darauf hingewiesen, dass viele Zahlen z. B. über das Nettoäquivalenzeinkommen für den Landkreis Dachau nicht verfügbar sind. Anschließend wird das Armutspotenzial im Landkreis durch die konkreten Zahlen der Sozialhilfeempfänger, aufgegliedert auf die verschiedenen Arten von Transferleistungen sowie auf die Kommunen des Landkreises, abgebildet. Hierbei wird beispielsweise zudem erläutert, woher der Begriff „Hartz IV“ stammt oder wie viel Geld ein Leistungsempfänger nach SGB II jeden Monat erhält.

Um auf das Thema Ungleichheit einzugehen, wird die Verteilung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens im Landkreis näher beleuchtet.

Zusätzlich zur abbildbaren Einkommensarmut wird ein großer Fokus auf die immateriellen Lebenslagen der Bevölkerung gelegt, wodurch

die komplexe Realität der Armut in allen Schattierungen und Abstufungen dargestellt werden kann.⁷ Im Handlungsfeld Arbeit beispielsweise erfolgt neben der Darstellung der sehr guten Arbeitsmarktlage im Landkreis Dachau auch ein Hinweis auf die stark steigende Zahl sogenannter „Multijobber“. Im Handlungsfeld Wohnen wird der Tatsache, dass viele Kommunen gar keine oder nur wenige Sozialwohnungen zur Verfügung stehen haben, die aktuelle Sozialwohnungswarteliste gegenübergestellt. Ebenso werden in den weiteren Handlungsfeldern Familie, Kinder und Jugendliche, Bildung, Migration / Integration, Armut im Alter, Gesundheit sowie Konsum und Schulden tiefere Einblicke in die Verhältnisse und Lebenslagen im Landkreis gegeben.

Zu Ende des ersten Armutsberichts für den Landkreis Dachau wird ein Fazit über alle gewonnenen Erkenntnisse gezogen. Es werden konkrete Handlungsempfehlungen wie beispielsweise zum Ausbau von Beratungsmöglichkeiten für von Armut betroffene Menschen oder zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten durch die Einführung einer „Sozialcard“ ausgesprochen.

BISHERIGE RESONANZ UND ZUKUNFTSAUSBLICK

Caritas und Kreiskatholikenrat stellten den Armutsbericht in Form einer umfangreichen Präsentation im Laufe des Jahres 2013 bei mehreren Veranstaltungen der Öffentlichkeit und der Presse vor und stießen durchweg auf sehr positive Resonanz. Da die Informationen des Armutsberichts zur breit gestreuten Bewusstseinsbildung natürlich für jeden Interessierten zur Verfügung stehen sollen, ist der Armutsbericht online als PDF auf der Homepage der Caritas Dachau sowie beim Dachauer Forum zu finden und kann in Schriftform bei der Caritas angefordert werden. Die Caritas bietet zudem die umfangreiche Präsentation über den Armutsbericht als Vortrag an. Diese Möglichkeit wurde im Laufe des vergangenen Jahres von zahlreichen politischen Organisationen und andere Gremien (z. B. Dekanatskonferenzen) genutzt.

Auf der Grundlage des Armutsberichts startete die Caritas Dachau eine Aktion zum Kommunalwahlkampf 2013, bei der Politiker gezielt

aufgefordert wurden, Stellung zu sozialpolitischen Themen zu beziehen. Diese Themen wie beispielsweise der Sozialwohnungsbau wurden aber auch nach den Wahlen weiterhin von politischen Entscheidungsträgern im Landkreis und einzelnen Gemeinderäten aufgegriffen.

Die im Armutsbericht genannten Handlungsempfehlungen können nun schrittweise aufbereitet und als Grundlage für politische Entscheidungen verwendet werden.

In 2015 soll nun die finanzielle und inhaltliche Unterstützung für eine regelmäßige Weiterführung des Armutsberichts geklärt werden. Eine künftige Beteiligung des Landkreises wurde bereits beantragt.

Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene gekoppelt mit effektiver und dauerhaft konsequenter Öffentlichkeitsarbeit kann am Beispiel Dachaus durchaus als Erfolgskonzept bezeichnet werden. Von Seiten der Politik, der Bevölkerung sowie vieler anderer im Landkreis tätiger Organisationen und Gremien konnten Caritas und Kreiskatholikenrat zahlreiche positive Rückmeldungen zur Armutsberichterstattung entgegennehmen. Das Thema Armut ist im reichen Landkreis Dachau in den letzten beiden Jahren ein großes Stück weiter in das Bewusstsein vieler gerückt.

|| LENA WIRTHMÜLLER

Sozialwirtin (B.A.), Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatung, Caritas-Zentrum Dachau

⁶ <http://www.landratsamt-dachau.de/Landkreis/InformationenueberdenLandkreisDachau/ZahlenundFakten.aspx>, Stand: 10.12.2014.

⁷ Glatzer, Wolfgang / Hübinger, Werner: Lebenslagen und Armut, in: Armut im Wohlstand, hrsg. von Diether Döring, Walter Hanesch und Ernst-Ullrich Huster, Frankfurt a. M. 1990, S. 31-55.

ANMERKUNGEN

¹ <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.html;jsessionid=5AC76D3A1A42D342E4D1E07DE0E7540>, Stand: 1.3.2013.

² <http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/>, Stand: 1.2.2013.

³ <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Leitung-und-Zentrale/Sozialplanung/sozialberichte.html>, Stand: 20.12.2012.

⁴ <http://www.der-paritaetische.de/startseite/veranstaltungen/dokumentationen/20ja/>, Stand: 10.12.2014.

⁵ http://www.uni-bielefeld.de/ikg/dateien/kurt_salentin/armut_scham_2008.pdf, Stand: 10.12.2014.

LANDSHUTER ARMUTSKONFERENZ – FORUM FÜR SOZIALE RECHTE

Ein Runder Tisch der Wohlfahrtsverbände mischt sich ein

JOHANNA BEHRENS / SIEGFRIED STELZNER / GABRIELE UNVERDORBEN || Armut existiert überall, daher hat sich die Stadt Landshut dazu entschlossen, eine Einrichtung zu gründen, die Sozialarbeiter aus den Beratungsdiensten der regionalen Wohlfahrtsverbände mit den Mitarbeitern der Jobcenter an einen Tisch bringt – die „Landshuter Armutskonferenz“. Empfanden sich die beiden Seiten in dem Forum anfänglich eher als „Konkurrenten“, so wuchs im Laufe der Jahre eine Zusammenarbeit in gegenseitiger Wertschätzung und Respekt in dem Wissen, dass Armut nicht beseitigt, aber in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden kann.

ARMUT IN EINER REICHEN STADT?

Menschen in abbruchreifen Häusern, vermüllte Spielplätze, lange Schlangen vor Sozialämtern, obdachlose Menschen im Stadtpark und Drogenabhängige in Fußgängerunterführungen, solche Bilder transportieren Medien aus den Großstädten unseres Landes. In einer Stadt mittlerer Größe wie Landshut in Niederbayern kennt man solche Bilder nicht. „Armut gibt es hier nicht“, mit dieser Aussage wurden die Mitarbeitenden sozialer Einrichtungen immer wieder konfrontiert, wenn sie mit der Bitte um Ausbau öffentlicher Förderung zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention an die Öffentlichkeit gingen. Doch die Realität sieht anders aus. Auch in einer eher reichen Stadt, auch in einer Region, in der Vollbeschäftigung herrscht, kommen Menschen hilfesuchend in die Beratungsstellen, gibt es Stromsperrungen wegen nicht bezahlter Rechnungen, leben Menschen auf der Straße, suchen Menschen um Lebensmittel bei den Tafeln nach.

Vor 12 Jahren entschlossen sich Mitarbeiter der Kirchlichen Sozialarbeit von Diakonie und Caritas, die Kollegen aus den Beratungsdiensten der regional vertretenen Verbände und Institutionen zu einem gemeinsamen Erfahrungs-

austausch einzuladen. Aus dieser ersten Runde entwickelte sich eine ständige Einrichtung, die „Landshuter Armutskonferenz – Forum für soziale Rechte“. Die Teilnehmenden schätzen die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen, Defizite zu benennen, Ressourcen zu erkennen und stabile Netzwerke zu bilden. Von Anfang an wurde die Notwendigkeit einer Lobbyarbeit für Menschen in benachteiligten Lebenssituationen für notwendig angesehen. Durch Öffentlichkeits- und Pressearbeit bemühten sich die Teilnehmer, Vorurteile in der Bevölkerung und den Behörden gegenüber Armen oder von Armut bedrohten Menschen abzubauen.

An den Treffen nehmen Mitarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen aus Beratungsdiensten der regionalen Wohlfahrtsverbände (BRK, Caritas, Diakonie, Katholische Jugendfürsorge, Haus International, Arbeiterwohlfahrt, Landshuter Netzwerk etc.) teil. Vertreten sind Mitarbeiterinnen der Allgemeinen Sozialberatung, der Schwangerenberatung, der Arbeit für psychisch Kranke, der Initiativen für Wohnungslose und der Straffälligenhilfe sowie Verantwortliche aus den Frauenhäusern, dem Mieterverein, dem Kinderschutzbund, den Tafeln und den sozialen Gebrauchtwarenhäusern. Ebenfalls vertreten sind



Fotos: Peter Litvai, „My home is my castle“, 2014



die Geschäftsführer der beiden Jobcenter von Stadt und Landkreis Landshut sowie der evangelische Dekan. Der Runde Tisch findet drei bis vier Mal pro Jahr statt. Dazwischen treffen sich Arbeitsgruppen zu Projekten oder um größere Aktionen, Eingaben an den Sozialhilfeausschuss, Pressekonferenzen oder Podiumsgespräche vorzubereiten.

Die Organisation (Einladung, Schriftverkehr etc.) hat die Diakonie übernommen, die Räumlichkeiten werden im Wechsel von dem jeweiligen Trägerverband zur Verfügung gestellt.

BETEILIGUNG DER JOBCENTER UND DES EVANGELISCHEN DEKANATS

Von Anfang an wurden die beiden Geschäftsführer der zuständigen Jobcenter zu den Sitzungen eingeladen. Das war zunächst irritierend. Empfanden sich doch beide Seiten eher als „Gegner“, die verschiedene Interessen verfolgten. Und so waren die Debatten in den ersten Jahren auch von hoher Emotionalität gekennzeichnet, wenn z. B. den Mitarbeitenden der Jobcenter Bürokratismus vorgeworfen wurde und andererseits den Sozialpädagogen der Vorwurf gemacht wurde, dass sie auf ungerechtfertigte Ansprüche ihrer Klienten bestehen.

Doch von Anfang an wurde der Dialog in gegenseitiger Wertschätzung und in Respekt voreinander geführt und in gegenseitiger Anerkennung, dass beide Seiten mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein ihre Aufgaben erfüllen. Mittlerweile hat sich das Verhältnis sehr entspannt.

Beim Informationsaustausch herrscht eine sachliche und vertrauensvolle Atmosphäre und alle gehen mit Freundlichkeit und Respekt miteinander um. Nähe und gute Kollegialität ist entstanden. Der stetige Kontakt hat zum Abbau von Vorurteilen und gegenseitigen negativen Projektionen geführt und auch zum Verständnis für die Aufgaben und Ziele, aber auch der Belastungen und Zwänge der jeweils anderen Seite.

Mittlerweile sind die Jobcenter als unverzichtbarer, wertvoller Bestandteil der Armutskonferenz anerkannt. Neue Gesetzeslagen werden von den Geschäftsführern bzw. deren Vertretern zeitnah eingebracht und Auslegungsfragen geklärt. Miteinander werden Verfahrensregeln

für komplizierte Situationen gefunden und dadurch nicht selten Zeitverlust bei der Antragstellung und Genehmigung vermieden. Wie stark sich auch die Jobcenter mit der Armutskonferenz identifizieren zeigt die Tatsache, dass beim 10-jährigen Bestehen der Runde es der stellvertretende Geschäftsführer des Jobcenters war, der als Vorstand des örtlichen Radfahrerclubs mit seinem Verein die Organisation und verkehrstechnische Begleitung einer „sozialpolitischen Radtour“ zu den sozialen Brennpunkten des Stadt übernahm.

Auch der evangelische Dekan gehört der Armutskonferenz an. Ursprünglich gebeten, als neutrale Instanz eine Podiumsdiskussion zu moderieren, hat sich seine regelmäßige Teilnahme als hilfreich und fruchtbar erwiesen. Der Dekan kennt sehr genau die kirchlichen und sozialen Strukturen, hat Kontakt zu Behördenleitern und zu Verantwortlichen in Stadt und Landkreis. Als Gesprächsleiter sorgt er für den reibungslosen Ablauf der Sitzungen und achtet auf den Ausgleich verschiedener Interessen. Entscheidend ist, dass er die Verbesserung der Lage von Menschen mit niedrigem Einkommen oder in schwierigen Lebenslagen als Teil seines kirchlichen und persönlichen Engagements betrachtet.

Mittlerweile wurde der Dekan zum Sprecher gewählt. Er vertritt damit die Armutskonferenz nach außen. Seine Kontakte und seine Präsenz in der Öffentlichkeit helfen, die Anliegen, die in der Armutskonferenz erarbeitet werden, in die Öffentlichkeit zu bringen und Unterstützer zu gewinnen. Auch für ihn selbst ist die Teilnahme an der Armutskonferenz von großer Bedeutung, um auf diese Weise die soziale Struktur und die Probleme der Menschen in seinem Verantwortungsbereich kennenzulernen und besser zu verstehen.

THEMEN, AKTIONEN, ERFOLGE

Seit ihrer Gründung steht das Thema „erschwinglicher Wohnraum“ immer wieder auf der Tagesordnung der Sitzungen. Andere häufige Themen sind Fragen zum Arbeitslosengeld II und Grundsicherung, zur Mobilität im Landkreis und zur Schuldnerberatung. Es wurden ein Dialog mit den Energieversorgern geführt mit dem Ziel, Stromschulden zu vermeiden, und ein Stromsparprojekt gefördert.



Foto: Peter Litvai, „My home is my castle“, 2014

Als Grundakkord zieht sich das Bemühen, mehr gesellschaftliche Teilhabe und Akzeptanz für alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen, durch alle Arbeitssitzungen. Infolge enger Kontakte zur Hochschule wurden Studierende der Sozialen Arbeit zur Mitarbeit bei Projekten gewonnen.

Durch intensive Gespräche mit der Diakonie konnten die Gründung der Landshuter Tafel und durch intensive Bemühungen gegenüber der Stadt die Erstellung eines Armutsberichts und die Einführung eines Sozialpasses erreicht werden. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen (eine hundert Meter lange Tafel vor dem Rathaus), Vorträge (z. B. Christoph Butterwegge, „Armut in einem reichen Land“) und geführte sozialpolitische Spaziergänge und Radtouren zu sozialen Brennpunkten der Stadt wurde das Thema Armut in die Öffentlichkeit gebracht. Viel Aufmerksamkeit erfuhr die Armutskonferenz durch einen gesponserten Festabend mit Drei-Gänge-Menü und Varieteeprogramm für Arm und Reich sowie einer Fotoausstellung zur Wohnungsnot in der Rathausgalerie mit dem Fotografen Peter Litvai.

Durch diese vielfältigen Aktionen und den beständigen Dialog hat sich die Armutskonferenz die Position einer Institution erarbeitet, die gehört wird, wenn soziale Probleme diskutiert werden. Von den Medien oder von Parteien wird die Armutskonferenz zu Stellungnahmen bei aktuellen politischen Fragen gebeten. Kirchengemeinden, Bürger, auch Stadträte fragen nach Informationen, Zeitungsberichte über die Arbeit der Armutskonferenz erfahren hohe Aufmerksamkeitsgrade. Zu diesem Ruf hat die stetige und konsequente Arbeit beigetragen. Diese Arbeit ist pragmatisch und lösungsorientiert. Mit allen Interessenvertretern wird ein offener, respektvoller Dialog gepflegt. Hilfreich ist, dass die Geschäftsleitungen von allen sozialen Trägern der Region hinter der Armutskonferenz stehen und ihre Anliegen unterstützen und fördern.

Die Wertschätzung in der Öffentlichkeit zeigt sich unter anderem darin, dass deren Vertreter zu Vorträgen von Parteien und Institutionen gebeten werden, Mitglieder der Armutskonferenz saßen mit am „Runden Tisch Wohnungsnot“

der Stadt Landshut, der Sprecher der Armutskonferenz wurde in den Beirat der Jobcenter berufen mit der Aufgabe, deren Arbeit kritisch zu begleiten.

Die Arbeitsweise und die Ergebnisse der Landshuter Armutskonferenz haben inzwischen zur Gründung weiterer Sozialer Runden in den Städten Vilsbiburg, Rottenburg und Markt Ergoldsbach geführt, in denen Vertreter aus den Wohlfahrtsverbänden, der Kirchen, Initiativen und der kommunalen Verwaltung aktuelle Probleme diskutieren und unbürokratisch Hilfe organisieren.

MOTIVATION UND STÄRKUNG

In den vergangenen Jahren konnte selbstverständlich durch die Arbeit der Landshuter Armutskonferenz die Armut nicht beseitigt werden. Im Gegenteil, die Schere zwischen arm und reich öffnete sich immer mehr. Doch durch die regelmäßigen Treffen und die gezielte Öffentlichkeitsarbeit wurde erreicht, dass die Armut auch im Bereich der Stadt Landshut und im ländlich strukturierten Landkreis als Problem wahrgenommen wird. Die eine und andere Möglichkeit zur Teilhabe wurde geschaffen. Vor allem wurde die Energie und die Schaffenskraft der Mitarbeiterinnen in allen Bereichen der Sozialen Arbeit gefördert. Inzwischen kennen sich die Beteiligten gut, verlassen sich aufeinander und arbeiten zusammen. Nicht zuletzt hat die Erfahrung gut getan, dass man im gemeinsamen Wirken den einen und anderen Schritt zu mehr Teilhabe und zur Akzeptanz auch der Bevölkerungsgruppen erreichen kann, die mit geringen Einkommen leben müssen.

|| JOHANNA BEHRENS

Dipl. Soz. Päd. (FH),
Leitung Diakonisches Werk Landshut

|| SIEGFRIED STELZNER

Dekan des Diakonischen Werks Landshut

|| GABRIELE UNVERDORBEN

Leitung Allgemeiner Sozialdienst,
Caritas Landshut

DAS PROJEKT ARMUTSKUNDSCHAFTER DER CARITAS-KONFERENZEN

Begleitung und Qualifizierung Ehrenamtlicher

KATHRIN JÄGER || „Not sehen und handeln“ – so lautet das Leitmotiv der Caritas-Konferenzen. Was Selbstverständnis des ehrenamtlichen Engagements der bundesweit mehr als 80.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter des Verbandes ist, bedeutet täglich neue Herausforderung. Mit dem Projekt „Armutskundschafter – weiter sehen und weiter gehen“ werden im Erzbistum Paderborn nun Ehrenamtliche qualifiziert und begleitet, Kundschafter für soziale Notlagen zu sein.

ARMUT IN DEN BLICK GENOMMEN

15 % der Bevölkerung lebt laut dem vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in Armut oder an der Armutsgrenze. Das sind rund 12 Millionen Menschen, darunter allein 2,5 Millionen Kinder. Doch was bedeutet ein Leben an der „Armutsgrenze“? Laut Definition der Europäischen Union gelten „Einzelpersonen, Familien oder Personengruppen [als arm], die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“¹

Armutsbekämpfung ist eines der zentralen politischen Themen – doch jährlich zeigen Statistiken und Untersuchungen, dass die Schere zwischen arm und reich bleibt. „Aber Armutsdefinitionen, Statistiken zu Armutsrisiken und Armutsquoten geben nur bedingt Auskunft über Armut. Denn Armut und Reichtum sind nicht nur Fakten, die auf Zahlen basieren. Sie sind emotionale Zustände, die auf subjektiven Wahrnehmungen basieren“², so Autor Stefan Selke. Wer am „Minimum des Annehmbaren“ lebt, der hat mit erheblichen materiellen Entbehrungen zu kämpfen, denn es fehlt an Mitteln für Dinge, die für den Großteil der Bevölkerung als selbstverständlich gelten. So geben

armutsgefährdete Personen Folgendes an, was ihnen fehlt bzw. für sie eine untragbare Belastung darstellt:

- unerwartete Ausgaben bestreiten können (75,9 %),
- jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit essen (27,0 %),
- die Wohnung ausreichend warm halten (16,8 %),
- einen Computer besitzen (16,2 %),
- die Miete pünktlich zahlen (6,9 %).

Hieraus folgen für die betroffenen Menschen massive Einschränkungen in der Teilhabe am sozialen Leben.³

Neben materiellen Entbehrungen erleben von Armut betroffene oder bedrohte Personen immer wieder, dass sie mit der ihnen möglichen Lebensführung nicht den gesellschaftlich üblichen Lebensweisen entsprechen (können). Sie haben das Gefühl, gesellschaftlichen Erwartungen und Normen nicht gerecht zu werden, nicht mehr mithalten zu können, ja sogar ausgeschlossen zu sein. Schuldzuweisungen und Selbstabwertungen werden zur Belastung der psychischen Situation, nicht oft resignieren von Armut betroffene Personen und ziehen sich in Einsamkeit und Isolation zurück.

ARMUT BEGEGNEN

Armut wahrzunehmen ist eine Herausforderung, die im Alltag nicht immer leicht ist. Armut hat viele Gesichter. Oft versteckt sie sich. So ist jeder siebte von Armut bedroht, aber nur 13 % der Bevölkerung geben nach einer Studie des Deutschen Caritasverbandes an, Menschen in Familie oder Freundeskreis zu kennen, die arm sind.⁴ Für Kirche, Politik und Gesellschaft gilt es, immer wieder neue Antworten auf die Frage zu finden, wie Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützt werden können.

Gerade im ländlichen Raum sorgt die Scham der von Armut betroffenen Menschen dafür, dass Unterstützung und Hilfe oft nicht in Anspruch genommen wird. Die Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung lässt drohende oder existente Armut zu einem Tabu-Thema werden, das nicht selten mit aller Kraft versteckt und verheimlicht wird. Es wird von einer sogenannten „verdeckten Armut“ gesprochen, wenn von Armut betroffene Menschen aus Scham oder Unwissenheit ihren Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen nicht geltend machen. So wird davon ausgegangen, dass in Deutschland rund 60 % der Über-65-Jährigen, die Anspruch auf Grundsicherung haben, keinen Antrag stellen.⁵

Armut zu begegnen ist und bleibt somit immer wieder eine zentrale Herausforderung – eine Herausforderung, die ein Handeln in mehreren Dimensionen fordert:

- **Hilfe und Unterstützung in Notsituationen:** Menschen, die in Armut leben, sind oft auf Hilfe und Unterstützung in Notsituationen angewiesen. Unerwartete Ausgaben, Krankheit oder besondere Belastungen: In manchen Notsituationen ist eine helfende Hand wichtig, um Unterstützung zu bieten. Ehrenamtliches Engagement in den Caritas-Konferenzen unterstützt hier sowohl durch finanzielle Hilfe, aber auch beispielsweise durch Kleiderkammern, Lebensmittelausgaben, Schulmaterial-Hilfe oder persönliche Begleitung.
- **Sprachfähigkeit:** Armut ist ein Thema, das in unserer Gesellschaft trotz seiner großen Präsenz immer noch zu häufig tabuisiert wird. Von Armut betroffene Personen schwei-

gen aus Scham und aus Angst vor Stigmatisierung, aber auch das soziale Umfeld schweigt aus Unsicherheit und aufgrund eigener Hemmschwellen. Unsere Gesellschaft braucht eine Sprachfähigkeit, denn nur etwas, was zur Sprache gebracht wird, kann auch Veränderung erfahren.

- **Überwindung der Armut durch politische Veränderungen:** Ehrenamtliches Engagement, ob im Rahmen der Caritas-Konferenzen, Gemeindcaritas oder aber auch der Nachbarschaftshilfe, bietet in unzähligen Bereichen und Orten Unterstützung. Doch so wichtig diese Hilfe in der akuten Situation ist, so wichtig ist es auch, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass politische und gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, die Armut strukturell bekämpfen. Es gilt, die Ursachen von Armut zu bekämpfen und nicht nur das Leben in Armut punktuell zu erleichtern.

ARMUTSBEGEGNUNG BRAUCHT KUNDSCHAFTER UND BOTSCHAFTER

Um Armut zu begegnen, braucht es Menschen, die mit offenen Augen und offenen Ohren hinausgehen und ihren Sozialraum (neu) in den Blick nehmen. Es gilt wahrzunehmen, was in der Hektik des Alltags oft verborgen bleibt. Wo begegnet uns Armut? Wie zeigt sich soziale Ungerechtigkeit? Was ist es, was den Alltag der Menschen, die von Armut betroffen sind, erschwert? Und wie kann Hilfe und Unterstützung aussehen?

Kundschafter für soziale Not zu sein bedeutet, sich auf Begegnungen mit Menschen in besonderen Lebenssituationen einzulassen, auf Augenhöhe zuzuhören, ernstzunehmen, von den Lebensumständen und den Bedürfnissen und Wünschen zu erfahren. Ein Kundschafter nimmt wahr, ohne zu urteilen. Er schlägt eine Brücke zwischen Welten, überschreitet unsichtbare Grenzen und wird zum Botschafter. Als Botschafter sind Armutskundschafter Sprachrohr in Politik und Gesellschaft und verleihen den Anliegen und Bedürfnissen von Armut betroffener Menschen eine Stimme. Gemeinsam gilt es, auf politische und gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuwirken.

DAS PROJEKT

Das CKD-Projekt Armutskundschafter qualifiziert und begleitet ehrenamtliche Mitarbeiter, Kundschafter für soziale Notlagen zu sein. „Kirche an den Rändern der Gesellschaft sein“ – diese von Papst Franziskus benannte Herausforderung ist Auftrag und Selbstverständnis der Caritas-Konferenzen. Unter dem Leitwort „Not sehen und handeln – weiter sehen und weiter gehen!“ sind die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Caritas-Konferenzen eingeladen, ihren Sozialraum aus dem Blickwinkel der Armutsbegrenzung neu in den Blick zu nehmen.

Das Projekt Armutskundschafter bietet Ausbildung und Begleitung. Von der Sozialraumanalyse bis hin zur Projektentwicklung werden Hilfestellungen und Methoden vermittelt. Aber auch die Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung verschiedener Formen von Armut und ihrer Begegnung stehen im Fokus der Ausbildung zum Armutskundschafter.

Eine Arbeitshilfe zum Projekt ermöglicht eine weitere Auseinandersetzung und Vertiefung.

Weitere Informationen zum Projekt sind beim Diözesanverband der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e.V. unter www.ckd-paderborn.de erhältlich.

DIE CARITAS-KONFERENZEN

Die Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. sind ein Verband für Menschen, die das Leben in ihren Gemeinden mitgestalten und freiwillig in Einrichtungen tätig sind. Die Ehrenamtlichen der CKD setzen sich engagiert, innovativ und kompetent für die Belange anderer ein. Sie begleiten Hilfesuchende unbürokratisch, geben Menschen in schwierigen Lebenslagen eine Stimme und machen damit auf soziale Missstände aufmerksam. Bundesweit sind die Caritas-Konferenzen in 17 Diözesen tätig, mehr als 80.000 ehrenamtliche Mitglieder engagieren sich im Verband.

|| KATHRIN JÄGER

Dipl. Sozialpädagogin;
Projektreferentin Armut und Sozialraum der
Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e.V.

ANMERKUNGEN

- ¹ Nationale Armutskonferenz: Armut und Ausgrenzung überwinden – In Gerechtigkeit investieren, Berlin 2003, S. 1.
- ² Selke, Stefan: Schamland – die Armut mitten unter uns, Berlin 2013, S. 22.
- ³ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit, Monitor Jugendarmut in Deutschland 2014, S. 3, in Bezug auf Destatis/WZB/DIW: Datenreport, Düsseldorf 2013.
- ⁴ Caritas (Hrsg.): Menschen am Rande der Gesellschaft: Eine bevölkerungsrepräsentative Untersuchung von Sinus Sociovision für den Deutschen Caritasverband e.V., Heidelberg 2008.
- ⁵ Vgl. Stellungnahme des Deutschen Caritasverbandes zum Entwurf des 4. Armut- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung, in: neue caritas 22/2012, S. 39.

BEFÄHIGENDE KIRCHENGEMEINDE IN DER UCKERMARK

Ein Forschungsprojekt

HILKE REBENSTORF || Die Uckermark in Brandenburg wurde durch die Entwicklung ab 1989 besonders stark betroffen, erkennbar an einem beschleunigten demographischen Wandel und hohen Armutskennzahlen. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) führte eine Studie durch zu den Möglichkeiten der Kirchengemeinden, auf die Armutslagen dort zu reagieren. Einige Ergebnisse dieser Untersuchung werden hier vorgestellt.

DIE SITUATION IM LAND- UND KIRCHENKREIS UCKERMARK

Die Uckermark im nordöstlichen Brandenburg ist einer der am dünnsten besiedelten Landkreise der Bundesrepublik. Erst 1993 aus den DDR-Kreisen Angermünde, Templin, Prenzlau und Schwedt / Oder hervorgegangen, wurde die Region durch den ökonomischen Wandel nach der deutschen Vereinigung besonders stark betroffen. Die zu DDR-Zeiten dominante Tier- und Pflanzenproduktion sowie Forstwirtschaft mit zugehörigen Verarbeitungsbetrieben, Mineralöl- und Papierverarbeitung brach nach der deutschen Vereinigung weitgehend zusammen. So beschäftigte z. B. der „zweitgrößte Arbeitgeber, das PetroChemische Kombinat Schwedt [...] 1989 10.000 Menschen in Vollzeit, im Jahr 2012 noch 1.400 (inkl. Teilzeit) – also minus 86 %.“¹ Vom Wendejahr 1989/90 bis zum Jahr 2009/10 nahm die Bevölkerung des Landkreises von 174.000 auf 130.000 ab, was einem Rückgang um 25 % entspricht. Die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt sank um 58 %, in der Land- und Forstwirtschaft war gar eine Abnahme um 91 % zu verzeichnen.²

20 Jahre nach der Wende wies der Landkreis eine hohe Arbeitslosigkeit und eine überdurchschnittliche Quote an Empfängerinnen³ von Leistungen nach dem SGB II auf. 2012 lag

die Arbeitslosenquote bei 21,2 % (Brandenburg gesamt 13 %), die der Langzeitarbeitslosen bei 16,4 % (5,2 %), die SGB II-Quote bei 20,6 % (13 %), Kinderarmut bei 30,5 % (19,4 %).⁴ Die hohe Abwanderung zog zudem eine deutliche Verschiebung in der Alterszusammensetzung nach sich: 23,9 % der Bevölkerung sind 65 Jahre und älter (22,5 %).

Die Situation der evangelischen Kirche der Uckermark ist mit Blick auf statistische Kennzahlen noch kritischer: Ihr Mitgliederverlust betrug während der ersten 20 Jahre nach der Vereinigung 38 %, die Zahl der Pfarrstellen ging gar um 60 % zurück. Im Jahr 2013 gab es noch rund 14.000 evangelische Kirchenmitglieder, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von unter 15 % entspricht.⁵ Der Anteil der Über-65-Jährigen liegt bei 46 %.

Der Evangelische Kirchenkreis fühlte sich durch diese Situation besonders herausgefordert. Trotz deutlicher Reduktion der Pfarrstellen blieb die evangelische Kirche in der Fläche präsent – durch die Gebäude und die Arbeit vieler ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen. Sie ist entsprechend mit den Auswirkungen des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels konfrontiert. Über das Diakonische Werk der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) erging der Auftrag an das Sozi-

alwissenshaftliche Institut der evangelischen Kirche in Deutschland (SI der EKD), eine Bestandsaufnahme der Situation vorzunehmen, um eigene Strategien im Umgang mit Armut entwickeln bzw. optimieren zu können. Im Herbst 2011 nahmen zwei Mitarbeiter⁶ des SI der EKD die Arbeit vor Ort in Prenzlau auf, wo sie bis Sommer 2014 blieben.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN DER STUDIE „BEFÄHIGENDE KIRCHENGEMEINDE“

Das Hauptanliegen der Studie besteht in der Aufdeckung von Möglichkeiten der Kirchengemeinden, zur Bewältigung von Armutssituationen beizutragen – und dies in einer Situation, in der die Gemeinden selbst von den Armutsbedingungen der Region vielfältig betroffen sind. Die zentralen Fragen sind:

- Wie wird Armut erfahren? Welche Formen von Armut werden registriert, benannt, empfunden? Durch die Kirchengemeinden wie durch Menschen, deren Lebenslagen geprägt sind von Armut oder Armutsgefährdung.
- Wie können Kirchengemeinden auf Armut reagieren?
- Welche Partnerinnen gibt es im Engagement gegen Armut? Welche, eventuell auch noch verborgenen, Potenziale bestehen?

Um sich diesen Fragen und Antworten darauf zu nähern, wurden Daten verschiedener Quellen erhoben und ausgewertet:

- statistisches Material zur gesellschaftlichen Entwicklung von statistischen Ämtern und der Superintendentur,
- Expertengespräche mit Vertreterinnen des Landkreises, aus Kirche und Diakonie sowie mit Mitarbeiterinnen in sozialen Berufen,
- Gruppenbefragungen und -diskussionen mit Gemeindegliederinnen (GKR) und Selbsthilfegruppen,
- biographische Interviews mit Menschen, deren Lebenslagen durch Armut oder Armutsrisiko geprägt sind.

In diesem Beitrag kann nur auf einen Teil der Fragen und Ergebnisse eingegangen werden. Der Gesamtbericht zur Studie wird 2015 erscheinen.⁷

FORMEN UND WAHRNEHMUNG VON ARMUT

Die Gesprächspartnerinnen in der Uckermark nahmen Armut in mehreren Dimensionen wahr – als materielle, nicht-materielle und als kollektive Armut. Armut zeigt also viele Gesichter. Entsprechend der Definition der europäischen Sozialberichterstattung lebt ein Mensch in relativer Armut, wenn sein Einkommen unter 50 % des Medianeinkommens liegt, Armutsgefährdung liegt vor bei einem Einkommen unter 60 %.⁸ Im Fokus ist somit individuelle oder auch familienbezogene relative Einkommensarmut, die auch die öffentlichen Debatten dominiert.

Diese Armut sehen auch die Interviewpartnerinnen und Teilnehmerinnen an den Gruppengesprächen und -diskussionen. In den Gesprächen werden die Folgen materieller Armut ausgeführt:

- Wohnraum: Jüngere können sich trotz Erwerbstätigkeit keine eigene Wohnung leisten und leben bei den Eltern. Andere haben Sorge, das Haus, in dem sie Jahrzehnte lebten, nicht halten zu können. Viele fürchten die Nebenkostenabrechnung, manche wohnen in qualitativ schlechten Wohnungen (feucht, schimmelig).
- Mobilität: Kann man sich das Auto noch leisten? Was passiert, wenn eine Reparatur anfällt? Wie kommt man zur Arbeit oder zum Einkaufen, wenn es im Dorf schon längst kein Geschäft mehr gibt und der öffentliche Personennahverkehr gering ausgebaut ist?
- Ernährung: Lehrerinnen bemerken hungrige Schülerinnen, Pflegekräfte erkennen Mangelernährung bei den von ihnen Betreuten.
- Bildungsausgaben: Hefte, Stifte, Bücher, Schulranzen, Klassenfahrten, extracurriculare Aktivitäten verursachen Kosten, die durch Einkommensarme nicht aufzubringen sind.
- Heil- und Pflegemittel: Gesprächspartnerinnen berichten von eigenen Erfahrungen, aber auch von Beobachtungen im beruflichen und privaten Umfeld, wonach z. B. erforderliche Brillen oder Zahnersatz nicht beschafft werden, bei Medikamenten und Pflegeleistungen gespart wird.
- Teilnahme an Veranstaltungen: Kirchenmitglieder und auch Ehrenamtliche kommen z. T. nicht zu den Veranstaltungen, die sie selbst mit organisierten, wenn diese kosten-

pflichtig sind; die Teilnahme an Dorffesten lässt nach; Kinder können nicht an Ferien- und Freizeitangeboten teilnehmen.

Diese eine Dimension von Armut ist am stärksten bekannt und medial in den tagesaktuellen Berichten am präsentesten. Daneben oder als Folge hiervon besteht die nichtmaterielle Armut. Sie erscheint nach Aussagen der befragten Experten, GKR und Einzelpersonen in zahlreichen Ausprägungen. Neben kultureller, politischer und religiöser Bildungsarmut, die zu den altbekannten Topoi eher bildungsbürgerlicher Armutsdiskussion gehören, wurden unterschiedliche Formen von Deprivation und deren Auswirkungen angesprochen.

- Rückzug und Beziehungsarmut: Menschen nehmen nicht mehr teil am Leben und an Aktivitäten in ihrem Umfeld, ziehen sich zurück in die Einsamkeit oder in Netzwerke der Familie und anderer Menschen in gleicher Lebenslage. Mutlosigkeit, Verlust von Antrieb und Motivation, Kontaktunfähigkeit und soziales Misstrauen werden als Folgen beschrieben;
- fehlende Alltagskompetenz: Gesprächspartnerinnen schildern ihre Beobachtung, dass manche Mütter ihren Kindern keine Mahlzeit kochen können, weil sie es selbst nie gelernt hätten; sie könnten ihre Kinder nicht sinnvoll beschäftigen, nicht mit ihnen spielen oder basteln. Besonders gravierend ist fehlende Alltagskompetenz in Form von
- funktionalem Analphabetismus: Wer nur unzureichend lesen kann, hat kaum die Möglichkeit, sich unabhängig und selbständig zu informieren – Informationsblätter werden nicht wahr- und angenommen.⁹

Die dritte Dimension von Armut, von der in Gesprächen und Diskussionen immer wieder die Rede ist, ist die kollektive Armut ganzer Dörfer, Gemeinschaften und auch der Kirchengemeinden. Diese kommt recht gut zum Ausdruck in folgendem Auszug aus der Diskussion in einem GKR:

„Eine gewisse Armut sehe ich bei uns in den Dörfern, dass nun fast in jedem zweiten Haus nur noch ein alter Mensch wohnt. [...] Rente haben sie alle noch wenig. Weg gehen sie nicht, weil sie

vom Hund nicht weg können oder weil sonst der Kater alleine ist. Und dann kommt ein Verkaufswagen, der tutet ganz kurz ‚Düüüt‘ und dann springen die Türen alle auf, dann kaufen sie sich ihre Lebensmittelsachen und dann klappt die Tür wieder zu und dann warten die solange, bis das wieder mal tutet. Und so lange kann man durch ein Dorf auf- und abgehen, da sieht man keinen Menschen. [...] Und das sind aber alles Leute wie wir alle, die eben älter geworden sind.“
(GKR, männlich ca. 65 Jahre)

BETROFFENHEIT DURCH ARMUT

Wie die wahrgenommene Armut hat auch die Betroffenheit mehrere Dimensionen. Neben der Selbstbetroffenheit durch eigene materielle Armut mit den entsprechenden Folgen und häufig auch sich daraus ergebender Unsicherheit und Resignation wurden vielfältige Formen der Mitbetroffenheit geschildert.

Diese wird empfunden, wenn Familienangehörige armutsbetroffen sind, etwa die eigenen Kinder und Enkelkinder. Folgendes Zitat steht beispielhaft für ähnliche Äußerungen:

„Ich finde, bei Kindern hört alles auf. [...] Meine Schwiegertochter ist Friseurin. Die verdient ja auch fast nichts. Wie überall. Und dann geht es los: Da müssen sie hinfahren. Da müssen sie bezahlen. Das muss bezahlt werden, ‚Ja‘, sagt sie: ‚Ich muss mir was überlegen. Ich habe noch ein Kind. Wie denn? Ist nicht einfach [...].“

Besonders stark ist die Mitbetroffenheit, wenn man selbst kaum Möglichkeiten hat, zur Unterstützung und Entlastung beizutragen. Wenn das eigene Einkommen zu gering ist, um den Kindern unter die Arme zu greifen; wenn Lehrerinnen bemerken, dass Kinder mangelhaft ernährt sind, unzureichende Schulmaterialien haben, an Klassenfahrten und -ausflügen nicht teilnehmen; wenn Erzieherinnen Resignation, Unsicherheit bei den Eltern bemerken, Anzeichen von Vernachlässigung bei den Kindern; wenn Pflegekräfte Merkmale der Verwahrlosung erkennen, z. B. wenn Strom und Wasser abgestellt wurden, Menschen sich bereits aufgegeben haben. Auch Arbeitgeberinnen fühlen sich betroffen, wenn sie aufgrund der Wirtschaftslage nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs oder befristete Verträge anbieten können.

Kirchengemeinden und GKR sind in verschiedenen Funktionen und Rollen gleich mehrfach mitbetroffen: als Arbeitgeberinnen, die z. B. 1-Euro-Kräfte beschäftigen; als Einrichtungen, die Selbsthilfegruppen fördern; als Träger von Kindertageseinrichtungen u. a. Hinzu kommt, dass ihre ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen mitunter an Veranstaltungen, die sie selbst zu organisieren halfen, nicht teilnehmen, weil diese nicht kostenfrei sind, beispielsweise bei Konzerten auswärtiger Künstlerinnen. Sie sind mitbetroffen als Einrichtungen, die für ihren diakonischen Anspruch bekannt und von daher Anlaufstelle für andere Initiativen sind, wie z. B. Tafeln. Vor allem sind sie durch ihre Präsenz in der Fläche involviert, die ihnen fortwährend die Existenz verschiedener Armutsphänomene vor Augen führt.

Alles zusammengenommen kann man für die Uckermark in Teilen von einer gemeinschaftlich erfahrenen Armut sprechen. Die Augen verschließen und Armut sowie Armutsgefährdung als individuelle Probleme einer Minderheit verdrängen, funktioniert hier nicht.

ARMUTSSENSIBLE PRAXIS UND ARMUTSBEZOGENES ENGAGEMENT DER KIRCHENGEMEINDEN

Die Kirchengemeinden haben auf diese Situation schon in vielfältigen Formen reagiert, wie zahlreiche Beispiele armutssensibler Praxis und armutsbezogenen Engagements zeigen, die über die Kirchengemeinden und deren Mitglieder hinausreichen und die gesamte Gemeinschaft in den Städten und Dörfern der Uckermark berücksichtigen. Armutssensible Praxis zielt darauf ab, kirchliche Angebote möglichst umfassend zugänglich zu machen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Zentrale Aspekte sind die Vermeidung finanzieller Hürden und die Unterstützung der Mobilität. Hierunter fallen:

- Konfirmandenunterricht im 14-tägigen Rhythmus mit gemeinsamer gesponserter Mahlzeit sowie monatliche Regionaltreffen mit Fahrdiensten¹⁰, gemeinschaftliche Feste des Lebensverlaufs zur finanziellen Entlastung der Familien wie z. B. die Ausrichtung der Konfirmandenfeier durch die Junge Gemeinde;

- sponsorenfinanzierte Ferienfreizeiten wie das „stille Kanu-Camp“, einer 14-tägigen Kanu-Zelt-Tour, auch im Ausland;
- Angebote für Kinder in Horten, Kitas und Schulen zur Vermeidung von Anfahrtswegen;
- andere regelmäßige Veranstaltungen wie z. B. Gesprächskreise, die in größeren zeitlichen Abständen durchgeführt werden, um Fahrkosten zu sparen und die Logistik zu erleichtern;
- kulturelle Veranstaltungen der Kirchengemeinden ganz ohne finanzielle Beteiligung, mit Eintritt erst ab 16 Jahren, mit Familientarifen u. ä.

Das armutsbezogene Engagement zielt ab auf die Bewältigung spezifischer Armutsbelastungen und findet seinen Ausdruck in folgenden Formen:

- das teilweise verborgene Engagement Einzelner für Einzelne, das z. B. Lehrerinnen gegenüber ihren Schülerinnen zeigen, Pflegekräfte gegenüber den von ihnen Betreuten oder auch Teilnehmerinnen regelmäßiger Kreise mit gegenseitigen Besuchen. Abhängig von der Wahrnehmung und Sensibilität Einzelner wird sehr gezielt auf eine konkrete armutsinduzierte Problemlage reagiert, sei es dadurch, dass Lehrerinnen Schülerinnen zu essen geben oder Stifte, Pflegekräfte Seife und Kleidung mitbringen oder beim Ausfüllen von Anträgen helfen. Oder einfach nur der soziale Beistand, da sein, zuhören, Interesse zeigen;
- das Engagement kleiner Gruppen für Projekte der Einzelfallhilfe: Dies sind z. B. Fonds für Ferienangebote, für die Sponsoren geworben werden und die verwaltet werden müssen. Es gehört dazu die Tafelausgabe wie auch die Einrichtung einer ehrenamtlich betriebenen Teestube. Letztere bieten nicht nur Nahrung und warme Getränke, sondern auch Orte der Zusammenkunft und Begegnung mit Menschen in ähnlicher oder auch ganz anderer Lebenslage;
- das Engagement zur Stärkung von Gemeinschaften ist besonders in der Jugendarbeit anzutreffen und beinhaltet in erster Linie, dass Räume zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem bieten die Kirchengemeinden auch zahlreiche Angebote zur Unterstützung von Beratungs- und Selbsthilfeaktivitäten wie beispielsweise in der Suchthilfe an. Als Einrichtungen, bei denen Ein-Euro-Jobber und geringfügig Beschäftigte, oftmals nach langer Arbeitslosigkeit, tätig werden, begleiten sie diese und versuchen gemeinsam Perspektiven zu entwickeln.

Alle diese Initiativen können nur getragen und die Tätigkeiten nur ausgeübt werden dank eines großen Potenzials an ehrenamtlicher Mitarbeit und einer Vielzahl von Kooperationen – mit Vertreterinnen der politischen Gemeinde, der Diakonie¹¹, von Vereinen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Eine Gruppe von Personen, die häufig als potenzieller Partner übersehen wird, ist die derjenigen, die sich selbst in Lebenslagen der Armut oder des Armutsrisikos finden.

BETROFFENE ALS PARTNERINNEN IM ARMUTSBEZOGENEN ENGAGEMENT

In den Gruppen- und Einzelinterviews kamen zahlreiche Menschen zu Wort, die selbst direkt durch Armut oder Armutsgefährdung betroffen sind. Oftmals sind diese Personen zusätzlich noch mit betroffen, sei es dadurch, dass enge Familienangehörige einkommensarm sind oder dass sie die kollektive Armut der Dörfer und Gemeinschaften hautnah erfahren. Diese Erfahrungen veranlassen sie jedoch nicht zu Resignation und Rückzug, sondern sie zeigen in unterschiedlicher Art Engagement, das auf die Gemeinschaft im größeren oder kleineren Umfeld zielt. Entsprechend ihrer biographischen Erfahrungen sind die Motivlagen und Begründungen sehr unterschiedlich. Grundsätzlich lassen sich sechs Typen von Haltungen gegenüber (bürgerschaftlichem)¹² Engagement identifizieren.

Haltung 1: Kontinuität von Engagement zeigen Personen, die schon zu DDR-Zeiten in Vereinen oder Bürgerinitiativen engagiert waren. Sie versuchen „alte“ Vereine und damit auch die sozialen Beziehungen und Netzwerke aufrechtzuerhalten. Sie sind aber auch durchaus willens, neue Initiativen zu gründen. Man findet sie in GKR, in Selbsthilfegruppen wie Freiwilligenagenturen und Vereinen.

Haltung 2: Engagement als Re-Normalisierung des Alltags findet sich besonders bei chronisch Kranken, Suchtkranken, Langzeitarbeitslosen, die z. B. über Selbsthilfegruppen, geringfügige Beschäftigung oder 1-Euro-Jobs zu den Kirchengemeinden finden. Das Engagement, das dann durch haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiterinnen der Kirchengemeinden begleitet wird, empfinden sie als stabilisierend. Sie erleben dort Selbstwirksamkeit und Schutz, erfahren Anerkennung und finden den Weg aus der Vereinzelung.

Haltung 3: Das selbstverständliche, häufig verborgene Engagement im sozialen Nahraum ist das der Nachbarschaftshilfe und innerfamiliären Unterstützung sowie das selbstverständliche „Mitanfassen“, im Dorf oder in der Kirchengemeinde. Hierunter fällt der Großvater, der die Enkel hütet, damit die Kinder arbeiten gehen können, die Gartenbesitzerinnen, die die Nachbarschaft mitversorgen, der privat arrangierte Fahrdienst, die Beteiligung bei der Organisation von Dorf- oder Gemeindefesten, kurz: die allgemeine Achtsamkeit und Sorge für die Menschen in der nächsten Umgebung, die sich in konkrete Handlungen umsetzt.

Haltung 4: Das verhandelnde Engagement zeichnet sich aus durch eine ausgesprochen kritische Haltung gegenüber politischen Ehrenamtsstrategien. Es ist bei denen anzutreffen, die über geringfügige Beschäftigung in einer Kirchengemeinde zur ehrenamtlichen Tätigkeit gelangten. Diese wollen sie anerkannt haben, nicht ausschließlich immateriell, da sie sich das einfach nicht leisten können. Es geht darum, die Lebenssituation ernst zu nehmen und das Ringen um deren Bewältigung zu fördern.

Bei der Haltung 5, dem Engagement der Überlebensgemeinschaft, findet sich ebenfalls eine ausgeprägte Skepsis gegenüber bürgerschaftlichem Engagement, bei dem die Gefahr der Selbstausbeutung gesehen wird. Als Gruppe jedoch, in diesem Fall die Selbsthilfegruppe, finden sich Menschen mit dieser Haltung bereit, im Rahmen von Veranstaltungen einen Beitrag für die (konkrete) Gemeinschaft zu leisten. Sie tun dies, um eine Einrichtung, die sie als positiv erlebten, zu fördern – in diesem Fall die Kirche.

Haltung 6: Engagement aus Rückverpflichtung und Dank ist meist parallel zu den anderen Haltungen vorhanden. Die Menschen wollen ganz konkret den Gruppen, Einrichtungen, Organisationen, von denen sie selbst Unterstützung erfahren, wieder etwas zurückgeben. Das kann der Verpflichtungscharakter gegenüber der Kirchengemeinde sein:

„Denn unterm Strich habe ich von dieser evangelischen Gemeinde mehr gehabt wie von allen Behörden oder Ämtern. [...] Ich sage: ‚Nee, ich gehöre keiner Konfession an und so weiter, aber ich will einfach auf meinem Weg hin wiedergeben, was ich bekommen habe.‘“ (Andreas, Mitte 50)

Aber auch gegenüber der Gesellschaft als Ganzer: *„Ich krieg doch einen Bezug¹³, dann kann ich mich doch ein bisschen einbringen.“ (Anita, Anfang 50)*

KIRCHENGEMEINDLICHES ENGAGEMENT GEGEN ARMUT STÄRKEN

Kirchengemeinden verfügen über große Potenziale, wenn es darum geht, armutssensible Praxis zu entwickeln und armutssensibles Engagement zu zeigen. Die Organisation der evangelischen Kirche in Parochien, wodurch für jeden entsprechend seines oder ihres Wohnortes immer eine Kirchengemeinde zuständig ist, sichert selbst in den weitgehend entkirchlichten neuen Bundesländern die Präsenz in der Fläche. Die Mitarbeiterinnen der Kirchengemeinden kennen die Bedingungen vor Ort sehr gut. Sie nehmen Armut in unterschiedlichen Formen wahr, sie wissen um den Bedarf wie um die Bedürfnisse materieller und nicht-materieller Art von Individuen und von Gemeinschaften. Für die Realisierung einer Vielzahl von Aktivitäten verfügen sie über hochengagierte haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und sie können als Partnerinnen auch Menschen gewinnen, die sich selbst in Lebenslagen der Armut oder der Armutsgefährdung befinden. Dennoch stoßen sie häufig an Grenzen, sowohl als Individuen als auch als Gemeinden und Gemeinschaften. Potenzial und Engagement sollten daher auf mehreren Ebenen unterstützt werden, wofür die Diakonien natürliche Partner sind.

Die Mitglieder der GKR sollten unkompliziert die Möglichkeit haben, an Beratungs- und Schulungsangeboten teilzunehmen. Hierzu

gehören Schulungen zur Wahrnehmung und Thematisierung von Problemlagen, z. B. bei Hausbesuchen: Woran erkennt man, dass es einen Hilfebedarf gibt? Und wie kann man dies ansprechen, ohne Grenzen zu überschreiten? Den Kirchengemeinden sollten entsprechende Informationen über Schulungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Mitunter mangelt es den Engagierten auch schlicht an Expertise zu einigen Themen, so dass Informationen hierüber hilfreich wären. Information sollte auch verfügbar sein zu Hilfs- und Beratungsangeboten bzw. Anlaufstellen für Menschen in verschiedenen Problemlagen. So sehr ehrenamtliches Engagement auch von Herzen oder aus christlicher Nächstenliebe erfolgt, Anerkennung hat motivierende und unterstützende Kraft. Angesichts der verbreiteten Armutssituation in der Uckermark sollten hierbei neben Formen der nicht-materiellen Anerkennung auch materielle Anerkennung in Erwägung gezogen werden.

Die Gemeinden bzw. die GKR können in ihrem Engagement auf verschiedene Art unterstützt werden. Vor jedem Engagement steht die Entscheidung, in einem konkreten Fall oder Feld aktiv zu werden – diese Entscheidungen zu treffen kann für manche Gremien, in denen divergierende Vorstellungen herrschen, eine große Herausforderung darstellen. Hilfe bei der Zielfindung, Klärung von Verantwortlichkeiten und Mediation sollten den Kirchengemeinden als Angebote verfügbar sein. Bei manchen Vorhaben kann eine Kooperation zwischen Diakonie und Kirchengemeinde sinnvoll sein oder die Diakonie kann bei der Suche nach Kooperationspartnerinnen helfen. Ein wichtiger Aspekt stellt natürlich die Finanzierung dar. Diese kann in direkter finanzieller Unterstützung der Kirchengemeinden für einzelne Projekte erfolgen, aber auch durch gezielte Information zur Erschließung von Förderprogrammen.

Kirchengemeinden haben über ihre Angebote und Mitarbeiterinnen einen direkten Zugang zu den Menschen vor Ort. Sie können deshalb in manchen Fällen die „bessere“ Anlaufstelle für diakonisches Handeln sein als die Einrichtungen der Diakonie selbst. Sie sind, neudeutsch gesprochen: niedrigschwelliger zu erreichen. Dieses Potenzial sollte nicht ungenutzt bleiben.

PD DR. HILKE REBENSTORF

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD,
Hannover

ANMERKUNGEN

- ¹ Jenichen, Susann / Nordheim, Wolf von: Armut in der Uckermark, in: Ländlicher Raum 1/2013, S. 39.
- ² Vgl. Jenichen, Susann / Nordheim, Wolf von: Kirchengemeinden und Armut in strukturschwachen Regionen. Vortrag beim Gesamtephorenkonvent der EKBO am 15.5.2013, <http://www.ekd.de/si/projekte/17503.html>
- ³ Damit sind alle Geschlechtsidentitäten mitgedacht.
- ⁴ Landkreis Uckermark: Wegweiser Kommune, Stand: 25.10.2014.
- ⁵ Da Land- und Kirchenkreis räumlich nicht exakt übereinstimmen, kann diese Zahl nur als Näherungswert verstanden werden.
- ⁶ Wolf von Nordheim, Theologe und Probst a.D., und Dr. Susann Jenichen, Soziologin.
- ⁷ Jenichen, Susann: Sensibel für Armut. Kirchengemeinden in der Uckermark (Arbeitstitel), 2015.
- ⁸ Vgl. „Armut“ im Glossar des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), http://www.diw.de/de/diw_01.c.411565.de/presse/diw_glossar/armut.html, Stand: 21.11.2014.
- ⁹ 14,5 % der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren sind funktionale Analphabeten, d. h. sie können vielleicht lesen, Texte aber nicht verstehen; vgl. Grotlüschen, Anke / Riekman, Wibke (Hrsg.): Funktionaler Analphabetismus in Deutschland. Ergebnisse der ersten leo. – Level-One Studie, Münster 2012.
- ¹⁰ Aufgrund der geringen Zahl von Kirchenmitgliedern gibt es auch nur wenige Konfirmanden, die über die Dörfer verstreut leben, häufig nur einen Konfirmanden pro Dorf. Teilnahme am Konfirmationsunterricht ist immer mit Wegen verbunden.
- ¹¹ Das Diakonische Werk des Kirchenkreises wurde zum 1.1.2012 aufgelöst, die Einrichtungen von den Johannitern übernommen.
- ¹² Entsprechend gängiger Definition bürgerschaftlichen Engagements, das dezidiert Engagement nur bezogen auf Dritte, also jenseits der Familienbezüge, umfasst (vgl. z. B. Corsten, Michael / Kauppert, Michael / Rosa, Hartmut: Quellen bürgerschaftlichen Engagements, Wiesbaden 2008) ist dieses Engagement nicht immer als bürgerschaftliches zu bezeichnen. Die sich hierin ausdrückenden Haltungen sind aber denen bürgerschaftlich Engagierter vergleichbar.
- ¹³ Gemeint ist der Bezug von ALG II.

SOZIALE GEMEINDEN – TEILHABECHANCEN BIETEN

INKLUSIONS- UND SOZIALRAUMPROJEKT „WIR – DAHEIM IN GRABEN!“

Keine Standardlösung, aber der richtige Weg

BERNHARD GATTNER || Die Gemeinde Graben im Landkreis Augsburg hat sich zusammen mit der Caritas eine Projektlösung überlegt, wie man die ganze Gemeinde dabei einbinden kann, Hilfsbedürftige – gerade ältere, immobil gewordene Mitbürger – vor Ort zu unterstützen. Im Rathaus wurde ein zentrales Büro eingerichtet, das Angebot und Nachfrage von Hilfe füreinander koordiniert und Rahmenbedingungen für ein Miteinander schafft. Die Bürger können so gegenseitig für sich sorgen; wer kann, hilft mit, wer nicht mehr kann, lässt sich helfen.

VORWORT

Die Prognosen für Deutschland sind nicht berauschend. Die demographische Entwicklung zeigt eine eindeutige Tendenz. Der Bevölkerungsrückgang ist nicht mehr aufzuhalten.¹ Immer weniger Mütter haben viel zu wenige Kinder.² Man spricht von einer „schrumpfenden Gesellschaft“.³ Insbesondere Dörfer sehen einer ungewissen Zukunft entgegen.⁴ „Das soziale Leben in vielen Dörfern stirbt.“⁵ Selbst eine jährliche Zuwanderung von 150.000 Menschen kann diese Entwicklung nicht stoppen.

Bayern unterscheidet sich gemeinsam mit Baden-Württemberg (noch) von den anderen Bundesländern Deutschlands. Bayern wächst, nicht nur, aber am stärksten im Groß-Wirtschaftsraum München, während insbesondere Landkreise im Norden Bayerns bereits jetzt unter Bevölkerungsrückgang leiden. Spätestens ab 2030 wird auch in München der Zuwachs an jungen Menschen unter 20 Jahre abnehmen, wie es bereits heute in 96 deutschen Raumordnungsregionen der Fall ist. Dann wird es auch in Bayern heißen: „Weniger Kinder und Jugendliche bedeuten eine starke Alterung und einen langfristigen Rückgang der Bevölkerung.“⁶

Weitere Entwicklungstendenzen sind daran gekoppelt: die Überalterung der Gesellschaft, die

statistische Zunahme der Pflegebedürftigkeit,⁷ die Abwanderung der jungen bzw. jüngeren Menschen aus dem ländlichen Raum hin zu den attraktiven Arbeitsplätzen in Ballungsräumen, Ausdünnung der sozialen Infrastrukturen auf dem Land, Verdichtung der Mobilität in Ballungsräumen, Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Land, Wettbewerb der sozialen Anbieter in Städten, Rückzug von sozialen Dienstleistungen aus dem ländlichen Raum. Daraus – und nicht nur daraus – leiten sich große Herausforderungen für die Gesellschaft wie auch jede einzelne Kommune ab,⁸ zumal das Grundgesetz dem Bund in Artikel 72 Absatz 2 vorschreibt, für die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im ganzen Land zu sorgen.⁹

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Institute für Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam, und Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, raten in ihrem Vorwort zu der bereits zitierten Studie „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“, von Standardlösungen abzukommen und sich vielmehr mit der Frage zu konfrontieren, wie man denn das „Gegenteil von Standardlösungen“ plane. Oder wie sieht die „Suche nach dem Wohlergehen im Schrumpfland“ aus?¹⁰

DIE GEMEINDE GRABEN AUF DEM WEG ZU EINER „NICHT-STANDARDLÖSUNG“

Spricht man über den demographischen Wandel, dann fokussiert sich die Diskussion auf den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung der Gesellschaft. Erst in einem zweiten oder dritten Schritt folgen Analysen der Konsequenzen für die Wirtschaft, die Umwelt und die finanziellen Ressourcen.

Andreas Scharf, Bürgermeister der Lechfeldgemeinde Graben im Landkreis Augsburg, hatte das gleiche Problem wie viele andere Landgemeinden in Bayern auch. Er wollte gemeinsam mit dem Gemeinderat Vorsorge dafür treffen, dass alte Menschen, die ihren Alltag nicht mehr allein bewältigen können, in einer stationären Einrichtung betreut und gepflegt werden könnten. So fragte er die Bürger, ob sie diesen Plan für sinnvoll hielten. Die Mehrheit war begeistert. Die Standardlösung wäre nun gewesen: der Bau eines Hauses für betreutes Wohnen mit eingestreuter Tagespflege.

Bürgermeister Scharf fragte dann in einem zweiten Schritt nach, wer denn tatsächlich dieses Haus dann auch beziehen wolle. Aus der allgemeinen Zustimmung wurde allgemeine Zurückhaltung. Grabens Bürgermeister hätte es erneut bei einer Standardlösung belassen können: kein Bau, keine Vorsorge. Er hakte erneut nach: Was ist denn dann euer Wunsch? Die Antwort: Wir wollen so lange wie möglich daheim bleiben.

Er suchte das Gespräch mit der Caritas. Er versuchte den katholischen Wohlfahrtsverband ins Boot zu holen. Der Caritasverband für die Diözese Augsburg war bereit zum Gespräch, nicht aber für eine punktuelle Lösung, die nur einer Gruppe der Einwohnerschaft Grabens zu Gute kommen würde, nämlich den älteren Menschen.

DAS GANZE DORF

Die Caritas ist gemäß ihrem Auftrag dem ganzen Menschen verpflichtet, ohne Ausnahme, ob alt oder jung, krank, behindert oder gesund, arm oder reich. Sie setzt sich ein für die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, in der es normal ist, dass jemand anders ist, in der man keine Etikettierung wie inklusiv mehr benötigt.¹¹

Peter Hell, Leiter des Referates Alten-, Behinderten-, Gesundheitshilfe, Autismus und Hospiz des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V., definiert Inklusion wie folgt: „Inklusion bedeutet die selbstverständliche Einbezogenheit aller Menschen in ihren jeweiligen sozialen Kontexten mit gleichberechtigten Zugängen zu Teilhabe und Teilgabe. Sie ist zunächst nur als Weg, aber nicht als Ziel begreifbar.“¹²

Mit dieser Definition greift die Caritas einerseits die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 auf, die 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde.¹³ Demnach dürfe niemand wegen einer Behinderung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Andererseits erweitert die Caritas das Inklusionsverständnis. Inklusion schließe schließlich alle ein – ohne Unterschiede.

Das ganze Dorf soll demnach einbezogen werden. Keiner darf ausgeschlossen werden. Der Gehirnforscher Gerald Hüther fordert als wesentliches Merkmal für eine zukunftsfähige Kommune einen „Kulturwandel“: „Immer mehr Mitglieder der Kommune müssten spüren, dass sie mit allen anderen auf eine tiefere Art und Weise verbunden sind, als das bisher von ihnen erlebt worden ist. Sie müssten wieder spüren, dass jedes Mitglied ihrer Kommune mit seinen besonderen Erfahrungen, seinem Wissen und seinen Fähigkeiten dazugehört und gebraucht wird, um dieses Zusammenleben zu gestalten. Und zwar so, dass die in jeder Kommune vorhandenen Entwicklungspotenziale endlich zur Entfaltung kommen können. Dass nicht nur jedes einzelne Mitglied der betreffenden Kommune wieder Lust darauf bekommt, sich einzubringen und seine Möglichkeiten für eine engere Weiterentwicklung zu entdecken, sondern sich alle gemeinsam darum bemühen, ihre Kommune zu einem lebendigen Ort des Voneinander-Lernens und Miteinander-Gestaltens der dort vorhandenen Möglichkeiten werden zu lassen.“¹⁴

Die Gemeinde Graben, Gemeinderat und Bürgermeister Scharf ließen sich auf die Überlegungen der Caritas ein. Bürgermeister Scharf wusste aus vielen Gesprächen: Die Einwohner seiner Gemeinde wollen so lange, wie es irgendwie nur geht, daheim wohnen bleiben können, auch wenn sie alt oder behindert, immobil oder sozial schwach sind. Wie kann dies gelingen?

DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR NEUE WEGE

Graben bot sich aus drei Gründen als Projektgemeinde an. Diese Kommune zählt erstens „nur“ etwa 3.800 Einwohner und ist damit gut überschaubar. Dank dieser Einwohnerzahl und Größe kann sie als Mustergemeinde für viele ländliche Gemeinden in Bayern betrachtet werden, denn rund ein Drittel der bayerischen Bevölkerung lebt in Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern. Der zweite Grund: Dort bestand und besteht ein starker politischer Wille, neue Wege zu gehen, um die Herausforderungen für die Zukunft bewältigen zu können. „Ohne diese Bereitschaft geht es auch nicht“, wie Prof. Dr. phil. Annette Plankensteiner, Professorin für Theorien und Methoden Sozialer Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart beim Fachtag „Damit unser Ort Zukunft hat! – Teilhabe, Inklusion und Sozialraumorientierung“ am 8. Dezember 2014 in Augsburg deutlich unterstrich.¹⁵ Gleichzeitig bestanden drittens die uneingeschränkte Bereitschaft der Gemeinde, sich auf die Expertise der Caritas als Wohlfahrtsverband mit vielfältigsten Erfahrungen in der sozialen Arbeit einzulassen, wie auch die Bereitschaft der Caritas, auf die Gemeinde mit ihren Rahmenbedingungen einzugehen.

DAS INKLUSIONS- UND SOZIALRAUMPROJEKT „WIR – DAHEIM IN GRABEN!“¹⁶

Lange war an dem Projekt gefeilt worden, bevor Anfang April 2013 für das bis zum Frühjahr 2016 dauernde Projekt der offizielle Startschuss gegeben wurde. Der schließlich gefundene Projektname „Wir – DAHEIM in Graben!“¹⁷



umschreibt im Kern, worum es geht. Alle Bürger der Gemeinde Graben sind gefordert. Das hohe Ziel in Graben, „DAHEIM“ bleiben zu können – mit und trotz aller wie auch immer gearteten Einschränkungen –, umschreibt die positive Zukunftsversion. Das Kernziel des Pro-

jektes ist es dabei herauszufinden, wie inklusions- und sozialraumorientierte Hilfen gestaltet werden können, damit das Ziel erreicht werden kann.

Doch wie sollte dieser neue Weg aussehen? Auch wenn die Fachleute der Caritas klare Vorstellungen hatten,¹⁸ eines stand ihnen immer klar vor Augen: Eine Idee taugt nicht, wenn sie nicht geerdet wird und nicht überprüfbar ist. Geerdet ist sie nur, wenn die Menschen vor Ort mit auf den Weg genommen werden. Überprüfbar kann sie nur dann sein, wenn von Beginn an eindeutige Daten erhoben werden und die Umsetzung der Idee ständig beobachtet, diskutiert und ausgewertet wird. Damit kann schließlich auch das Ziel der Caritas erreicht werden, das man immer klar vor Augen hatte: Das, was man in Graben lernt, davon sollen auch andere ländliche Gemeinden profitieren können.

Das Projekt steht deshalb auf sechs Säulen:

1. Erarbeitung des Konzeptes aufgrund aktueller fachlicher Expertise;
2. Beteiligung der Bürger während der ganzen Projektphase;
3. umfassende Bürgerbefragung und deren umfängliche wissenschaftliche Auswertung (Sozialraumanalyse) durch den Lehrstuhl für Humangeographie und Geo-Informatik der Universität Augsburg, wobei die Ergebnisse der Sinus-Milieu-Studie berücksichtigt wurden;¹⁹
4. Zukunftswerkstatt für alle Bürger der Gemeinde Graben;
5. umfassende wissenschaftliche Begleitung und Auswertung durch den Lehrstuhl für Soziologie der Universität Augsburg;²⁰
6. kontinuierliche Umsetzung durch eine sozialpädagogische Fachkraft im „Büro Inklusives Graben“ als ständiger Ansprechpartner für die Bürger. Das „Büro Inklusives Graben“ hat dabei folgende Aufgaben:
 - a. Information, Beratung und Vermittlung;
 - b. Kooperation und Vernetzung (auch mit professionellen sozialen Dienstleistern auf dem Lechfeld. Stichwort: Welfare-Mix);
 - c. Schaffung von Kommunikationsstrukturen;
 - d. Öffentlichkeitsarbeit.

DAS „BÜRO INKLUSIVES GRABEN“

Wann immer die Politik feststellt, dass der Staat nicht mehr alles leisten kann, hört man den Ruf nach der Zivilgesellschaft, die in die eingetretene bzw. vorhandene Lücke springen soll. Engagierte Bürger sollen es richten. Die Zivilgesellschaft rutscht in die Rolle als „tragende Säule sozialstaatlicher Strukturen“.²¹ Die Caritas hat seit jeher die Bedeutung und die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements unterstrichen. Sie versteht sich selbst auch als Solidaritätsstifterin, die selbst in ihren Einrichtungen auf vielfältigstes unbezahltes Engagement von unzähligen Frauen und Männern angewiesen ist. Genau deshalb weiß der katholische Wohlfahrtsverband aber auch, dass es mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Engagements nicht getan ist.

Ehrenamt muss angestoßen, begleitet, vernetzt und wieder erneut angestoßen, begleitet und vernetzt werden. Dazu braucht es Organisatoren und Motivatoren. Diese zu finden und ihnen den entsprechenden Raum und die entsprechenden Möglichkeiten für ihre Aufgaben bereitzustellen, ist eine Kernaufgabe für jede Kommune, wenn sie ihr „bürgerschaftliches Austrocknen“ verhindern will.²²

Kernbestandteil des Projektes „Wir – DAHEIM in Graben!“ ist deshalb eine ständige professionelle Begleitung. Eine sozialpädagogische Fachkraft wurde angestellt. Das „Büro Inklusives Graben“ wurde bewusst im Rathaus untergebracht. Wenn es dazu beitragen soll, Menschen miteinander zu vernetzen, darf es nicht ausgelagert werden, sondern muss mit der Verwaltung im Rathaus auch räumlich vernetzt sein. Zudem ist das Rathaus in jeder ländlichen Gemeinde eine zentrale Anlaufstelle.

Von Beginn des Projektes im Frühjahr 2013 an streckte Vera Lachenmaier als die verantwortliche sozialpädagogische Fachkraft die Fühler aus. Feste Zeiten für die „offenen Sprechstunden“ wechselten sich mit Besuchen bei Vereinen oder von öffentlichen Veranstaltungen und gezielten Begegnungen im öffentlichen Raum auf der Straße ab.

Zudem organisierte das „Büro Inklusives Graben“ eine „Zukunftswerkstatt“, die unterschiedliche Ideen zu den Themenbereichen „Mobilität“, „Nahversorgung“, „Gemeindeleben“

und „Wohnen“ entwickelte. Weitere Begegnungen wurden vorbereitet und begleitet, die diese Themenbereiche aufgriffen und Stück für Stück beleuchteten. Die Ergebnisse finden sich in der inzwischen veröffentlichten Informationsbroschüre „Wir – DAHEIM in Graben – Lagerlechfeld hilft in vielen Lebenslagen!“, die im Juni 2014 erschienen ist. Diese Broschüre spiegelt die Bedürfnisse wider, die die Bürger für sich selbst erkennen.

Der bereits vor dem Projektbeginn bestehende, allerdings etwas eingeschlafene ehrenamtliche Helferpool der Gemeinde wurde reaktiviert. Wo klare und eindeutige Hinweise bestehen, wer welche Hilfe benötigt, dort kann sich das Ehrenamt, das freiwillige Engagement für Mitbürger, entwickeln.

Vernetzung ist das Ziel, das das Projekt und mit ihm das „Büro Inklusives Graben“ verfolgt. Soziales Engagement wird nicht gegen anderes ehrenamtliches Engagement in Kirchen, Musik-, Schützen- oder Sportvereinen ausgespielt. Es kommt vielmehr darauf an, dass die einen von den anderen wissen, ihre organisatorischen Abgrenzungen öffnen zu Begegnungen mit anderen Kreisen. So entsteht ein Netzwerk wirklich aller in der Gemeinde und die Barrieren untereinander schwinden. Ein Grabener hat es wie folgt ausgedrückt: „Dorfgemeinschaft und das, ich glaube, das kommt jetzt besser zur Geltung als es früher war.“²³

DIE SOZIALRAUMANALYSE²⁴

Eine Besonderheit des Projektes besteht in der wissenschaftlichen Begleitung. So wichtig es ist, die Bürger von Anfang an einzubinden und sie danach zu fragen, was sie für notwendig für ein gutes Miteinander und damit auch für die eigenen Zukunft erachten, so unerlässlich ist es auch, wissenschaftlich nachprüfbare Daten als Basis für weitere Entscheidungen und Vergleiche zu haben.

Die Sozialraumanalyse untergliederte die Gemeinde Graben mit ihren beiden Ortsteilen Graben und Lagerlechfeld-Nord in sieben Sozialräume und diese dann in insgesamt elf kleingliedrigere „räumliche Nachbarschaften“. Die Befragung der 1.751 Haushalte ermöglichte es dem Lehrstuhl für Humangeographie der Universität Augsburg detailliert festzuhalten, wo

wer in welchem Alter mit welchen Bedarfen und Wünschen lebt. Der Analyse zufolge hatte Graben am 1. Dezember 2012 eine Gesamtbevölkerung von 3.655 Einwohnern mit 664 Personen, die 65 Jahre und älter sind. Bis 2021 wird der Anteil dieser Altersgruppe um 37,2 % zunehmen, während die 18- bis 65-Jährigen um 2,7 % mehr und die Unter-18-jährigen um 11 % abnehmen werden. Die Zahl der Hochbetagten ab 75 Jahren werden von derzeit 174 Personen auf etwa 300 anwachsen.

Die Analyse fragte auch die Barrierefreiheit der Wohnungen ab. Zudem wurde erhoben, wer bereits im Haushalt Personen unterstützt und wer sich vorstellen könnte, dies künftig zu tun. Diese Ergebnisse wurden über die Daten der Hilfebedarfe gelegt. So kann man erkennen, in welcher Nachbarschaft ausreichendes Hilfepotenzial prinzipiell vorhanden ist und wo nicht. „Jetzt wissen Sie, wo Probleme bestehen oder entstehen können“, sagt Manfred Agnethler vom Lehrstuhl der Universität Augsburg bei der Vorstellung der Ergebnisse im September 2013.²⁵

Darüber hinaus wurden für die Sozialräume Lebensstiltypen entsprechend der Sinus-Milieus²⁶ abgeleitet, d. h. eine Typisierung anhand von Monatseinkommen, Engagement sowie konservativer, aufstiegsorientierter oder liberaler Einstellung.

Diese Sozialraumanalyse wurde zusammen mit den Bürgern wiederum für ihre Themengruppen genutzt. Die erhobenen Bedarfe konnten berücksichtigt und gegebenenfalls ergänzt und konkretisiert werden.

DAS SIGNAL DER KOOPERATIONSBEREITSCHAFT UND DER SOZIALRAUM

Am Anfang war eine hohe Bereitschaft zur Kooperation, zu einem Miteinander für die Zukunft aller Menschen in Graben. Das Projekt „Wir – DAHEIM in Graben!“ spiegelt dies in seiner Anlage wider. Gleichzeitig war den Hauptbeteiligten – Caritas und Gemeinde – bewusst, dass sie beide allein die finanziellen Kosten für das Projekt nicht würden stemmen können. Bevor schließlich die Eröffnung des „Büros Inklusives Graben“ Anfang April 2013 startete, waren neben dem Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V. und der Gemeinde

Graben der Landkreis Augsburg und das Begegnungsland Lech-Wertach e.V. gewonnen. Aktion Mensch und der Freistaat Bayern fördern das Projekt.

Grabens Bürger sind stolz auf „ihr“ Projekt. Sie bringen ihre Ideen mit ein, sie engagieren sich, auch weil sie wahrnehmen, dass sich etwas tut in ihrer Gemeinde. Des Weiteren nehmen sie spürbar wahr, dass das Projekt alles andere will, als nur auf die ältere Bevölkerung mit ihren altersbedingt wachsenden Bedürfnissen zu schauen. Es ist die Erkenntnis und damit auch die Zustimmung zu dem Projekt gewachsen, weil das Projekt allen verdeutlicht, dass das große Thema der Zukunft ihrer Gemeinde nicht nur alle angeht, sondern auch alle in den Blick nimmt. Das Motto lautet demnach: nicht wenige für wenige, sondern alle für alle, eine „Kultur der Mitverantwortung aller Bürger für alle Bürger“.²⁷

Hierin unterscheidet sich in einem weiteren Punkt das Projekt von anderen Ansätzen in anderen Orten. Zumeist kümmert man sich um einzelne, spezifische Bedarfe. Dann versucht man Ehrenamtliche dafür zu gewinnen, die in diesem Bereich auch helfen wollen. Dieser Ansatz, so Dietmar Bauer, der Leiter des Sozialbereiches des Augsburger Diözesan-Caritasverbandes am Fachtag „Damit unser Dorf eine Zukunft hat“ in Augsburg am 8. Dezember 2014, verenge aber den Blick auf den Einzelnen. Dabei könne das soziale Umfeld des Betreffenden übersehen werden. Deshalb baute die Caritas das Projekt nicht nur auf der Zielvorstellung der Inklusion auf. Das Projekt nahm von Anfang an den gesamten Sozialraum Graben mit in den Blick. In diesem Sozialraum seien die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, „damit die Menschen miteinander die Probleme auch selber lösen können“.²⁸

Aus der klaren und eindeutigen politischen Willensentscheidung, dem Vertrauen auf die Fachexpertise der Caritas und deren Ratschläge und Ziele, der Unterstützung aus der Region, dem Freistaat und der Aktion Mensch entwickelte sich ein neues Miteinander vor Ort. Der schon vor Projektbeginn bestehende Helferpool erlangte neues Leben. Heute zählt er 44 ehrenamtliche Helfer und hat über 100 Aufträge für eine Leih-Oma, Leih-Opa oder -Tante, einen

Besuchsdienst und viele andere kleine Dienste. Ein offener Markt bietet jede Woche einmal in seinen Marktständen gesunde und gute Lebensmittel aus der Region an, Hinzugezogene beginnen, auf die alteingesessenen Einheimischen zuzugehen und die traditionell gewachsenen Barrieren zu überwinden, auch weil man durch die Aktivitäten und das Engagement der Caritas-Mitarbeiterin Lachenmaier im „Büro inklusives Graben“ mehr voneinander zu wissen beginnt. Erstaunlich in Graben ist auch eine andere Entwicklung, die inzwischen eingetreten ist. Eigentlich erzählten die Menschen keinem anderen etwas davon, dass man Hilfe benötige. Ebenso schämte man sich, Hilfe annehmen zu müssen. Dieses Bestreben, die persönliche Sphäre zu schützen, und die Zurückhaltung bei der Annahme von Hilfe²⁹ konnte jedoch inzwischen in Graben weitgehend überwunden werden.³⁰ „Viel mehr Menschen lassen sich jetzt auch helfen und empfinden es als normal“, sagte Grabens Bürgermeister Scharf beim Fachtag der Caritas.³¹

Das ist ein erstaunliches Ergebnis des Entwicklungsprozesses seit Beginn des Projektes. Das Ziel der Inklusion, das den Anstoß dazu gibt, über den Rand der eigenen Bedürfnisfelder hinauszublicken, und dessen Einbindung in den Sozialraum, die jeden Bürger in seinem Daheim-Sein ernst nimmt, bewirkten, dass die Bürger Grabens heute mehr aufeinander eingehen und mehr bereit sind, sich füreinander zu engagieren, als zuvor. Das Projekt kommt damit offensichtlich bei den Menschen in Graben an. „Es entstand eine neue Identität“, so die Soziologin Prof. Dr. Annette Plankensteiner von der Dualen Hochschule in Stuttgart am Fachtag. „Man versteht sich nicht mehr als Gräbinger und Lagerlechfelder nach den beiden Gemeinde-Ortsteilen, sondern als LagerlechfeldGraber.“³²

DIE SORGEFÄHIGKEIT DER MENSCHEN VOR ORT

Prof. Dr. Thomas Klie, der das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (Freiburg / Hamburg) leitet und Mitglied der 7. Altenberichtscommission der Bundesregierung ist, fordert in seinem nachdenklich stimmenden Buch „Wen kümmern die Alten?“, dass die Vorsorge

für das Alter sich nicht auf den Abschluss einer Lebensversicherung, auf eine Zusatzpflegeversicherung oder die Anmeldung in einem Pflegeheim reduzierten lassen dürfe.³³ Auch wenn er sich in seiner Studie ausschließlich den „Alten“ widmet, so trifft doch sein Kerngedanke auch auf die Frage des Zusammenhalts aller Menschen bzw. Einwohner einer Kommune insbesondere im ländlichen Raum zu. Bei der o. g. Art der Vorsorge konzentrierte man sich, so Klies Kritik, „ausschließlich auf die Befürchtungen“. Und weiter: „Diese Art der Vorsorge birgt kaum etwas von dem in sich, was eine Caring community ausmachen kann oder sollte: das Versprechen und die Zuversicht, dass wir füreinander Sorge tragen und für uns gesorgt ist – dies aber im Modus der Aktivität und nicht der Passivität, die alles auf sich zukommen lässt. In diesem begründeten Vertrauen liegt die Sorgefähigkeit der Gesellschaft im Kleinen, nicht der Gesellschaft im Großen [...] Von der Sorgefähigkeit der Menschen vor Ort in ihren unterschiedlichen Spielarten hängen die Stabilität des Gemeinwesens und seine Zukunftsfähigkeit ab.“³⁴

Das Inklusions- und Sozialraumprojekt „Wir – DAHEIM in Graben!“ südlich von Augsburg trägt einen entscheidenden Teil dazu bei, diese Sorgefähigkeit (ausdrücklich wird nicht von Fürsorgefähigkeit gesprochen), ein selbstverständliches Mit- und Füreinander, zu wecken, zu begleiten, zu fördern und nachhaltig zu gestalten. Das gelingt im Rahmen des Projektes, wie erste Zwischenberichte belegen,³⁵ weil „Wir – DAHEIM in Graben!“ als Inklusions- und Sozialraumprojekt konsequent vom Menschen her gedacht und gestaltet wurde und entsprechend weiterentwickelt wird. In Graben wurden Rahmenbedingungen und geeignete Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Mitglieder der Kommune Graben „[...] ihre Beziehungen so gestalten, dass sie ihr Zusammenleben als bereichernd empfinden, dass sie aufeinander zugehen statt sich voneinander abzugrenzen, dass es ihnen Freude macht, an der Weiterentwicklung des kommunalen Lebens mitzuwirken. Dass ihnen die zukünftige Entwicklung ihrer Kommune am Herzen liegt, und nicht zuletzt, dass es ihnen ein tiefes inneres Bedürfnis ist, den in ihrer Kommune hinein-

wachsenden Kindern und Jugendlichen die Erfahrung zu ermöglichen, dass sie mit ihren jeweiligen Begabungen und Talenten der eigentliche Schatz dieser Kommune sind, den es zu entdecken und zu entfalten gilt.“³⁶

Der Gehirnforscher Hühner meint, dass eine Kommune, der das gelinge, über „kommunale Intelligenz“ verfüge.³⁷ Klie will, dass die „Kraft zum Menschsein“ bewahrt werde.³⁸ Das Inklusions- und Sozialraumprojekt „Wir – DAHEIM in Graben!“ will während seiner dreijährigen Projektphase dafür die Voraussetzungen schaffen und gleichzeitig Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels insbesondere auf dem Land geben.

Die Ansätze und bislang erreichten Veränderungen ermutigen dazu, den Weg weiterzugehen. So zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Gemeinde Graben auch nach Beendigung der Projektphase in 2016 das „Büro Inklusives Graben“ weiterführen wird. Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg, zu dem die Gemeinde Graben gehört, will bei den anderen Bürgermeister des Landkreises für die Ansätze des Projektes in Graben werben. Seine Stellungnahme zu dem Thema: „Angesichts der demografischen Entwicklung sollte dies Thema Nr. 1 bei allen Bürgermeistern sein.“³⁹

|| BERNHARD GATTNER

Leiter Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Fundraising, Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V.

ANMERKUNGEN

- ¹ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem Institute für Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V. Potsdam (Hrsg.): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin 2013; sowie Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet, Bonn 2011; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006 (Presseexemplar).
- ² „Wenn – wie dies seit drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik mit kleinen Schwankungen kontinuier-

lich der Fall ist – sich eine Frauengeneration über die Generationen hinweg nur noch zu etwa zwei Dritteln ersetzt, so bedeutet dies, dass 1000 Frauen nur noch 667 Töchter und 444 Enkelinnen und 296 Urenkelinnen bekommen. Wir stehen derzeit am Beginn der Enkelphase der geburtenschwachen Jahrgänge ab 1973, während die Enkelphase der Baby-Boomer aus den 1960er-Jahren abklingt. Ein neuerlicher Geburtenrückgang ist damit für die kommenden Jahre vorprogrammiert, und er wird sich beschleunigt fortsetzen, solange nicht die mittlere Kinderzahl pro Frau nachhaltig steigt.“; vgl. Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Bonn 2005, S. 52.

- ³ Vgl. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft.
- ⁴ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet, Bonn 2011, S. 30.
- ⁵ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem Institute für Advanced Sustainability Studies (IASS) e.V. Potsdam (Hrsg.): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin 2013, S. 56.
- ⁶ Ebd. siehe auch Berlin-Institut / IASS: Vielfalt statt Gleichwertigkeit, S. 11.
- ⁷ BBSR-Berichte KOMPAKT 11/2011: Bildung, Gesundheit, Pflege – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur, www.bbsr.bund.de
- ⁸ An dieser Stelle sei ausdrücklich die sehr lehrreiche Darstellung der Problematik in Berlin-Institut / IASS: Vielfalt statt Gleichwertigkeit empfohlen.
- ⁹ Vgl. Berlin-Institut / IASS: Vielfalt statt Gleichwertigkeit, S. 5.
- ¹⁰ Berlin-Institut: Die demografische Lage der Nation, S. 4.
- ¹¹ Vgl. Magg, Andreas: Es geht um das Leben. Eine Standortbestimmung der Neuevangelisierung im Licht der Caritas, in: Neue Evangelisierung – Kirche konkret. Personen – Positionen – Perspektiven. FS für Bischof Dr. Konrad Zdarsa zum 70. Geburtstag, hrsg. von Harald Heinrich, Bertram Meier und Gerda Riedl, Paderborn 2014, S. 332-335. Dr. Andreas Magg ist Diözesan-Caritasdirektor und Domkapitular der Diözese Augsburg.
- ¹² Hell, Peter: Inklusion – Wert und Inhalt eines bedeutenden Begriffs. Workshop 1 am Fachtag des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V., „Damit unser Ort Zukunft hat! – Teilhabe, Inklusion und Sozialraumorientierung“ am 8.12.2014 in Augsburg, siehe www.caritas-augsburg.de/wir-dah-eim-in-graben, Stand: 14.1.2015.

- ¹³ Vgl. BGBl 2008 II, 1419. Die Ratifizierungsurkunde wurde am 24.2.2009 hinterlegt. Am 26.3.2009 ist sie für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten.
- ¹⁴ Hütter, Gerald: Kommunale Intelligenz. Potentialentfaltung in Städten und Gemeinden, Hamburg 2013, S. 113.
- ¹⁵ Siehe „Wir beide lernten sehr viel dabei“. Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V. vom 10.12.2014, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/wir-beide-lernten-sehr-viel-dabei>, Stand: 14.1.2015; vgl. Plankensteiner, Annette: Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft. Soziologische Betrachtungen. Impulsvortrag beim Fachtag „Damit unser Ort Zukunft hat“.
- ¹⁶ Siehe alle bislang zu diesem Thema veröffentlichten Beiträge: www.caritas-augsburg.de/wir-daheim-in-graben und www.graben.de/index.php?id=0,147, Stand: 14.1.2015.
- ¹⁷ Das Logo zeigt das Wappen der Gemeinde Graben und das der Caritas. Sie werden von einem links oben geöffneten Kreis umschlossen. Er zeigt den gleichen Blauton wie die Grundfarbe des Gräbinger Wappens. Die Öffnung weist auf den Grundgedanken des Projektes, der Inklusion, hin. Niemand soll ausgeschlossen werden, jeder – unabhängig von seinen Stärken oder Schwächen – soll teilhaben können. Die Öffnung links oben gibt dem Kreis einen Schwung, so wie das Projekt einen neuen Schwung in die Gemeinde Graben bringt.
- ¹⁸ Nach Überzeugung der Caritas kann nur eine inklusive Gesellschaft, in der das Miteinander alle Grenzen und Einschränkungen überwindet, Voraussetzungen für eine lebensfrohe, lebensbejahende und lebensspendende Grundeinstellung schaffen und damit die Zukunftsfähigkeit jeder Kommune langfristig sichern. Damit spricht sie sich gegen einen „demographischen Fatalismus“ aus. Siehe Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, S. 31.
- ¹⁹ Vgl. Medien-Dienstleistung GmbH in Kooperation mit der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle e.V. (Hrsg.): Milieuhandbuch Religiöse und kirchliche Orientierungen, München 2005; Ebert, Michael N. / Hunstig, Hans-Georg (Hrsg.): Hinaus in die Weite. Gehversuche einer milieusensiblen Kirche, Würzburg 2008.
- ²⁰ Prof. Dr. phil. Annette Plankensteiner ist inzwischen an die Fakultät für Sozialwesen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart gewechselt. Von dort aus betreut sie das Projekt im Auftrag des Augsburger Lehrstuhls.
- ²¹ Berlin-Institut: Die demografische Lage der Nation, S. 5.
- ²² Siehe ebd., S. 135; vgl. ebd. S. 5: „Notwendig ist aber auch der Aufbau einer Infrastruktur, die das bürgerschaftliche Engagement ermöglicht und ver-
- stetigt. Dies ist auch eine staatliche Aufgabe.“ Siehe auch Krell, Wolfgang: Landleben: die Heimat selbst mitgestalten, in: Caritas-Jahrbuch 2015, S. 26: „Es ist wichtig, dass Kommunalpolitik auch den Anstoß für eine positive Entwicklung des ländlichen Raums gibt und nicht nur die aktuelle Lage reguliert und verwaltet.“
- ²³ „Dahoam is Dahoam“, Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V. vom 10.12.2014, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/dahoam-is-dahoam>, Stand: 14.1.2015.
- ²⁴ Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V. (Hrsg.): „Statusanalyse – Bedarfe und Potentiale“. Gemeinde Graben. Kurzfassung 1.4.2014. Inhaltlich verantwortlich: Lehrstuhl für Humangeographie, Institut für Geographie der Universität Augsburg. Bearbeitung: Manfred Agnethler, Pascal Mattejat, Augsburg 2014; vgl. „Vielschichtige, interessante Hilfestellungen für die Gemeinde Graben.“ Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg vom 25.9.2013, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/vielschichtige-interessante-hilfestellung>, Stand: 14.1.2015.
- ²⁵ Siehe Vielschichtige Hilfestellungen. Wissenschaftler stellt Grabens Gemeinderäten umfassende Sozialraumanalyse vor, in: Sozialcourage. Das Magazin für soziales Handeln. Ausgabe für die Caritas im Bistum Augsburg, Winter 2013, S. 26.
- ²⁶ Zu den Sinus-Milieus siehe Medien-Dienstleistung GmbH in Kooperation mit der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle e.V.: Milieuhandbuch Religiöse und kirchliche Orientierungen; Ebert / Hunstig: Hinaus in die Weite.
- ²⁷ „Wir beide lernten sehr viel dabei.“ Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V. vom 10.12.2014, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/wir-beide-lernten-sehr-viel-dabei>, Stand: 14.1.2015.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ Vgl. Krell: Landleben: die Heimat selbst mitgestalten, S. 26.
- ³⁰ „Jetzt traut man sich.“ Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V. vom 10.12.2014, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/jetzt-traut-man-sich>, Stand: 14.1.2015.
- ³¹ Ebd.
- ³² „Wir beide lernten sehr viel dabei“, siehe Anm. 26.
- ³³ Klie, Thomas: Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft, Bonn 2014, S. 120.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Vgl. Plankensteiner: Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft.
- ³⁶ Hütter: Kommunale Intelligenz, S. 124 f.; vgl. Domkapitular Diözesan-Caritasdirektor Dr. Andreas Magg in seinen unveröffentlichten Vortrag anläss-

lich der Einweihung des Dr. Elisabeth Seif Hauses der Katholisch-Evangelischen Sozialstation in Füssen am 27.9.2014: „Denn nur dort, wo eine gute Zukunftsperspektive auch für ein gutes, menschenwürdiges Leben im Alter bis hin zum Tod besteht, kann ein familienfreundliches Miteinander wachsen, nur dort, wo man seine Mutter und seinen Vater gut im Alter aufgehoben weiß, will man auch selbst mit seinen Kindern wohnen. Nur dort, wo der alte Mensch bis zu seinem Lebensende in Würde leben kann, wächst der Mut zum Leben, zu immer wieder neuem Leben.“

³⁷ Hüther: Kommunale Intelligenz, S. 125.

³⁸ Klie: Wen kümmern die Alten?, S. 13.

³⁹ Siehe Pressemitteilung: „Darauf zu schauen, sehe ich als meine Pflicht an“ vom 10.12.2014, <http://www.caritas-augsburg.de/aktuelles/presse/darauf-zu-schauen-sehe-ich-als-meine-pflicht-an>, Stand: 14.1.2015.

SOZIALES NETZWERK FELDKIRCHEN- WESTERHAM

Soziales Miteinander stärken und weiterentwickeln

URSULA BORKENHAGEN || Bei dem Projekt „Soziale Gemeinde“ haben wir uns von der Überzeugung leiten lassen, dass man heute bei der Frage, wohin sich eine Gemeinde in Zukunft entwickeln soll, den Fokus nicht mehr nur rein auf bauliche Strukturentwicklungen legen sollte, sondern auch und besonders auf das „Soziale Miteinander“ in einer Gemeinde: Wie können wir das „Miteinander – füreinander“ verbessern, fördern und weiterentwickeln?

KURZPORTRÄT UNSERER GEMEINDE

Feldkirchen-Westerham mit ca. 10.300 Einwohnern ist die westlichste Gemeinde im Landkreis Rosenheim und besteht im Wesentlichen aus fünf größeren Gemeindeteilen. Die Wirtschaft ist vorwiegend mittelständisch geprägt mit einem guten Mix aus Handwerk, Handel, Dienstleistung und Gewerbe, auch einige international tätige Industriebetriebe sind hier angesiedelt. Auch die Landwirtschaft ist noch mit einigen Betrieben im Gemeindegebiet präsent. Die schnelle Erreichbarkeit des Großraums München macht den Ort auch für Berufspendler interessant. Die finanzielle Situation der Gemeinde ist als gut zu bezeichnen. Vor allem in den 80er-Jahren gab es einen hohen Siedlungsdruck, mittlerweile stagniert die Bevölkerungsentwicklung weitestgehend. Heute stellt die Bevölkerung eine bunte Mischung aus alteingesessenen und neu zugezogenen Bürgern dar, die Zahl der Über-65-Jährigen steigt an. Mit über 80 Vereinen, Organisationen und Einrichtungen ist eine große Vielfalt an ehrenamtlichem Engagement vorhanden.

ENTWICKLUNGSPROZESS „SOZIALE GEMEINDE“

Der demographische Wandel macht auch vor Feldkirchen-Westerham nicht Halt – wir werden älter, weniger und bunter! Ein gut funktionierendes und wertschätzendes „Soziales Miteinander“ mit einer guten Versorgung und

vielfältigen Angeboten für Jung und Alt wird für eine Kommune daher immer mehr zu einer Herausforderung.

Diesem Ansatz hat auch das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern Rechnung getragen und 2007 bei der Universität München eine umfangreiche Studie in Auftrag gegeben – „Dorferneuerung 2020: Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern“.¹ Ziel der Studie war es, neue Ansätze in der Dorferneuerung zur Lösung aktueller Herausforderungen zu erarbeiten. Feldkirchen-Westerham wurde hierbei als eine von drei Pilotgemeinden ausgewählt.

Im Rahmen des Pilotprojekts wurde 2009 für die Gesamtgemeinde u. a. eine Bürgerbefragung zur „Geschlechter- und Generationengerechtigkeit“ durchgeführt. 2007 erfolgte für den Gemeindeteil Westerham die offizielle Anordnung zur Dorferneuerung. Sowohl die Studie als auch die Befragung und der Prozess der Dorferneuerung führten zur Erkenntnis, dass der soziokulturelle Bereich ein wesentliches Thema im Gemeindeentwicklungsprozess darstellt. Es wurde empfohlen, geeignete Strukturen einer „Sozialen Gemeinde Feldkirchen-Westerham“ zu erarbeiten.

Aus dem inneren Kreis der in der Dorferneuerung Westerham aktiven Bürger wurde der Wunsch nach einem „Sozialarchitekten“ geäußert, der das Projekt „Soziale Gemeinde“ fach-

lich begleiten soll. Der Gemeinderat und das Amt für Ländliche Entwicklung haben schließlich mit Frau Prof. Dr. Theresia Wintergerst eine „Sozialarchitektin“ verpflichtet, welche über Erfahrungen in der Erforschung und Projektkoordination innovativer Sozialstrukturen verfügt. Im September 2010 fiel dann mit einer Auftaktveranstaltung unter breiter Beteiligung von sozial engagierten Bürgern aus verschiedenen Organisationen und Vereinen der Startschuss für das Pilotprojekt „Soziale Gemeinde“ mit dem Ziel, gute Lebensqualitäten für alle Generationen zu schaffen.

In unserer Gemeinde ist in den vorhandenen Vereinen und Einrichtungen ein vielfältiges soziales Engagement vorhanden. Aber oft wissen die diversen Anbieter nichts voneinander, und auch viele Bürger haben keine Kenntnis davon, was es alles gibt und wie man schnell an Angebote gelangen kann, die zu ihrer Lebenssituation passen. Es fehlt somit an Transparenz, Öffentlichkeitsarbeit, Austausch und Vernetzung. Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Nachbarschaftshilfen sowie Vertreter der verschiedenen Gemeindeteile, Engagierte in der Dorferneuerung und Mitglieder des Gemeinderates haben sich in etlichen Arbeitssitzungen beraten und sind einstimmig zu der Überzeugung gelangt, dass zur Erfüllung der sozialen Aufgaben eine verstärkte Zusammenarbeit unter folgenden Bedingungen sinnvoll ist:

- Die Kommune soll im Sinne von geteilter Verantwortung als verlässlicher Partner mit ins Boot geholt werden.
- Vernetzung, Austausch, Öffentlichkeitsarbeit und die Weiterentwicklung von Angeboten ist rein ehrenamtlich nicht mehr zu leisten, hierzu ist eine professionelle Kraft notwendig.
- Vorhandene Einrichtungen und Organisationen wollen und sollen ihre Eigenständigkeit erhalten.
- Die Bevölkerung soll aktiv mit eingebunden werden.

Diesem Votum der Zivilgesellschaft hat sich im Dezember 2010 der Gemeinderat einstimmig angeschlossen, indem er sich zu einer verbindlichen Zusammenarbeit mit einem Netzwerk bereit erklärt hat, welches alle sozialen Akteure bündelt.

Nach weiterer intensiver Beratung über die mögliche Struktur einer Zusammenarbeit fiel im Kreis der „Sozial Engagierten“ schließlich die Entscheidung, einen neuen Verein zu gründen, den Verein „Soziales Netzwerk Feldkirchen-Westerham“ sowie eine „Soziale Servicestelle“ einzurichten und mit einer hauptamtlichen Kraft zu besetzen. Im Oktober 2011 hat sich der Gemeinderat wiederum einstimmig für eine solche Vereinsgründung ausgesprochen und beschlossen, dass die Kommune selbst Gründungsmitglied wird und die Finanzierung einer halben Stelle für eine hauptamtliche Fachkraft übernimmt.

Soziales Netzwerk

miteinander - füreinander

Am 5. März 2012 war es dann soweit und der Verein „Soziales Netzwerk Feldkirchen-Westerham e.V.“ ist im Rahmen einer Feierstunde offiziell gegründet worden.

In der Präambel der Vereinsatzung² ist die allgemeine Zielsetzung wie folgt beschrieben: Der neue Verein strebt an, dass alle Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen, die das soziale Leben in Feldkirchen-Westerham gestalten, zusammenwirken und für gemeinschaftliche Aufgaben kooperative Lösungen suchen. Die Gemeinde und die Organisationen, die soziale Aufgaben erfüllen, tragen gemeinsam Verantwortung. Dabei soll das Engagement von Bürgern in der Gemeinwesenarbeit Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Der Verein will soziale Aktivitäten in der Gemeinde steuern und koordinieren. Er will neue Formen gegenseitiger Hilfe und Unterstützung entwickeln und will mitwirken, die Zukunft des sozialen Miteinanders in der Gemeinde zu gestalten.

STRUKTUR DES VEREINS

Unser Verein weist eine spezielle Struktur auf und unterscheidet sich in einigen Punkten von einem Verein im herkömmlichen Sinn.

Ordentliches Mitglied werden kann nur eine juristische Person, die im weitesten Sinn auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit, der Familienhilfe, der Alten- und Behindertenhilfe sowie der Erwachsenenbildung tätig ist. Gründungsmitglieder sind die Gemeinde, die AWO, die Ökumenische Nachbarschaftshilfe, der TV

Feldkirchen, der Verein für Ortsentwicklung und Verschönerung Westerham sowie drei Kirchengemeinden.

Im Laufe der letzten beiden Jahre sind zehn weitere Vereine unterschiedlichster Art hinzugekommen, so z. B. ein Obst- und Gartenbauverein, eine Feuerwehr und ein Trachtenverein, die Pfadfinder, ein Schulförderverein oder auch ein Veteranenverein. Wir haben uns damit ganz bewusst nicht auf soziale Vereine im engeren Sinn beschränkt, sondern sind der Meinung, dass jeder Verein auf seine Art und in irgendeiner Form immer auch sozial tätig ist. Erfreulich ist, dass wir nicht gezielt um eine Mitgliedschaft werben, sondern die Vereine auf uns zukommen, weil sie die Idee des „Sozialen Miteinander“ für gut ansehen und unterstützen wollen. Mit ihrer Mitgliedschaft bringen sie unsere Ziele, Projekte und Ideen ihren eigenen Mitgliedern näher und sind so für uns wertvolle Multiplikatoren. Besonders freut es uns, dass gerade auch sehr alt eingesessene und traditionsbewusste Vereine bei uns Mitglied werden und so unser Verein nicht als „neumodisch“ abgetan wird. Seit einem Jahr gibt es auch die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft von natürlichen und juristischen Personen, die die Ziele und den Zweck des Vereins anerkennen und unterstützen wollen. So können wir jetzt auch Bürger sowie Firmen und Geschäfte als Mitglieder willkommen heißen.

Eine weitere Besonderheit ist, dass die / der erste Vorsitzende des Vereins vom Gemeinderat bestimmt wird. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Gemeinde einen großen Teil der Kosten trägt und sich damit einen gewissen Einfluss sichern will. Alle anderen Vorstandsmitglieder werden ganz normal von der Mitgliederversammlung gewählt.

Neben Mitgliedern und Fördermitgliedern gibt es im Verein auch noch einen Beirat mit beratender Funktion und Antragsrecht. Der Beirat besteht aus Vertretern der fünf größeren Gemeindeteile, den von der Gemeinde ernannten Referenten bzw. Beauftragten für Familie, Jugend und für Senioren und Behinderte sowie aus Vertretern der schon seit über zehn Jahren aktiven Agenda-21-Foren für Familie, Jugend und Senioren. All diese Gruppierungen waren zum einen von Anfang an aktiv im Prozess

„Soziale Gemeinde“ eingebunden, zum anderen wollte man so zum Ausdruck bringen, dass sich der neue Verein für alle Bürger in allen Gemeindeteilen einsetzen will.

Zu einzelnen sozialen Themenfeldern können je nach Bedarf Ausschüsse einberufen werden, um Vorstand und Mitgliedern hinsichtlich der Planung und Durchführung von Aktivitäten beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.

SOZIALE SERVICESTELLE ALS DAS HERZ DES VEREINS

Das Ziel des Vereins, das Soziale Miteinander in der Gemeinde zu gestalten und es quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln, wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben einer Sozialen Servicestelle unter Leitung einer hauptamtlichen Kraft.

Man hat sich hierbei ganz bewusst dafür entschieden, die Servicestelle nicht im Rathaus anzusiedeln, um den Zugang für alle Bürger möglichst niedrigschwellig zu halten. Bis zum Umzug in ein eigenes Büro im neuen Kinder- und Bürgerhaus im Frühjahr 2016 befindet sich das Büro in den Räumen des AWO-Bürgertreffs, ein Treffpunkt, der mittlerweile in der öffentlichen Wahrnehmung etabliert und allgemein bekannt ist. Bemerkenswert ist, dass das Amt für Ländliche Entwicklung den Neubau bezuschussen wird, weil die „Soziale Gemeinde“ hiermit zentral im Gemeindeteil Westerham eine eigene Heimat findet.

Die Personalstelle sollte keine Verwaltungsstelle und auch nicht der Kommunalverwaltung angegliedert sein. Ausgeschrieben wurde vielmehr eine Stelle mit Qualifikationen aus dem sozialpädagogischen Bereich, unterstellt ist die Fachkraft dem Vorstand des Vereins, Weisungsbefugnis hat die / der erste Vorsitzende.

Das Aufgabenfeld der Sozialen Servicestelle ist vielseitig und anspruchsvoll:

- **Beratung und Vermittlung:** kompetente Erstberatung aller Bürger in allen Lebenslagen und Vermittlung und Lotsentätigkeit in passende soziale örtliche und überörtliche Angebote;
- **Koordinierungsarbeit:** vorhandene Angebote überschaubar machen und ggf. sinnvoll aufeinander abstimmen, die Kommunikation und den Austausch aller Akteure fördern;

- **Entwicklung:** Viele Informationen laufen hier zusammen, es entstehen neue Ideen, es tauchen neue Bedarfe auf. Diese sollen aufgegriffen und zu neuen Angeboten weiterentwickelt werden;
- **Freiwilligenmanagement:** Organisationen können die Stelle nutzen, um Freiwillige zu suchen, Engagementinteressierte können in ein Ehrenamt vermittelt werden. Allgemein soll das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden und Unterstützung erfahren.

Im September 2012 schließlich hat die Soziale Servicestelle unter Leitung einer sozialen Fachkraft ihre Arbeit aufgenommen. Die Arbeitszeit beträgt 18 Wochenstunden, an zwei Tagen werden öffentliche Sprechstunden angeboten. Die Personalkosten sowie die Kosten für den Unterhalt des Büros belaufen sich auf ca. 30.000 Euro / Jahr und werden von der Gemeinde getragen.

BISHERIGE AKTIVITÄTEN VON VEREIN UND SERVICESTELLE

Als Startkapital für unsere Arbeit hat uns die Gemeinde einmalig einen größeren Betrag zukommen lassen, ebenso haben wir im Rahmen des Projekts „Auf gute Nachbarschaft“ Geld von der „Sparkassenstiftung Zukunft für den Landkreis Rosenheim“ erhalten. Darüber hinaus müssen wir allerdings unsere Projektarbeit selbst finanzieren.

Von Anfang an haben wir das Augenmerk auf intensive Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Wir haben in allen fünf Gemeindeteilen Veranstaltungen organisiert, um uns vorzustellen. Wir haben eingeladen zu einem „Tag der offenen Tür“. Wir sind präsent im monatlich erscheinenden Gemeindeinformationsblatt, in der örtlichen Tageszeitung und in weiteren Printmedien. Bei Bürgerversammlungen berichtet der Bürgermeister über unsere Arbeit. Im Gemeinderat geben sowohl die Vorsitzende des Vereins als auch die soziale Fachkraft einmal im Jahr einen ausführlichen Bericht ab. Seit ein paar Monaten verfügen wir über eine eigene Homepage: www.soziales-netzwerk-fw.de.

Der Arbeitsschwerpunkt der Sozialen Servicestelle liegt eindeutig auf dem Bereich der Beratung und Weitervermittlung. Mittlerweile

wird unsere Fachkraft von immer mehr Bürgern mit Anliegen und Problemen unterschiedlichster Art aufgesucht. Die Ratsuchenden – überwiegend ältere Bürger – sind angetan von der schnellen und kompetenten Hilfe. Genau eine solche Universalanlaufstelle habe bisher in der Gemeinde gefehlt, so die allgemeine Rückmeldung. Die Beratungsanlässe sind vielfältig und reichen von Fragen zur Versorgung und Pflege im Alter über finanzielle Probleme bis hin zu speziellen familiären Angelegenheiten.

Wir haben einen Seniorenwegweiser für unsere Gemeinde herausgegeben sowie eine sogenannte Notfallmappe für alle wichtigen persönlichen Daten zusammengestellt.

Im Projekt „Alltagsnahe Unterstützungsleistungen“ übernehmen Helfer gegen eine kleine Bezahlung über einen gewissen Zeitraum hinweg kleinere Dienstleistungen im Alltag von älteren Mitbürgern, Pflegebedürftigen und Kranken.

Im Sommer 2013 haben wir einen „Tag der Generationen“ veranstaltet. Unser Ziel war es, Jung und Alt bei Angeboten zusammenzuführen wie auch die verschiedenen Anbieter von Aktivitäten zur Zusammenarbeit untereinander zu animieren. Der Erfolg hat uns bewogen, alle zwei Jahre einen solchen Tag zu organisieren.

Wir haben mit dem Aufbau einer „Freiwilligenbörse“ begonnen: Bürger können sich in der Servicestelle registrieren lassen, wenn sie sich ehrenamtlich engagieren wollen und werden entsprechend ihrer Neigungen weitervermittelt. Mit Vereinen und Organisationen wird ein Profil erstellt, für welche Tätigkeiten sie Ehrenamtliche suchen, dies wird dann als Gesuch im Gemeindeblatt geschaltet.

Im September 2014 haben wir uns an der bundesweiten Aktionswoche zum ehrenamtlichen Engagement mit einem bunten Aktionsschwerpunkt beteiligt. Auch hier lag der Schwerpunkt wieder auf der Begegnung von Jung und Alt, so konnte z. B. von den Jugendlichen ein Alterssimulationsanzug getestet werden und es gab ein Generationenspiel.

Speziell für Vereine und Organisationen, aber auch für die Öffentlichkeit wurden von uns Vorträge organisiert:

1. „Die Zeiten ändern sich – und mit ihnen das Ehrenamt“

2. „Fundraising – Was ist das? – Wie geht das? – Wer macht das?“
3. „Start der Freiwilligen-Börse – eine Brücke zum Engagement vor Ort“

Der Vereinsvorstand sowie einige Beiräte und Mitglieder haben sich intern einem „Fundraisingseminar“ unterzogen. Wir haben zahlreiche Anregungen für Aktivitäten erhalten, angefangen von Spendenideen, Bußgeldauflagenmarketing, Stiftungen und Förderprogrammen bis hin zum Thema „Kooperation mit Unternehmen“. Einige Anregungen konnten wir schon erfolgreich umsetzen und so Gelder akquirieren. Vereinzelt haben wir Menschen in Notlagen direkt finanziell geholfen und auch einen Deutschkurs für ausländische Kinder an der Grundschule mitfinanziert.

Um unsere hauptamtliche Kraft zu unterstützen und die Sprechzeiten auch während Krankheit und Urlaubszeit aufrechterhalten zu können, wurde vom Verein eine weitere Kraft als geringfügig Beschäftigte eingestellt. Die Kosten für diese Stelle trägt der Verein selbst.

Ganz aktuell sind wir mit einem neuen Projekt gestartet und widmen uns dem Thema „Demenz“ – ein Thema, das in unserer Gesellschaft zunehmend zu einer Herausforderung wird. Wir wollen Feldkirchen-Westerham zusammen mit verschiedenen Netzwerkpartnern zu einer demenzfreundlichen Kommune entwickeln. Wir haben uns beim Bundesministerium für Familie, Jugend, Senioren und Soziales für ein spezielles Förderprogramm beworben und werden jetzt in den nächsten zwei Jahren mit 10.000 Euro unterstützt. Unser Personal erfährt entsprechende Schulungen, und seit November 2014 können wir in der Servicestelle einmal in der Woche schon eine eigene Sprechstunde zur Demenzberatung anbieten. Wir haben bereits einen Erste-Hilfe-Kurs mit Schwerpunkt „Demenz“ organisiert und bieten in Kooperation mit der Caritas eine Demenzschulung für Helfer an. In Zukunft wollen wir Vorträge und Filmabende zum Thema organisieren, Projekte mit Grundschule und Mittelschule initiieren, einen Demenzwegweiser herausgeben, eine Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenz sowie Gesprächskreise für Angehörige einrichten, um nur einige Aktivitäten zu nennen. Unser Anlie-

gen ist es, die breite Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und unsere Gemeinde zu einem Ort zu machen, in dem Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sich angenommen und unterstützt fühlen können.

RESÜMEE UND AUSBLICK

Wir haben uns vor ein paar Jahren mit dem Projekt „Soziale Gemeinde“ auf eine „Learning Journey“ begeben, von der wir nicht wussten, wo sie uns überall hinführen wird. Wir sind immer noch unterwegs und lernen immer noch. Und wenn man sich zum Ziel gesetzt hat, das soziale Miteinander in einer Gemeinde weiterzuentwickeln, gibt es eigentlich kein Ende dieser Reise. Mit Verein und Servicestelle verfügen wir aber mittlerweile über eine feste Struktur, die uns in die Lage versetzt, immer wieder motiviert neue Projekte in Angriff zu nehmen. Begleitet wurden wir am Anfang vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, das auch heute noch unsere Entwicklung beobachtet und sich zusammen mit unserer Sozialarchitektin freut, dass das gemeinsame Baby mittlerweile laufen gelernt hat.

Auch in Zukunft wollen wir uns mit viel Engagement und Herzblut für ein gutes „Miteinander – Füreinander“ in unserer Gemeinde einsetzen. Wir wollen nach wie vor „Soziale Infrastruktur“ überschaubar sowie für alle Bürger nutzbar machen und weiterentwickeln. Das soll in einer Kultur der Kooperation statt der Konkurrenz geschehen, in einer Kooperation zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren und in einem fruchtbaren Bürger-Profi-Mix.

|| URSULA BORKENHAGEN

1. Vorsitzende
„Soziales Netzwerk Feldkirchen-Westerham e.V.“

ANMERKUNGEN

- ¹ Magel, Holger: Dorferneuerung 2020. Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern, München 2007.
- ² http://soziales-netzwerk-fw.de/images/Geanderte_Satzung_27.02.2014.pdf, Stand: 12.1.2015.

DER VEREIN „SOZIALE GEMEINDEN IM UNTERALLGÄU“

Gegen Armut auf dem Land

HANS MAYER || Gibt es das überhaupt, Armut auf dem Land? Natürlich, Armut hat viele Gesichter, auch auf dem Land. Dies zeigt sich in Städten und Verdichtungsräumen anders als im Dorf und von Dorf zu Dorf und von Gegend zu Gegend wieder unterschiedlich. Es gilt, genau hinzuschauen.

Bei unserem Projekt in den Jahren 2011 bis 2013 „Kommune und Kirche – gemeinsam für soziale Gemeinden“ gab es bei 28 Sitzungen der Basisgruppen mit 8 Kommunen und 18 Pfarreien keine einzige direkte Frage nach finanzieller Armut. Unser Landkreis Unterallgäu hat sich als ehemals bäuerlicher Bereich in 30 Jahren mit 5.900 Bauernbetrieben auf jetzt 1.900 Betrieben zu einem Spitzenlandkreis mit 1,9-2,2 % Arbeitslosen je nach Jahreszeit an vierter / fünfter Stelle in der Bundesrepublik entwickelt. Dazu kommt noch, dass ein Euro in Bayerisch-Schwaben und im Allgäu mehr wert ist als in vielen anderen Regionen und Städten Deutschlands. Doch im Fokus der Wissenschaft und der politischen Aufmerksamkeit steht die Stadt. Armut hat viele Gesichter, auch auf dem Land.

ABSOLUT UND RELATIV

Darum hat sich in der Wissenschaft und in der Politik die grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter Armut und relativer Armut durchgesetzt. Als absolut arm gilt jemand, der seine elementaren Lebensverhältnisse (Essen, Kleidung, Unterkunft) nicht befriedigen kann. Der größere Teil der Armen bei uns ist jedoch von relativer Armut betroffen. Als relativ arm gilt jemand, der von der soziokulturellen Teilhabe an der Gesellschaft, in der er lebt, ausge-

schlossen gilt. Wer relativ arm ist, kann sich die Dinge, die sich die meisten leisten können, selber nicht leisten.

BESONDERHEITEN VON ARMUT AUF DEM LAND

Armutsverhältnisse auf dem Land waren bisher weniger im öffentlichen Fokus als Armut in den Städten. Tatsächlich ist Armut auf dem Land weniger sichtbar als in der Stadt. Das liegt jedoch nicht daran, dass es sie nicht gäbe, sondern daran, dass sich betroffene Menschen noch mehr Mühe geben, sich zu verstecken. Die stärkere soziale Kontrolle in der dörflichen Struktur, die Tatsache, dass fast jeder jeden kennt, verstärkt die Schamgefühle bei armen Menschen. Sie fühlen sich der Dorfgemeinschaft oftmals nicht mehr zugehörig und ziehen sich zurück. Besonders ältere Frauen nehmen aus Scham Hilfsangebote nicht an und verzichten auf ihnen zustehende Sozialleistungen. Die sogenannte versteckte Armut, die nicht in der Statistik auftaucht, ist auf dem Land besonders hoch. Betroffene Familien oder Personen machen große Anstrengungen, um ihre Situation zu verbergen. So werden die Bedürfnisse auf ein Minimum heruntergeschraubt. Durch eine gelernte Genügsamkeit im Dorf fällt Armut im Dorf, auch eigene Armut, weniger auf. So ergibt sich das Wort „wir sind nicht arm, wir haben nur kein Geld.“ Während Arme in der Stadt verzweifelt nach

günstigem Wohnraum suchen, wohnen Arme auf dem Land oft in ihren eigenen kleinen Häuschen, aber es fehlt das Geld für die Nebenkosten und für notwendige Reparaturen. Und die fehlende Infrastruktur mit Verkehrsmitteln, um zum Arzt oder zum Einkauf zu kommen, wirkt sich aus.

Auch landwirtschaftliche Familienbetriebe sind von Armut betroffen. Durch Überschuldung oder die schlechte Einkommenslage ist schnell eine finanzielle Notlage erreicht. Die betroffenen Familien, bislang eine stabile und angesehene Kraft im Dorf, versuchen mit allen Mitteln, ihr Ansehen im Dorf aufrechtzuerhalten, was oftmals mit großen persönlichen Belastungen verbunden ist.

UNSER ANSATZ ALS VEREIN

Unser Projekt „Netzwerk Kommune – Kirche – Gesellschaft“ hat das Ziel, die lebendigen sozialen Dorfgemeinschaften und soziale Gemeinden im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Das tragende Gefüge jeder Gemeinde, jeden Dorfes, jeder sozialen Dorfgemeinschaft sind die Menschen als handelnde oder nicht handelnde Personen. Bereits heute und in Zukunft noch wesentlich stärker wird das bürgerschaftliche Engagement, das ehrenamtliche Handeln in der Kultur der sozialen Verantwortung, die Gemeinschaft, die Lebensqualität des Dorfes und des ländlichen Raumes nicht nur prägen, sondern im wahrsten Sinne des Wortes tragen.

Neben einer Reihe von Empfehlungen von Pfarreien, Kommunen, Vereinen schlagen wir zu Strukturen und Gremien vor:

- Organisation und Durchführung eines jährlichen Sozialgesprächs auf gemeindlicher Ebene gemeinsam von Kirchen, Kommune und der vor Ort arbeitenden sozialen Einrichtungen mit Tagesordnung und Niederschrift zur sozialen Situation in der Gemeinde;
- Gründung eines von Kirchen und Kommune unabhängigen Netzwerkes zur Förderung und Organisation der Zusammenarbeit aller sozial organisierten Gruppierungen und Einzelpersonen in der Gemeinde;
- der ehrenamtliche Einsatz von engagierten Personen in der Gemeinde benötigt eine

strukturierte Vorausplanung, um unnötige Belastungen, Konkurrenz und Frustration zu vermeiden. Zur Sicherung eines langfristigen bürgerschaftlichen Engagements ist von den Kommunen und den Kirchen eine gute Anerkennungskultur aufzubauen und zu pflegen.

Damit hoffen wir, mit dem Blick auf die soziale Situation der einzelnen Menschen und Familien in unseren Gemeinden im ländlichen Lebensumfeld eine Hilfestellung zu geben.

HANS MAYER

Vorsitzender des Vereins Soziale Gemeinden im Unterallgäu, Dirlewang

LITERATUR

Land aktiv 1/2003.
Netzwerk Kommune-Kirche-Gesellschaft 6/2014.

GESUNDHEITSFÖRDERUNG AUF DEM LAND

Ein Erfahrungsbericht

CHRISTIANE MAYER || Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) vereint vier Sozialversicherungszweige unter einem Dach: die landwirtschaftliche Unfallversicherung, die Alterssicherung der Landwirte, die landwirtschaftliche Krankenkasse und die Pflegekasse. Dieser innovative Verbund ermöglicht eine optimale Versorgung zum Wohle des Versicherten. Prävention und Gesundheitsvorsorge, Altersvorsorge und Pflege sind zentrale Themen – aus einer Hand erreichbar für alle, die Hilfe brauchen.

Der Agrarbereich ist eine besondere Lebenswelt. Nirgendwo sonst gibt es in unserer Gesellschaft eine Berufsgruppe, bei der oft die ganze Familie zusammen auf dem Betrieb lebt und arbeitet, meist sogar weit über die üblichen Altersgrenzen hinaus.

Gesund älter werden – diese Herausforderung will die SVLFG zusammen mit ihren Versicherten stemmen. Mit speziell für die Versicherten der grünen Branche maßgeschneiderten Gesundheitsangeboten möchte die SVLFG Gesundheitsförderung auf das Land bringen. Grundsätzlich sollen die Präventionsangebote der SVLFG Einstiegsangebote sein und die Menschen zu einem gesünderen Lebensstil motivieren.

IDEEN AUS DER PRAXIS

Die Entwicklung der Gesundheitsangebote lebt von Ideen und Erkenntnissen der Selbstverwaltung und der Fachbereiche der SVLFG. Wissensaustausch, Vernetzung und Zusammenarbeit mit Berufsverbänden, Organisationen und Interessensvertretungen der Branche werden genutzt, um zu erfahren, was die Menschen aus der Versichertengemeinschaft der SVLFG bewegt, was sie brauchen und was sie annehmen und akzeptieren, um gesund zu bleiben. Gesundheitswissen, das wichtig ist, um in ein förderliches Gesundheitshandeln zu kommen, soll direkt und effektiv bei den Menschen auf den

Betrieben ankommen. Lediglich Informationsmaterial zu drucken und auszulegen, reicht dazu nicht aus – das sagen die Versicherten der grünen Branche auch sehr deutlich.

Aus diesen Erkenntnissen heraus wurden z. B. mehrtägige Kompaktprogramme im Sinne des § 20 SGB V entwickelt. Die bei diesen Seminaren angebotenen Inhalte der Primärprävention, etwa zum Thema Bewegung und Entspannung sowie Themen mit Arbeitsbezug wie Ergonomie am Arbeitsplatz, sollen nachvollziehbare Anleitungen für einen gesünderen Alltag geben. Dieses durchgängige Programm ist ideal für die Versicherten der SVLFG, da sie beruflich auch saisonal stark eingebunden sind. Im Alltag finden sie oft nicht die Zeit, über einen Zeitraum von mehreren Wochen einen bestimmten Abend freizuhalten, um an einem Gesundheitskurs teilzunehmen.

VERHINDERT ARMUT GESUNDES LEBEN?

Wie kommt hier nun „Armut im ländlichen Raum“ ins Spiel? Bei der SVLFG sind ungewöhnlich viele ältere Menschen versichert. Der demographische Wandel in der Altersstruktur der Gesellschaft ist in diesem agrarsozialen System bereits angekommen. Auf einen Beitragszahler in der Alterskasse kommen mehr als zwei Rentenbezieher und über 50 % der in der landwirtschaftlichen Krankenkasse Versicherten sind Rentner. Viele Altenteiler, die ihren

Betrieb in den vergangenen Jahren aufgrund des Strukturwandels aufgeben mussten, leben teilweise in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Oft werden alte, unzureichend renovierte Häuser bewohnt und die Rente reicht gerade zum Leben. Bei alleinstehenden älteren Frauen gibt es oftmals ein weiteres Problem: die fehlende Mobilität. Einen Gesundheitskurs in der nächstgelegenen Kreisstadt zu besuchen, stellt solch einen älteren Menschen oft vor ein unlösbares Problem. In diesem Punkt unterscheiden sich Stadt- und Landleben sehr.

Die gute Erreichbarkeit des Gesundheitsangebotes im eigenen Lebensumfeld, die Bezahlung der Kurse und die kostenlose Bereitstellung des Übungsmaterials, das die SVLFG in ihren Programmen anbietet, ermöglichen es auch finanziell schlechter gestellten Versicherten, etwas für ihre körperliche Fitness und den Erhalt ihrer Mobilität und Selbständigkeit zu tun.

GELEBTE SOLIDARITÄT AUF DEM LAND

Diese Problematik haben die Landfrauen des Bayerischen Bauernverbandes früh erkannt.

Bereits vor vielen Jahren initiierten sie zusammen mit der landwirtschaftlichen Sozialversicherung Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge vor Ort, direkt in den Dörfern. Mit großem bürgerschaftlichem Engagement organisieren sie Gesundheitskurse im Sinne der Primärprävention. Sie kümmern sich um einen geeigneten Veranstaltungsort im Dorf, oft im Pfarrhaus, in der Gastwirtschaft oder im Gemeindehaus. Ist der Kurs im Nachbarort, werden Fahrgemeinschaften geplant. Dieses System bietet für jeden Teilnehmer auch die Möglichkeit der Partizipation bei der Planung. Das passende Gesundheitsangebot direkt vor Ort.

Was immens wichtig ist: Die Landfrauen geben Menschen, die selbst nicht mobil sind oder die sich vielleicht sogar schämen, finanziell nicht gut gestellt zu sein, die Motivation und die Möglichkeit, an Kursen teilzunehmen. „Setting“ ist hier der Schlüssel – im eigenen, vertrauten Lebensumfeld ein Gesundheitsangebot zu bekommen, das genutzt werden kann, ohne in modischer Sportkleidung ein Fitness-Studio in der nächsten Kreisstadt aufsuchen zu müssen.

Abbildung 1: BV-Gymnastikkurs



© Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau – Stabsstelle Selbstverwaltung / Öffentlichkeitsarbeit, Kassel

IN DER BALANCE BLEIBEN

Mobilität, Erhalt der Selbständigkeit und Verbleib in der eigenen Wohnung sind entscheidend für Zufriedenheit und Lebensqualität bis ins hohe Alter. Besonders Stürze und eventuell damit einhergehende Knochenbrüche sind extrem folgenreich und können die Mobilität und Selbständigkeit von einem Tag auf den anderen massiv einschränken. Mit den Sturzpräventionskursen „Trittsicher durchs Leben“ will die SVLFG zusammen mit dem Deutschen LandFrauenverband, dem Deutschen Turnerbund und Wissenschaftlern des Robert-Bosch-Krankenhauses Menschen in ländlichen Regionen unterstützen, diese Komponenten, die das Leben lebenswert machen, zu erhalten. In speziellen Gesundheitskursen erlernen die Teilnehmenden Kraft- und Balanceübungen nach dem sogenannten „Ulmer Modell“.

Dieses wissenschaftlich evaluierte Muskelaufbautraining kann nachweislich zur Sturzprophylaxe beitragen. Dabei werden spezielle Übungen mit Gewichtsmanschetten an Armen und Beinen absolviert. Zusätzlich werden die Körperbalance und die Fähigkeit, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun, geschult. Muskelaufbau, eine aufrechte Körperhaltung und mehr Sicherheit im Alltag sind hier sicht- und erlebbarer Erfolg.

Versicherte der Landwirtschaftlichen Krankenkasse können in ganz Deutschland an Sturzpräventionskursen teilnehmen. Sie erhalten 100 % der Kursgebühr erstattet. Die notwendigen Gewichtsmanschetten werden von der SVLFG für die Dauer des Kurses kostenlos zur Verfügung gestellt. Versicherte anderer Krankenkassen können teilnehmen, wenn noch Plätze frei sind – müssen sich vorab bei ihren Krankenkassen jedoch selbst um eine Kostenersatzung kümmern.

DIREKT ANSPRECHEN UND ANBIETEN

Wenn man eine spezielle Zielgruppe für ein Gesundheitsangebot motivieren möchte, ist es besonders Erfolg versprechend, direkt auf die potentiellen Teilnehmer zuzugehen. Ein Beispiel hierfür ist die „systematische Sturzprävention“ der SVLFG, die derzeit in ganz Deutschland im Aufbau ist – gerade um Menschen auf dem Land zu erreichen, die besonders sturzgefährdet

sind und unter Umständen besonderer Motivation bedürfen. In 45 Landkreisen aus 5 Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) wird die systematische Sturzprävention derzeit getestet. Um das neue Angebot möglichst vielen Versicherten der SVLFG unmittelbar zugänglich zu machen, werden sturzgefährdete Personen, die voraussichtlich besonders davon profitieren, aktiv von Mitarbeitern der SVLFG angesprochen. Der Kontakt erfolgt dabei entweder schriftlich, telefonisch oder über einen den Versicherten vertrauten Präventions- oder Pflegeberater.

Eine weitere Komponente dieses speziellen Programms, das ebenfalls unter der Bezeichnung „Trittsicher durchs Leben“ beworben wird, ist die Möglichkeit für die Teilnehmer, eine kostenlose Knochendichtemessung zu erhalten. Normalerweise müssen die Kosten einer solchen Messung selbst übernommen werden. Innerhalb der „Trittsicher“-Pilotregionen werden die Kosten der Untersuchung bei Personen mit erhöhtem Osteoporose-Risiko im Rahmen des Programms vollständig erstattet. Soweit notwendig, wird auch eine medikamentöse Therapie zur Behandlung einer Osteoporose vom Haus- oder Facharzt eingeleitet.

Abbildung 2: Logo „Trittsicher“



Quelle: www.landfrauen-bw.de/bsw/projekte/trittsicher.html

WICHTIGE NETZWERKE

Auch in der systematischen Sturzprävention arbeitet die SVLFG eng mit Netzwerkpartnern zusammen. Die Landfrauen stehen für aktives Miteinander und Vernetzung der Menschen im ländlichen Raum. Sie übernehmen die Rolle der Vermittelnden in die Gesundheitskurse vor

Ort. Konkret bedeutet dies, dass die zuständige Landfrau Kursinformationen an Interessierte weitergibt, den Kontakt zum Übungsleiter herstellt und den Kurs vor Ort organisiert. Der Deutsche Turnerbund gewährleistet eine gute Qualifizierung und eine ausreichende Verfügbarkeit von speziell ausgebildeten Übungsleitern. Die Mediziner Professor Dr. Clemens Becker und Priv. Doz. Dr. Kilian Rapp sowie die Sportwissenschaftlerin Karin Kampe vom Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart sind international anerkannte Experten im Bereich der Sturzprävention. Sie garantieren eine hervorragende Qualität bei der Übungsleiterausbildung und stehen für den hohen wissenschaftlichen Standard der Gesundheitskurse. Das bereits erwähnte „Ulmer-Modell“ wurde von ihnen entwickelt und dient als Grundlage der „Trittsicher“-Gesundheitskurse.

Die systematische Sturzprävention mit dem übergeordneten Ziel, Knochenbrüche bei älteren Menschen zu reduzieren, wird durch die genannten Sturzexperten des Robert-Bosch-Krankenhauses in Stuttgart, dem Institut für Gesundheitsökonomie und Biostatik der Universität Ulm und dem Institut für Gesundheitsökonomie und Versorgungsforschung Hamburg wissenschaftlich begleitet.

NACHHALTIGKEIT – EIN SCHLÜSSELWORT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Um die Nachhaltigkeit und Fortführung von „Trittsicher durchs Leben“ zu ermöglichen, erfolgt eine gesundheitsökonomische Evaluation des Programms bezüglich der Kosteneffektivität, um die Maßnahme dauerhaft finanziell abzusichern. Diese Evaluation wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt. Außerdem soll die Zielgruppe, die in besonderem Maße vom Programm profitiert, in Zukunft anhand von Routinedaten der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung noch präzisiert werden. Wichtig ist auch, dass diesen Personen eine Teilnahme an „Trittsicher durchs Leben“ ermöglicht wird, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen.

Gesundheitsförderung und Prävention im Setting „ländlicher Raum“ ist generell kein Selbstläufer. Es muss fortlaufend initiiert, organisiert und nachhaltig gesichert werden.

SICHER UND GESUND AUS EINER HAND

Der Slogan der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird gerade in der Umsetzung der Gesundheitsangebote gelebt. Verschiedene Versicherungszweige unter einem Dach zu haben, ist ideal, auch für die Netzwerkarbeit im eigenen Haus. So können z. B. die Mitarbeiter der Präventionsabteilung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die draußen vor Ort mit den Menschen auf den Betrieben vertraut sind, im Sinne einer „aufsuchenden Aktivierung“ maßgeschneiderte Gesundheitsangebote anbieten. Diese speziellen Programme können die Versicherten der SVLFG in besonderen Lebenslagen, wie etwa in einer familiären Pflegesituation oder während der Phase einer Betriebsübergabe, unterstützen.

Besonders sozioökonomisch benachteiligte ältere Menschen aus dem Agrarbereich, die dazu neigen, „Komm-Strukturen“ eher weniger zu nutzen, profitieren von der Strategie der SVLFG, die Bedürfnisse der Menschen zu erkennen und diese passgenau vor Ort anzubieten.¹

CHRISTIANE MAYER

Mitarbeiterin der Stabsstelle Selbstverwaltung und Öffentlichkeitsarbeit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel

ANMERKUNG

¹ Informationen zu den Gesundheitsangeboten der SVLFG unter: www.svlfg.de/Gesundheitsangebote

BÜRGER INTEGRIEREN BÜRGER

Freiwilligen-Agenturen als Anstoßgeber für bürgerschaftliches Engagement auf dem Land

WOLFGANG KRELL || Bürgerschaftliches Engagement spielt auf dem Land eine noch größere Rolle als in der Stadt. Engagementfördernde Organisationen wie z. B. Freiwilligen-Agenturen können zu mehr Solidarität in den Dörfern beitragen, weil sie offen aktuelle Problemlagen aufgreifen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten sie soziale Hilfen vor Ort im Sinne eines „Wohlfahrtsmix“.

LÄNDLICHER RAUM UND ENGAGEMENT

Räume entstehen durch gesellschaftliche Prozesse und Zuschreibungen – dessen muss man sich in der öffentlichen Debatte immer bewusst sein. Was „ländlicher Raum“ wirklich ist, kann auch von der Wissenschaft nicht so genau gesagt werden. Mit den Begriffen „zentrumsfern“, „dünn besiedelt“ und „struktur-schwach“ wird zwar versucht, das „Land“ eher negativ näher zu beschreiben. Wenn das Land als „peripher“ bezeichnet wird, dann steckt darin eine Zuschreibung als „funktionslos“, „rückständig“ und „unattraktiv“. Viele Menschen auf dem Land würden aber eine solche Beschreibung zurückweisen. Letztendlich geht es immer um die Bilder, die jeder selbst davon im Kopf hat, wenn es um den ländlichen Raum geht – es kann „Idylle“ oder auch „tiefste Provinz“ sein.

Die Entwicklung auf dem Land ist in Deutschland sehr unterschiedlich und darum sehr schwer zu fassen. Ein wesentliches Element in den Dörfern ist das bürgerschaftliche Engagement – das Selbst-Gestalten der Bürger. Auf dem Land ist dieses freiwillige Engagement deutlich höher als in städtischen Räumen, wie der Forschungsbericht von TNS Infratest (München 2014) zum Bürgerschaftlichen Engagement in ländlichen Räumen aufzeigt.

ENGAGEMENT IM DORF – BASIS FÜR TRADITION UND INNOVATION

Bürgerschaftliches Engagement ist auf dem Land die Basis für Tradition und Innovation. Die Vereine für Sport, Kultur, Geschichte, Soziales spielen auf dem Dorf eine wichtige Rolle, sie sind Ort der Begegnung und der Aktivitäten und die Stützen für jahrzehntelange Traditionen in ihrer Gemeinde. Ein Problem ist aber, dass sie oft eingespielte Arbeitsweisen und Aufgabenverteilungen haben und wenig beweglich sind.

Die direkte Nachbarschaftshilfe funktioniert in vielen Dörfern noch. Durch das notwendig gewordene Pendeln zur Arbeit, die erhöhte Berufstätigkeit von Frauen, die höhere Anzahl von Senioren, den Wegzug der Jungen hin zu ihren Arbeitsstellen entstehen aber Probleme. Die soziale Kontrolle im Dorf ist immer noch hoch, deswegen gibt es eine Zurückhaltung bei der Annahme von Hilfe und den Versuch, die persönliche Sphäre zu schützen.

Durch die direkte Nähe von Kommune, Unternehmen, Kirchengemeinden, Vereinen und Bürgerschaft auf dem Dorf kann aber gerade im sozialen Bereich ein „Wohlfahrtsmix“ ohne großen Aufwand angegangen werden. Diese „Ko-Produktion“ aller Akteure ist auch eine typische Vorgehensweise auf dem Land. Sie stellt damit

eine andere Reaktion für die ländliche Entwicklung dar, als immerzu an Spezialisierung und Zentralisierung zu denken. Hier hat der solidarische Ansatz einen deutlichen Vorteil gegenüber dem rein ökonomischen Denken, das Kosteneffizienz als oberstes Kriterium hat. Gerade reine marktwirtschaftliche Lösungen „rechnen“ sich auf dem Land nicht, sodass es andere Ansätze zur Sicherung der Lebensqualität braucht: eine Mischung aus professioneller Dienstleistung und bürgerschaftlichem Engagement, wobei dieser Mix für die einzelnen Lebensbereiche eigens gestaltet und gefunden werden muss.

Das Beteiligt-sein als Mit-Bürger im Sinne von Engagement und Partizipation ist dabei in einer eher wenig professionalisierten Umgebung leichter als in durchorganisierten und professionalisierten Bereichen. Wenn eine soziale Dienstleistung allein von beruflichen Mitarbeitern durchgeführt wird, fragen sich die Bürger, warum sie gerade hier freiwillig und unbezahlt aktiv werden sollen. Die Sinnhaftigkeit ihres Einsatzes lässt sich dann kaum mehr vermitteln. Das freiwillige Engagement und das Mitgestalten durch die Bürger selbst fördern dagegen Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit und bestärken die Menschen auf dem Land auch in ihrer Selbstwirksamkeit.

ROLLE DER FREIWILLIGEN-AGENTUREN

Freiwilligen-Agenturen können in den Dörfern wichtige Katalysatoren für bürgerschaftliches Engagement sein. Freiwilligen-Agenturen haben sich zum Ziel gesetzt, zu einer solidarischen Bürgergesellschaft beizutragen, und wollen dazu Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen anregen. Sie vermitteln durch Engagementberatung interessierte Bürger in passende Einsatzfelder, regen Projekte des bürgerschaftlichen Engagements an, fordern die Anerkennung für das Engagement und bieten Fortbildung und Organisationsberatung. Damit sind sie Solidaritätsstifter in ihren Landkreisen und Kommunen. Freiwilligen-Agenturen sind eine Form von Infrastruktureinrichtungen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und haben sich zur lagfa bayern e.V. (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen / Freiwilligen-Zentren / Koordinierungszentren BE) zusammengeschlossen.

Die lagfa bayern ist Mitglied im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wie auch die anderen Organisationen der Engagementförderung.

Für die weitere Entwicklung ist wichtig, dass Kommunal- und Landespolitik auch den Anspruch haben, eine positive Entwicklung für die Zukunft des ländlichen Raums anzustoßen und nicht nur die aktuelle Lage zu regulieren und zu verwalten. Ein Problem bleibt dabei, dass der ländliche Raum auf Landes- und Bundesebene nur eine geringe politische Durchsetzungskraft hat. Die Daseinsvorsorge, die vom Staat zu gewährleisten ist, gilt aber sowohl für die Städte wie für das Land.

LANDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN BAYERN – EIN NETZWERK DER NETZWERKE

Von der Familienberatung über den Sportverein bis zur Seniorenarbeit: Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Bei aller Vielfalt und Unterschiedlichkeit der unzähligen Aktivitäten in Vereinen, Projekten und Initiativen gibt es Informationen und Ideen, die für alle wichtig und interessant sind. Das Landesnetzwerk trägt diese zusammen, stellt sie anderen zur Verfügung und initiiert den Austausch zwischen unterschiedlichsten Partnern. So können alle Beteiligten von der Netzwerkarbeit profitieren.

Aufgaben der LBE-Geschäftsstelle

Das LBE informiert über aktuelle Entwicklungen und Themen in der täglichen Ehrenamtsarbeit. Tagungen und Vorträge werden bayernweit organisiert, Anfragen zu Ehrenamt und Freiwilligenarbeit beantwortet. Das LBE berät Organisationen und Kommunen mit dem Ziel, die ehrenamtliche Arbeit vor Ort weiterzuentwickeln. Gute Modellansätze und Strategien werden über die Netzwerkpartner und viele andere Kooperationspartner weiter verbreitet. Das LBE bietet praxisnahe Fortbildungen zu verschiedenen Themen, die sich vor allem an Multiplikatoren im ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bereich richten. Das LBE

vernetzt, um optimale Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für freiwilliges Engagement zu schaffen. Dafür steht es regelmäßig in Kontakt mit kommunalen Spitzenverbänden, Wohlfahrtsverbänden und den verschiedenen Ministerien.

Zielgruppen des LBE sind:

- Vereine, Verbände, Organisationen und Institutionen, die bereits mit Freiwilligen arbeiten oder künftig arbeiten möchten und die zu diesem Thema Informationen, Beratung oder Fortbildung benötigen;
- Bürgermeister, Landräte und andere politische Entscheidungsträger;
- Multiplikatoren im ehrenamtlichen Bereich.

Die Basis des LBE sind engagierte Netzwerke:

Das Landesnetzwerk hat derzeit acht Netzwerkpartner, die thematisch und projektbezogen zusammenarbeiten. Zudem werden mit vielen weiteren Kooperationspartnern Tagungen und Fortbildungen veranstaltet. Die Mitglieder des LBE sind:

- Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen / Freiwilligen-Zentren – lagfa bayern e.V.;
- Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.;
- Selbsthilfekoordination Bayern – SeKo;
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns – AGABY;
- Initiative Bürgerstiftungen – IBS;
- Landesseniorenvertretung Bayern – LSVB;
- Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros Bayern – LaS;
- Zusammenschluss der bayerischen Mehr-Generationen-Häuser.

Die Arbeit des LBE wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

Mehr Informationen unter
www.lbe.bayern.de

ENGAGEMENTFÖRDERUNG AUF DEM LAND: BÜRGER INTEGRIEREN BÜRGER

Hindernisse

In vielen Dörfern gibt es zu wenig Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Oft wird einfach abgewartet, verwaltet und es braucht einen Anstoß von außen. Es bestehen noch zu hohe Schwellen, seine Bedürfnisse zu äußern und auch einen konkreten Hilfebedarf zu benennen. Zwar gibt es in vielen Dörfern engagementwillige Bürger, aber oft sehr wenige, die Hilfe in Anspruch nehmen wollen.

Den Hilfebedarf zu äußern, fällt vielen Menschen schwer, insbesondere auch auf dem Land, wo es noch eine stärkere soziale Kontrolle gibt. Deswegen ist es wichtig, kreative Zugänge zu den Menschen zu finden, die Hilfe brauchen. Ein Weg scheint zu sein, das direkte Aufeinandertreffen von Helfern und Hilfsbedürftigen in einem Rahmen zu organisieren, der nicht vorbelastet ist: ein Sommerfest für Senioren, auf dem – neben denen, die das Fest organisieren und betreuen – weitere engagementwillige Bürger anwesend sind, die den Bedarf im persönlichen Gespräch feststellen und auch ihr persönliches Engagement dazu direkt anbieten können. Dies stellt eine Direktvermittlung von Engagement und Unterstützung dar, die nicht in einer organisierten und damit öffentlichen Form geschieht.

Vorgehensweise zur Anregung von Engagement

Wichtig ist es in der Arbeit auf dem Land, auf die Menschen zuzugehen und einfach zuzuhören, um festzustellen, was sie sich wünschen, was sie brauchen und wo sie auch aktiv werden möchten. Es braucht jemanden, der den Anstoß gibt und jedem vermittelt: „Du kannst aktiv werden! Du kannst etwas tun für dein Dorf!“ Die Motivation kommt von den Menschen vor Ort, auf dem Land selbst – sie wollen die Lebensqualität, die sie im Dorf haben, erhalten und verbessern. Dabei ist zu beachten, dass jedes Dorf seine ganz individuelle Entwicklung nimmt und kein Dorf mit dem anderen zu vergleichen ist.

Eine direkte Vermittlung von Freiwilligen durch die Engagementberatung einer Freiwilligen-Agentur funktioniert auf dem Land kaum.

Wichtiger scheint der direkte, persönliche Kontakt um Hilfebedarf und Hilfewunsch einzelner Bürger zueinander zu bringen. Das Bestreben liegt noch mehr auf dem Entstehen einer formell „natürlichen Nachbarschaftshilfe“ und der Zurückhaltung bei einer „organisierten Hilfe“. Bezeichnungen für die Rollen von Freiwilligen sind auch oft zu theoretisch und wirken eher abschreckend, z. B. „Seniorenbegleiter“, wo die Senioren im Dorf vor allem Besuch wollen und sich Freundschaften entwickeln sollen. Ambulante Dienste und Sozialstationen können ein wichtiger Brückenbauer sein, wenn es darum geht, einen Hilfebedarf zu erkennen, den die Betroffenen von sich aus nicht äußern.

Wo Räume der Begegnung geschaffen werden, wo auch persönliche Dinge angesprochen werden können, da ergeben sich Diskussionen über Bedarfe und daraus können Hilfeaktionen entstehen.

Armut auf dem Land: Bürger integrieren Bürger

Auch auf dem Land leben Menschen in Armut, auch wenn es nicht so offensichtlich ist wie in den Städten. Armut äußert sich in vielfältigen Lebenslagen und nicht nur an den fehlenden finanziellen Ressourcen. Daneben geht es zum Beispiel auch um den Mangel an Schulbildung, Berufsausbildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum oder ÖPNV. Insbesondere soziale Isolation ist eine Armut an sozialen Kontakten wie auch an Unterstützung aus persönlichen Netzwerken. Gerade das Nicht-(mehr)-Vorhandensein von stützenden sozialen und familiären Netzwerken ist ein Merkmal von Armut. Aktuelle Problemlagen sind die Wohnungsnot auf dem Land, die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen wie auch die Integration / Inklusion von Menschen in besonderen sozialen Lebenslagen (Suchtabhängige, Straffällige, Obdachlose, Menschen mit Behinderung, Überschuldete, psychisch Kranke).

Wichtig ist, dass bei einer gesellschaftlichen (Re-)Integration die Mitbürger eine entscheidende Rolle spielen: Denn nur Bürger integrieren Bürger – als Nachbarn, Kameraden im Fußballverein oder der Feuerwehr, im Kirchenchor oder in der Musikkapelle. Sozialarbeiter oder Psychologen können Betroffene unterstützen bei

ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Tatsächlich durchgeführt wird sie von den Bürgern in ihrem Alltag und ihrem bürgerschaftlichen Engagement innerhalb ihres Dorfes.

BEISPIELE FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM SOZIALEN BEREICH

Tafel auf dem Land – solidarische Ko-Produktion

Als Beispiel für die Ko-Produktion im solidarischen Sinne soll eine Tafel der katholischen Pfarrgemeinde in der Marktgemeinde Diedorf bei Augsburg angeführt werden. Sie versorgt bedürftige Haushalte im westlichen Landkreis Augsburg mit Lebensmittelspenden. Diese Lebensmittelspenden erhält die Diedorfer Tafel von den Supermärkten und Geschäften in den Dörfern. Die Marktgemeinde stellt den Bürgeraal zur Verfügung zur Ausgabe der Lebensmittel, der Mannschaftsbus des Sportvereins wurde jahrelang zum Transport der Lebensmittel benützt und die Freiwilligen organisieren die wöchentliche Ausgabe. Alle Lebensmittel, die nach der Ausgabe noch übrig sind, werden von einem Sozialkaufhaus in Augsburg abgeholt. Sie bessern damit das Essen für alle Aktiven in ihrer Einrichtung auf. Diese Tafel profitiert also von der Solidarität der Kommune, der lokalen Wirtschaft, der Vereine und dem Bürgerengagement – dies alles zum Wohl von Menschen in Armut.

Inzwischen konnte mit Unterstützung der Bundestafel, des regionalen Rotary-Clubs und lokaler Unternehmer ein eigener Transportbus für die Diedorfer Tafel beschafft und so der Sportverein wieder entlastet werden.

Engagement für Flüchtlinge

Durch die dezentrale Unterbringung werden viele Gemeinden und Bürgermeister in besonderer Weise belastet. Gleichzeitig aber stellt diese Vorgehensweise in ganz vielen Gemeinden in Bayern einen Auslöser für bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge dar. Asylbewerber mit ihrem Schicksal werden damit als Mit-Bürger greifbar und erlebbar – und es bilden sich hoch engagierte Helferkreise, ausgehend von Kirchengemeinden, Vereinen oder Initiativen.

Die Freiwilligen begleiten die Flüchtlinge bei ihren ersten Schritten in der neuen Heimat, unterstützen sie bei Behördenangelegenheiten, beim Deutschlernen und bei der Suche nach sinnvoller Beschäftigung und Erwerbsarbeit. Im ganzen Land hat sich eine Vielzahl an Bürgern entschlossen, für Flüchtlinge vor Ort, in ihren Dörfern, konkrete Hilfeangebote zu organisieren. Dabei sind diese Freiwilligen zum Teil auch kritisch gegenüber dem, was und wie in den zuständigen Behörden auf der Ebene des Landkreises, der Regierung und des Landes wie des Bundes vorgegangen wird. Auch das ist ein Ergebnis des sich ausweitenden Engagements für Flüchtlinge. Es wächst in der Bevölkerung durch den direkten Kontakt mit Asylbewerbern ein besseres Verständnis für diese und gleichzeitig können Verbesserungen für Flüchtlinge durch das bürgerschaftliche Engagement erreicht werden.

Freiwilligen-Zentrum Gablingen

Die Gemeinde Gablingen liegt im Landkreis Augsburg und hat 4.500 Einwohner. Im Jahr 2010 startete auf Initiative des Bürgermeisters das Freiwilligen-Zentrum Gablingen. Um das bürgerschaftliche Engagement in Gablingen noch weiter zu fördern, wurde 2010 auf Initiative des Bürgermeisters das Freiwilligen-Zentrum als zentrale Informations-, Beratungs- und Koordinationsstelle für interessierte Bürger installiert. Das Freiwilligen-Zentrum sollte Menschen einen einfachen Einstieg in die Vielfalt von Engagement-Möglichkeiten geben, so dass sie sich durch persönlichen Einsatz in ihre Kommune einbringen und zur Verbesserung der Lebensqualität in ihrer Heimat beitragen können. Das Freiwilligen-Zentrum dient sowohl denjenigen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, als auch allen Organisationen, die auf Unterstützung durch Ehrenamtliche bauen.

Das Freiwilligen-Zentrum Gablingen bietet:

- Beratung und Information für interessierte Bürger;
- Veröffentlichung von Angeboten für freiwillige Tätigkeiten;
- passende Vermittlung von Personen und Einsatzstellen;
- Aufbau von Engagement-Projekten und Aktionen.

Inzwischen ist das Freiwilligen-Zentrum Gablingen etabliert und hat mit Erfolg das bürgerschaftliche Engagement gefördert. Es findet ein sehr beliebtes Strick-Café statt, es werden Fahrdienste vermittelt, Senioren beim Einkauf unterstützt, Lesepatzen an Kindergarten und Grundschule vermittelt und ein Internationales Frauenfrühstück wurde gestartet. Seit Eröffnung einer dezentralen Unterkunft für Asylbewerber in der Gemeinde ist das Freiwilligen-Zentrum Gablingen ganz besonders in der Unterstützung für Flüchtlinge engagiert.

UNTERSTÜTZUNG DURCH FREIWILLIGEN-AGENTUREN

Freiwilligen-Agenturen auf dem Land können wichtige Anstöße zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements geben. Dazu ist es aber besonders wichtig, mit allen Partnern im Dorf zusammenzuarbeiten wie z. B. Kommunen, Gemeinderäten, Gemeindeverwaltung, Kirchengemeinden, Vereinen, sozialen Einrichtungen, usw.

Folgende Vorgehensweisen im ländlichen Raum können organisiert werden bzw. werden von Freiwilligen-Agenturen im ländlichen Raum unterstützt:

- **Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten:** Sie werden als „Orte des Zuhörens“ geschaffen und gestaltet. Dies können Strick-café-Treffen, Generationenkaffee, Internationales Frauenfrühstück, Trauercafé oder auch ein Sommerfest von Helfern und Betroffenen sein, wo es zu einer direkten Vermittlung von Hilfebedarf und Hilfsangebot kommen kann.
- **Solidarität organisieren:** Es werden Nachbarschaftshilfen aufgebaut, Flüchtlingsinitiativen und Sprachkurse für Asylbewerber organisiert. Mit den Tafel-Ausgaben wird auch ein Angebot der Erst- und Lebensberatung verbunden, Sozialpatzen und Ämterlotsen geben Unterstützung bei Behördenangelegenheiten.
- **Ansprechpartner vor Ort:** Freiwilligen-Agenturen bieten im ländlichen Raum dezentrale Sprechstunden der Engagementberatung und gewinnen freiwillige „Engagementlotsen“ mit dieser Aufgabe an jedem Ort in der

Region. Sie bieten auch in verschiedenen Dörfern Informations- und Einstiegskurse in freiwilliges Engagement an.

- Offene Informations- und Austauschtreffen: Sie werden mit Partnern vorbereitet und es wird ganz offen eingeladen. Dabei entstehen Diskussionen zur lokalen Situation und der Anstoß von Initiativen, z. B. eine Veranstaltung mit dem Titel „Senioren auf neuen Wegen“.
- Projekte zur Sicherung der Infrastruktur: Freiwilligen-Agenturen organisieren gemeinsam mit Partnern im Dorf Bürgerbusse, Dorfläden oder weitere Projekte, die erst durch Ko-Produktion und vor allem durch freiwilliges Engagement möglich werden.

ENGAGEMENT FÜR DIE EIGENE HEIMAT

Menschen leben gerne auf dem Land und schätzen die Lebensqualität, die es dort gibt. Gemeinsam engagieren sie sich auch für ihre Heimat. Sie erleben dabei durch selbst organisierte Aktionen und Initiativen, dass sie mitgestalten und etwas bewirken können. Es braucht dafür die Offenheit innerhalb des Dorfes und auch der Partner am Ort, um die Probleme anzusehen, miteinander zu diskutieren und gemeinsam als Kommune, Wirtschaft, Kirche und Bürgerschaft Lösungen zu entwickeln. Freiwilligen-Agenturen können dabei ein Anstoßgeber und Katalysator sein. Das „Erkennen“ dessen, was gemeinsam geleistet wird, schafft dann auch das Selbstvertrauen, die Zukunft des ländlichen Raums miteinander zu gestalten.

|| WOLFGANG KRELL

Diplomsozialpädagogin FH, Diplompädagogin Univ.;
Diözesanreferent des SKM in der Diözese Augsburg e.V. – Kath. Verband für soziale Dienste –,
Fachreferent für Wohnungslosenhilfe und
Straffälligenhilfe; Geschäftsführer des Freiwilligen-Zentrums Augsburg gGmbH und Referent bei der lagfa bayern e.V.

SCHLUSSBETRACHTUNG

AUF VERWUNDBARKEITEN ACHTEN, RESILIENZ STÄRKEN

Perspektiven für widerstandsfähige und lernende ländliche Räume

MARTIN SCHNEIDER || Arm sein heißt verwundbar sein. Wer arm ist, dem mangelt es nicht nur an Einkommen. Es fehlen ihm oft die persönlichen, sozialen und strukturellen Ressourcen, um Krisen und Veränderungen zu bewältigen. Dies erfordert eine ganz besondere Fähigkeit: Resilienz. Auch Regionen, Städte, Dörfer können danach beurteilt werden, ob sie resilient sind. Wer die regionale Resilienz fördern möchte, sollte aber auf Wachstum verzichten, wenn er damit die Verwundbarkeit erhöht.

ARM SEIN HEIßT: VERWUNDBAR SEIN

Vulnerabilität meint einen Zustand, der durch Anfälligkeit, Unsicherheit und Schutzlosigkeit geprägt ist. Menschen, Bevölkerungsgruppen, Institutionen, Regionen sind verwundbar, wenn sie Schwierigkeiten haben, Krisen, Schocks oder Stress zu bewältigen.¹

Armut ist mehr als der Mangel an Einkommen

Das Konzept der Vulnerabilität führte der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen Anfang der 1980er-Jahre in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein.² Der aus Indien stammende Volkswirt hat verschiedene Hungerkatastrophen analysiert. Ihm ist aufgefallen, dass Hunger nicht einfach eine Folge von Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Dürre etc.) ist. Ernteausfälle werden zu Hungerkatastrophen erst durch das Fehlen kompensatorischer Sicherungsmaßnahmen sowie durch die Unfähigkeit oder den fehlenden Willen politischer Institutionen, im Interesse der Betroffenen zu handeln.³ Sens Hinweis wurde von Entwicklungs- und Armutsforschern breit rezipiert und weiterentwickelt. Gegenüber traditionellen Armutskonzepten ist damit ein Perspektivenwech-

sel verbunden. Der Fokus wird nicht nur auf den Mangel an materiellem Einkommen und auf die Verteilung von Gütern gelegt. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die zur Verfügung stehenden persönlichen, sozialen und strukturellen Ressourcen ausreichen, Veränderungen und Krisen bewältigen zu können.

Krisen decken Verwundbarkeiten auf

Mit dem Konzept der Verwundbarkeit rücken *externe* Veränderungen und Bedrohungen ins Blickfeld. Das, was verwundbar ist, können zum einen materielle Objekte sein. So wird zum Beispiel die Verwundbarkeit von Gebäuden gegenüber Wirbelstürmen, von Deichen gegenüber Hochwasser und von Kernkraftwerken gegenüber Tsunamis analysiert und gemessen. Mögliche Gefährdungen versucht man in diesem Kontext vor allem mit technischen und baulichen Mitteln in den Griff zu bekommen. Von dieser unter anderem im Katastrophenschutz vorherrschenden Perspektive können Forschungen unterschieden werden, die die Verwundbarkeit von Menschen, Bevölkerungsgruppen, sozialen Institutionen und Regionen analysieren. Neben sozialen Faktoren (Einkom-

men, Bildungsstand, Geschlecht, Alter, sozialer Status) spielt dabei auch die räumliche Herkunft eine wichtige Rolle. So gibt es bei Klimaänderungen neben dem unterschiedlichen regionalen *Ausmaß* eine unterschiedliche regionale *Empfindlichkeit*. „Länder mit vielen dicht bevölkerten Küstenregionen sind durch den ansteigenden Meeresspiegel bei vergleichbaren sozialen Umständen offensichtlich stärker gefährdet als andere Länder.“⁴ Die Verwundbarkeit von ärmeren Bevölkerungsgruppen verstärkt sich, weil sie meist in den besonders gefährdeten Gebieten wohnen. Dies trifft auch auf Industrienationen zu: „Die durch den Hurrikan Katrina in New Orleans ausgelöste Katastrophe hat das wie ein Lehrstück vorgeführt. [...] Das Hochwasser überflutete insbesondere die ärmeren Stadtviertel.“⁵

Ohne Sicherung öffnet sich das Fenster der Verwundbarkeit

Aber nicht nur ökologische, auch ökonomische und soziale Krisen decken Verwundbarkeiten auf. Ein Beispiel hierfür ist die Finanzkrise von 2008. An deren Folgen hatten vor allem Arme zu leiden – und hier wieder vor allem Arme in den unterentwickelten Regionen der Welt. Besonders getroffen wurden sie, weil Sicherungsmechanismen fehlten. Ohne diese waren sie den „Schockwellen“ ungeschützt ausgeliefert.

Dass fehlende Sicherungsmechanismen oder ihr Abbau auch in Industrienationen zu steigender sozialer Verwundbarkeit führen, zeigen die Forschungen zur Prekarisierung der Arbeitswelt. Beschrieben wird damit der Prozess der Verunsicherung und Verwundbarkeit, der mit der Flexibilisierung des Arbeitsalltags und der Globalisierung der Wirtschaft einhergeht.⁶ Robert Castel spricht auch von einer „Zone der Verwundbarkeit“, die weit in die Mitte der Arbeitnehmerschaft hineinreicht.⁷ Charakteristisch dafür ist eine „Unsicherheit, die in hohem Maße der Schwächung und Auflösung der schützenden Strukturen geschuldet ist“.⁸

Für all die genannten Beispiele ist ein Charakteristikum gemeinsam: Die Bewältigung von Veränderungen, Krisen und Schocks hängt mit dem Vorhandensein von (sozialen) Sicherungs- bzw. Versicherungsmechanismen zusammen.

Fehlen jene, öffnet sich das Fenster der Verwundbarkeit. „Verwundbar sein heißt also: Stressfaktoren ausgesetzt sein (externe Dimension), diese nicht bewältigen zu können (interne Dimension) und unter den Folgen der Schocks und Nichtbewältigung leiden zu müssen.“⁹

ZUKUNFTSFÄHIG SEIN HEIßT: RESILIENT SEIN

Der Gegenbegriff zu Vulnerabilität ist Resilienz. Sie ist dies nicht deswegen, weil sie die Vermeidung von externen Veränderungen und Krisen zum Ziel hat. Vielmehr geht es bei Resilienz um die Stärkung der internen Dimension, also um die Fähigkeit, Krisen zu meistern und die Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu stärken.

Resilienz-Strategien: schützen und lernen

Den Begriff Resilienz zu definieren ist nicht einfach, weil er in verschiedenen Bereichen zum Teil unterschiedlich gebraucht wird. „Ingenieure meinen damit im Allgemeinen die Fähigkeit eines Bauwerks, etwa einer Brücke, nach der Einwirkung äußerer Kräfte in seinen Ausgangszustand zurückzukehren. Im Notfallschutz bezieht sich der Begriff auf die Geschwindigkeit, mit der unentbehrliche Systeme nach einem Erdbeben oder einer Überschwemmung wiederhergestellt werden können. Ökologen verwenden ihn, wenn es darum geht, die unwiederbringliche Zerstörung des Ökosystems zu verhindern. In der Psychologie steht er für die Fähigkeit eines Menschen, sich von einem Trauma zu erholen. In der Wirtschaft wird damit häufig die Installierung von Back-up-Systemen bezeichnet, die das unterbrechungsfreie Funktionieren eines Systems im Falle von Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Krisen gewährleisten.“¹⁰ In all den erwähnten Bereichen bezeichnet Resilienz die Fähigkeit eines Systems, einer Institution, einer Region oder eines Menschen, „sich an dramatisch veränderte äußere Bedingungen anzupassen und dabei funktionsfähig zu bleiben“.¹¹ Ökologen, Geographen, Pädagogen, Psychologen, Ingenieure, Stadt- und Raumplaner – alle stellen sich die gleichen zwei Fragen: (1) Welche Vorkehrungen können wir in einer von permanenten Umbrüchen geprägten Zeit treffen, um uns selbst, unsere Regionen und Städte, unsere Unternehmen, unsere Wirtschaft,

unsere Gesellschaft und unseren Planeten dagegen zu wappnen? (2) Wie müssen ein Mensch, ein System, eine Region beschaffen sein, damit sie sich schnell an veränderte Bedingungen anpassen können? Anders formuliert: Es können zwei Resilienz-Strategien unterschieden werden: erstens die Fähigkeit, sich zur Wehr zu setzen (Gefahrenabwehr), und zweitens die Fähigkeit, sich an die von außen gestellten Anforderungen anzupassen.

In Anlehnung daran kann zwischen einer *kurzfristigen* und einer *langfristigen* Komponente von Resilienz differenziert werden.¹² In kurzfristiger Hinsicht hat Resilienz die Abwehr von akuten Gefährdungen zum Ziel. In langfristiger Hinsicht beinhaltet Resilienz den Aspekt der Anpassungs- und Lernfähigkeit.

Zeit gewinnen für eine „Große Transformation“

In ethischer Hinsicht bedeutet dies, dass das Anspruchsniveau im Umgang mit Krisen abgeschwächt wird. Nicht die Vermeidung von externen Veränderungen, Krisen und Schocks stehen im Mittelpunkt, sondern das Lernen, gegen Störungen weniger anfällig zu sein und mit Veränderungen besser zurechtzukommen.¹³ Ökologische Ansätze, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren, setzen demgegenüber auf die Risikominderung bzw. die Vermeidung der Gefahr.¹⁴ Damit verbunden ist die Aufforderung zu einer „Großen Transformation“¹⁵, d. h. zu einem Kurswechsel: Der Weg der kohlenstoffbasierten wirtschaftlichen Entwicklung soll verlassen werden, um den Klimawandel auf das Zwei-Grad-Ziel zu begrenzen. Nachdem es aber eher wahrscheinlich ist, dass die „Vermeidungsstrategien“¹⁶ nicht ausreichen (bzw. der Wille dazu zu schwach ist), rücken unumkehrbare globale Veränderungen immer näher. Die Folge ist: Es wird vermehrt die Frage nach der Anpassung gestellt. Das Konzept der Resilienz gewinnt damit an Bedeutung. Das heißt nicht, dass alle Anstrengungen für eine „Große Transformation“ (zur Vermeidung katastrophaler Auswirkungen des Klimawandels) weniger wichtig sind. Vielmehr geht es darum, die Nachhaltigkeitsstrategien um Anpassungsstrategien zu ergänzen.¹⁷ Dadurch wird Zeit gewonnen, um einen Wandel des jetzt dominanten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kultur-

modells anzustoßen. Denn natürlich sollte das Ziel sein, eine „transformation by disaster“ zu vermeiden.¹⁸

WIDERSTANDSFÄHIGE UND LERNENDE LÄNDLICHE RÄUME

Was können wir aus den Erkenntnissen über die Resilienz von Menschen und Systemen für die Entwicklung ländlicher Räume lernen? Dieser Frage nachzugehen, bietet sich schon deswegen an, weil ländliche Räume in der öffentlichen Wahrnehmung und in politischen Diskursen überwiegend als Verlierer (externer) Veränderungsprozesse angesehen werden. Die Stärkung und Förderung von Resilienz könnte dazu befähigen, sich von den Wellen sich rasch wandelnder Rahmenbedingungen und kaum steuerbarer Trends nicht „erfassen“ zu lassen, sondern sich ihnen anzupassen und ihren „Schwung“ für eine positive Entwicklung zu nutzen.

Dazu ist es aber zunächst einmal notwendig zu begreifen, was ländliche Räume „bedroht“. Hier spielen natürlich die Konsequenzen des demographischen Wandels eine Rolle. Nicht wenige ländliche Regionen haben zudem mit einer ausgeprägten ökonomischen Schwäche und hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Gerade jüngere und gut ausgebildete Menschen wandern daher ab. Anziehungspunkte sind die Metropolregionen. Die Folge ist ein stetiger Bevölkerungsrückgang. Damit einher gehen ökonomische und infrastrukturelle Abkopplungsprozesse und sozialräumliche Spaltungen.¹⁹ Zu beachten ist dabei, dass es hier nicht um den klassischen Stadt-Land-Gegensatz geht. Prosperierende ländliche Räume innerhalb der Metropolregionen stehen neben Kleinstädten, die 20 % ihrer Einwohner verloren haben, und Großstadtviertel, in denen sich Armutsmilieus verfestigen.

Resilienz durch räumlichen Ausgleich?

Welche Reaktionen und Lösungsansätze sind angesichts dieser „Bedrohung“ denkbar und sinnvoll? Die Planungsphilosophie der späten 1950er- bis frühen 1970er-Jahre hat darauf mit einer Politik der flächendeckenden Kompensation von räumlichen Ungleichheiten reagiert. Inspiriert und legitimiert wurde dieser Ansatz

durch den grundgesetzlich festgeschriebenen Auftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG). Das damit verbundene sozialräumliche Integrationsversprechen bildete einen „zentralen Legitimationsbaustein des demokratischen Wohlfahrtsstaates“.²⁰ Wenn allerdings heute auf das Gleichwertigkeitspostulat verwiesen wird, dann ist dies oft nichts anderes als politische Rhetorik. De facto wird eine wachstumsorientierte Regionalpolitik betrieben, die vor allem die Innovationspotenziale in den Metropolregionen stärkt. Dies widerspricht der moralischen Intuition des Gleichwertigkeitspostulats. Gleichwertigkeit im Sinne strikter Gleichverteilung abzulehnen, darf nicht zur Konsequenz haben, auf jegliches Gerechtigkeitsmaß für die Bewertung von Lebensbedingungen zu verzichten.²¹ „Der demokratische Wohlfahrtsstaat muss auf der Basis einer generalisierenden Grundversorgung eine differenzierte Verknüpfung der sozialen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der infrastrukturellen Daseinsvorsorge in der Bundesrepublik gewährleisten.“²²

Wohlstand jenseits von Wachstum

Die normativen und rechtlichen Ansprüche, die mit dem Gleichwertigkeitspostulat verbunden sind, nicht einfach unter den Tisch zu kehren, ist die eine Strategie, mit der für und mit ländlichen Räume/n auf aktuelle Veränderungen reagiert werden kann und sollte. Sie schützt ländliche Räume vor einer Abwärtsspirale – so wie durch verbindliche rechtliche Vorgaben prekarierte Arbeitnehmer vor Ausbeutung geschützt werden können. Weil damit Sicherungsmechanismen gestärkt werden, ist sie eine Resilienz-Strategie. Resilienz bedeutet aber mehr. Wie bereits erwähnt ist für längerfristige Resilienz-Strategien charakteristisch, dass sie in einen Anpassungs- und Lernprozess münden. Damit verbunden ist ein Perspektivenwechsel. Nicht mehr nur der Schutz vor Gefahren und Bedrohungen ist im Blick, sondern das „Lernen“, wie man weniger krisenanfällig und verwundbar wird. Dazu zählt zunächst einmal die kritische Reflexion, ob das gesellschaftlich und politisch dominierende und medial verbreitete Krisen- oder Bedrohungsszenario einer einseitigen Sichtweise geschuldet ist. „Der vorherrschende

quantitative Maßstab“, so Felix Kühnel, „geht mit statistischen Vergrößerungen einher, durch die qualitative Entwicklungen überblendet werden. Lebensqualität, Lebenszufriedenheit oder alternative Lebensformen lassen sich nur schwer quantitativ messen oder werden nicht erhoben.“²³ Die Glücksforschung weist schon länger darauf hin, dass keine direkte Kopplung von materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit besteht.²⁴ Weil ökonomisches Wachstum allein nicht glücklich macht, wird der Ruf nach Alternativen der bisherigen Wohlstandsmessung immer lauter.²⁵ Andere gehen noch einen Schritt weiter und propagieren eine „Postwachstumsökonomie“,²⁶ in der „Wohlstand ohne Wachstum“²⁷ möglich ist.

Aus dieser Perspektive müsste dann auch eine quantitative Interpretation des Gleichwertigkeitspostulates kritisch betrachtet werden. Die klassische räumliche Ausgleichspolitik verstand das Gleichwertigkeitspostulat als eine „Angleichung der Daseinsvorsorge nach oben“.²⁸ Im Sinne einer „nachholenden Modernisierung“ sollten die „zurückgebliebenen“ zu den „entwickelten“ Regionen aufschließen. Grundlage dafür war ein quantitatives Verständnis der Verteilung von Zugewinnen.

Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit

Die Orientierung am Konzept der Resilienz bietet die Chance, diesen Pfad zu verlassen und sich auf eigene Stärken zu besinnen – auf Stärken, die dazu befähigen, die in Gang befindlichen Transformationsprozesse besser bewältigen zu können. Franz-Josef Radermacher hat diesbezüglich sogar zu einer ländlichen „Rückfallstrategie“ geraten.²⁹ Das europäische Forschungsprojekt Rethink Farm Modernisation and Rural Resilience greift in ähnlicher Form den Resilienz-Gedanken auf.³⁰ Resilienz wird als eine Kategorie verstanden, die zum Umdenken (Rethink) motiviert. Offen wird der Frage nachgegangen, ob nicht gerade das Verlassen des Wachstumspfad die Resilienz von ländlichen Regionen fördert bzw. deren schon vorhandene Resilienz stärkt. Auch der Politikwissenschaftler Michael Weigl rät dazu, nicht in einen Wettbewerb oder in eine „Aufholjagd“ zu den städtischen Lebensverhältnissen zu treten, sondern eine selbstbewusste regionale Strategie

zu pflegen. Es sollte, so Weigl weiter, auch nicht darum gehen, „den ländlichen Raum zu ‚stärken‘. Etwas, das ‚gestärkt‘ werden muss, hat scheinbar Defizite und hinkt hinterher. Vielmehr ist es Aufgabe, alle Räume – ob städtische oder ländliche – entsprechend ihrer Stärken und Schwächen zu bewerten und so aufzustellen, dass sie diese auch künftig ausspielen können.“³¹ Wenn engagierte Menschen aus eigener Kraft vor Ort kreative Projekte ins Leben rufen, dann erwächst daraus Lebensqualität und Gemeinschaftsgeist. In der Psychologie spricht man hier von Selbstwirksamkeit. Diese stärkt wiederum die Resilienz – nicht nur der einzelnen, sondern der gesamten Region. „Um Resilienz zu fördern“, so der österreichische Beitrag zum Europäischen Rethink-Forschungsprojekt, „ist es notwendig, eine Kultur zu schaffen, die Experimente aktiv unterstützt, unbürokratische Finanzierung auch für kleine Investitionen sichert und kühne Initiativen für ihr Innovationspotenzial anerkennt. So können die regionalen Strukturen engagierte Persönlichkeiten und Eigeninitiative unterstützen und die Resilienz der Region stärken.“³²

Der befreiende Charakter von Resilienz

Dem Umdenken (Rethink) stehen allerdings oft Pfadabhängigkeiten, Routinen und Innovationsblockaden entgegen. Sie unterbinden die Erprobung alternativer Lebens- und Wirtschaftsstile.³³ Vor diesem Hintergrund ist der im Konzept der Resilienz bislang weniger dominante Aspekt der Transformationsfähigkeit hervorzuheben. Diese geht über die reaktive Anpassung an externe Veränderungen hinaus. Transformation meint eine aktive Veränderung der bekannten Muster der Problemlösung. Vor allem in sozialwissenschaftlichen Ansätzen wird dieser Aspekt in das Resilienz-Konzept integriert, so z. B. im Bayerischen Forschungsverbund ForChange.³⁴ Der österreichische Beitrag zum europäischen Rethink-Forschungsprojekt spricht von einem notwendigen „Bruch in den Leitwerten und -zielen“, um die Resilienz einer Region zu sichern. Und der Verbund für Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) hebt in seinen zwölf Thesen zu urbaner Resilienz und Real-laboren „die Fähigkeit zur Selbsterneuerung“ hervor. Dieser, so der NaWis-Verbund weiter,

„beinhaltet einen sozio-kulturellen Wandel, der von sozialen Innovationen der Bürger(innen), Reflexivität und Beteiligung geprägt ist“.³⁵

Für transformative Resilienz-Praktiken ist das lokale Handeln von entscheidender Bedeutung. Moralische Appelle können nur sehr wenig zur Transformation beitragen. Viel versprechender ist das praktische Einüben von nachhaltigen Lebensstilen. Dazu braucht es Pioniergruppen, Experimentierfelder und soziale Labore – eben das, was sich heute unter Überschriften wie „Raumpioniere“, „Transition Towns“ („Städte im Wandel“), „Commoning“ („Gemeinsame Nutzung, Pflege und Entwicklung öffentlicher Güter“) oder „Social Banking“ (Wiederindienstnahme des Finanzsektors für eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Realwirtschaft) entwickelt. Je weniger eine Gruppe oder Region auf Fremdversorgung angewiesen ist, um Probleme, Krisen, Notlagen oder Katastrophen bewältigen zu können, umso resilienter ist sie. Eine Erhöhung regionaler Resilienz macht unabhängiger und souveräner. „Wenn lokale Ökonomien nicht ausschließlich von der Existenz großer Unternehmen, von Super- und Baumarktketten und von energetischer Fremdversorgung abhängig sind, wächst sowohl ihre ökonomische wie auch ihre ökologische Resilienz. Sie können sich besser gegen Arbeitsplatzverluste schützen und sich im Rahmen der ‚moralischen Ökonomie‘ (E. P. Thompson) lokaler Netzwerke gegen Gefährdungen durch Wirtschaftskrisen, Extremwetterereignisse oder auch Erdbeben besser absichern.“³⁶ Auch Selbsthilfeeinrichtungen, Genossenschaften, Nachbarschaftshilfen und Vereine „sind Resilienzgemeinschaften, die Schutz vor Bedrohungen, wechselseitige Dienst- und Hilfeleistungen und Gefühle von Aufgehobenheit und Gemeinschaft bieten“. Diese Sozialformen sind in ländlichen Räumen immer noch weit verbreitet. Sie „bilden einen sozialen Kitt, der in stärker fremdversorgten Strukturen wie in großen Städten so nicht vorhanden ist“.³⁷

Auf einen Nenner gebracht: Regionale Resilienz befreit aus Abhängigkeiten. Sie ist ein Beitrag zu mehr Mitbestimmung, Selbstermächtigung, Einfluss und Kontrolle – und in diesem Sinne nicht ganz unbedeutend für eine Verlebendigung der lokalen Demokratie, für die

Entwicklung nachhaltiger Muster des Arbeitens und Wirtschaftens und für den Abbau sozialer Ungleichheiten.³⁸

|| DR. MARTIN SCHNEIDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der Ludwig-Maximilians-Universität München im Forschungsverbund ForChange, Grundsatzreferent beim Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising, Lehrbeauftragter an der Kath. Stiftungsfachhochschule München, Abt. Benediktbeuern

ANMERKUNGEN

- ¹ Zum Begriff der Vulnerabilität vgl. Christmann, Gabriela / Ibert, Oliver / Kilper, Heiderose / Moss, Timothy: Vulnerabilität und Resilienz in sozialräumlicher Perspektive. Begriffliche Klärungen und theoretischer Rahmen, (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Working Paper 44), Erkner 2011, http://www.irs-net.de/download/wp_vulnerabilitaet.pdf, Stand: 30.1.2015.
- ² Vgl. Sen, Amartya: Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford 1982.
- ³ Vgl. Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München 1999, S. 196-229.
- ⁴ Misereor / Münchner Rück Stiftung: Global, aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. Ein Report des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Instituts für Gesellschaftspolitik München im Auftrag von Misereor und der Münchner Rück Stiftung, München 2010, S. 27.
- ⁵ Knecht, Alban: Das Konzept der Verwundbarkeit – eine Theorie für die Probleme von morgen?, in: klima kunst kultur. Der Klimawandel in Kunst und Kulturwissenschaften, hrsg. von Johann Ebert und Andrea Zell, Göttingen 2014, S. 35-36.
- ⁶ Vgl. Schneider, Martin: Der Trend zu prekärer Beschäftigung. Eine Diagnose aus sozialetischer Perspektive, in: Amos international 2/2011, S. 19-26.
- ⁷ Vgl. Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz, 2. Aufl., 2008.
- ⁸ Castel, Robert: Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, hrsg. von Robert Castel und Klaus Dörre, Frankfurt a. M. 2009, S. 21-34, hier S. 27.
- ⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Vulnerabilit%C3%A4t>, Stand: 30.1.2015.
- ¹⁰ Zolli, Andrew / Healy, Ann Marie: Die 5 Geheimnisse der Überlebenskünstler. Wie die Welt ungeahnte Kräfte mobilisiert und Krisen meistert, München 2013, S. 16.
- ¹¹ Ebd., (im Orig. mit Hervorhebung).
- ¹² Vgl. Hahne, Ulf: Regionale Resilienz und postfossile Raumstrukturen. Zur Transformation schrumpfender Regionen, in: Transformation der Gesellschaft für eine resiliente Stadt- und Regionalentwicklung. Ansatzpunkte und Handlungsperspektiven für die regionale Arena, hrsg. von Ulf Hahne, Detmold 2014, S. 11-32, hier S. 14.
- ¹³ Vgl. Hahne: Regionale Resilienz, S. 9; Zolli / Healy: Überlebenskünstler, S. 14.
- ¹⁴ Vgl. Zolli / Healy: Überlebenskünstler, S. 34-36.
- ¹⁵ WBGU: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.
- ¹⁶ Hahne: Regionale Resilienz, S. 7.
- ¹⁷ Vgl. Zolli / Healy: Überlebenskünstler, S. 36.
- ¹⁸ Vgl. Sommer, Bernd / Welzer, Harald: Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, (Transformationen, Bd. 1), München 2014, S. 10 f.
- ¹⁹ Vgl. Schneider, Martin: Raum – Mensch – Gerechtigkeit. Sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes, Paderborn 2012, S. 530-543.
- ²⁰ Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold: Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates, Hamburg 2012, S. 47.
- ²¹ Vgl. Schneider: Raum – Mensch – Gerechtigkeit, S. 552-625.
- ²² Kersten u. a.: Demografie, S. 51.
- ²³ Kühnel, Felix: Von Verlusten, Peak Oil und Raumpionieren. Lokale Anpassungs- und Widerstandsstrategien in ländlichen Räumen, in: Transformation der Gesellschaft für eine resiliente Stadt- und Regionalentwicklung. Ansatzpunkte und Handlungsperspektiven für die regionale Arena, hrsg. von Ulf Hahne, Detmold 2014, S. 173-188, hier S. 178.
- ²⁴ Vgl. Wallacher, Johannes: Mehrwert Glück. Plädoyer für menschengerechtes Wirtschaften, München 2011.
- ²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft, (Drucksache 17/13300), Berlin 2013.
- ²⁶ Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012.
- ²⁷ Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2013. Einen Überblick über Postwachstums-Ansätze liefert Muraca, Barbara: Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014.
- ²⁸ Kersten u. a.: Demografie, S. 48.

- ²⁹ Den Hinweis verdanke ich Prof. Dr. Holger Magel.
- ³⁰ Vgl. www.rethink-net.eu, Stand: 30.1.2015.
- ³¹ Weigl, Michael: „Landlust“ und „Landfrust“. Das emotionale Potenzial des ländlichen Raums, in: *Ländliche Kultur – unterschätzt!*, hrsg. von Silke Franke und Holger Magel, (Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 96), München 2014, S. 9-15, hier S. 14.
- ³² http://www.wiso.boku.ac.at/fileadmin/data/H03000/H73000/H73300/PJ/rethink/rethink_Wickelfalz_folder_Region_klein.pdf, Stand: 30.1.2015.
- ³³ Vgl. WBGU: *Welt im Wandel*, S. 255.
- ³⁴ www.forchange.de
- ³⁵ De Flander, Katleen / Hahne, Ulf / Kegler, Harald u. a.: *Resilienz und Reallabore als Schlüsselkonzepte urbaner Transformationsforschung. Zwölf Thesen*, 2014, S. 284-286, hier S. 284 f, <http://gfzpublic.gfz-potsdam.de/pubman/item/escidoc:625888:4/component/escidoc:652897/625888.pdf>, Stand: 30.1.2015; vgl. auch Kegler, Harald: *Resilienz. Strategien und Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt*, Basel 2014; Themenheft „Resilienz“ der *Informationen zur Raumentwicklung* 4/2013.
- ³⁶ Sommer / Welzer: *Transformationsdesign*, S. 181.
- ³⁷ Welzer, Harald: *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*, Frankfurt a. M. 2013, S. 191.
- ³⁸ Mittlerweile gibt es erste Ansätze zur Messung regionaler Resilienz (vgl. Pestel-Institut: *Regionale Krisenfestigkeit. Eine indikatorengestützte Bestandsaufnahme auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte*, Hannover 2010). Die Untersuchung des Pestel-Instituts basiert allerdings rein auf quantitativen Größen regionaler Entwicklung und legt den Schwerpunkt auf die Betrachtung von Anfälligkeiten sowie stabilisierenden Faktoren. Die Lern- und Transformationsfähigkeit kann damit nicht „gemessen“ werden. Zu einem komplementären Ansatz vgl. Kegler: *Resilienz*, S. 86-137.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Silke Franke, Dipl.-Geogr.

Referentin für Umwelt und Klima, Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung; Geschäftsführerin der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien

- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU
- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

- Nr. 94 Alphabetisierung – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Nr. 95 Linksextremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven
- Nr. 96 Ländliche Kultur – unterschätzt!
- Nr. 97 Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema